

**année
politique
suisse**

**DIE GESETZGEBUNG IN DEN KANTONEN
LA LEGISLATION DANS LES CANTONS**

1991

Auszüge aus dem Jahrbuch Schweizerische Politik

Dirk Strohmann

Kriterien der Berücksichtigung – Critères de prise en considération

Die nachstehende Zusammenstellung gibt in Kurzform einen systematischen Überblick über die **Gesetzgebung** in den Kantonen. Diese wird in der Regel bei der Vernehmlassung, spätestens aber zum Zeitpunkt der Vorlage durch die Regierung erfasst. **Volksinitiativen** werden zum Zeitpunkt ihrer Ankündigung bzw. Lancierung zum ersten Mal erwähnt. Im weiteren Verlauf wird lediglich der Ende des Jahres erreichte Stand der Gesetzgebung bzw. der Behandlung wiedergegeben. Die beigegefügt inhaltlichen Erläuterungen werden bei Vorlagen, deren Behandlung sich über mehr als ein Jahr hinzieht, nicht wiederholt. Wichtige Änderungen, welche sich durch neue Versionen von Regierungsvorlagen oder durch entsprechende Parlamentsbeschlüsse ergeben, sind jedoch vermerkt. Bei den **kantonalen Volksabstimmungen** sind neben Datum, Prozentsatz der annehmenden oder verwerfenden Stimmen und Stimmbeteiligung auch diejenigen Parteiparolen erfasst, welche – soweit in der Presse gemeldet – vom Volksbeschluss abweichen. Neben der Gesetzgebung finden sich schliesslich auch Volksabstimmungen über **Kreditbeschlüsse** sowie Initiativen für die Einreichung einer Standesinitiative. Weggelassen werden hingegen Vorlagen betreffend Beitritte zu interkantonalen Vereinbarungen sowie diejenigen Vorlagen, bei denen es sich um eine Anpassung an Bundesrecht ohne wesentliche kantonale Gestaltungsmöglichkeiten handelt, unter der Voraussetzung, dass diese nicht dem obligatorischen Referendum unterstehen.

Le présent résumé vise à donner un bref aperçu systématique de la **forme législative** que prend la vie politique dans les cantons. Dans ce contexte, nous avons recensé les processus politiques à partir du stade où un projet fait l'objet d'une consultation. Les **initiatives populaires** sont répertoriées dès le moment de leur aboutissement. Les explications renseignent sur les mesures essentielles ou, du moins, sur leurs objectifs généraux ou sur les innovations les plus importantes par rapport au droit existant. Pour les projets dont l'examen s'étend sur plus d'une année, nous avons renoncé à reprendre la mention de leur contenu lors des années suivantes, à moins que, par exemple, les délibérations parlementaires aient apporté d'autres modifications. Au sujet des **votations populaires**, à côté du jour de la consultation et de la proportion des partisans et adversaires, nous avons mentionné les mots d'ordre des partis qui diffèrent de la décision du souverain. Mis à part la législation, nous avons répertorié les votations populaires relatives aux décisions sur des crédits et les initiatives des cantons. En revanche, **nous n'avons pas retenu** les projets de lois portant sur de simples adaptations au droit fédéral, ne laissant aux cantons qu'une faible marge de manoeuvre, ou sur l'adhésion à des concordats intercantonaux.

Allgemeine Gesichtspunkte – Aspects généraux

Schwerpunkte

Nachdem einige politische Schwerpunkte kantonaler Gesetzgebung in den vorausgegangenen Kapiteln bereits erwähnt worden sind, sei vor der systematischen Zusammenstellung hier noch eine quantitative Gewichtung der kantonalen Legiferierung vorgenommen.

Die kantonale Gesetzgebung nahm auch 1991 weiter an Umfang zu: 672 Vorlagen wurden dieses Jahr von uns gezählt. (Vgl. dazu 178 Vorlagen im Jahre 1966, 202 im Jahre 1976 und 452 im Jahre 1987, nach der Neukonzeption dieses Buches). Die Schwerpunkte veränderten sich im Berichtsjahr gegenüber den Vorjahren dagegen nicht wesentlich. Weiterhin nehmen **Behörden/öffentliche Verwaltung Justiz** und das **Schulwesen** den breitesten Raum der Legiferierung ein. Nur unwesentlich weniger Erlasse ergingen ausserdem im Bereich der **Steuern**. Bei letzteren ist, angesichts voraussehbarer negativer Haushaltsabschlüsse, in den allermeisten Kantonen eine Trendumkehr erkennbar: In nur noch wenigen Kantonen standen Vorlagen mit steuerlichen Erleichterungen zur Diskussion, wobei auch hier vor allem besonders zu fördernde Gruppen wie die Bezieher geringer Einkommen oder Familien berücksichtigt wurden. In vielen Kantonen wurden dagegen Steuererhöhungen diskutiert: von den Parlamenten Berns, Sankt Gallens sowie Ausserrhodens wurden sie auch beschlossen, während endgültige Entscheidungen in Genf und in Obwalden, dort hinsichtlich der Einführung einer Sondersteuer zur Finanzierung des Neubaus des Kantonsspitals, noch ausstehen. **Umweltschutz** und – immer wichtiger – das **Wohnungswesen** bilden mengenmässig die nächstfolgenden Schwerpunkte, wobei bei letzterem der Anteil der Volksbegehren mit gut zwei Fünfteln der gesamten Gesetzgebung weiterhin besonders hoch liegt. Wie in den Vorjahren ragten die legislativen Vorlagen auf dem Gebiet des Gesundheits- und Spitalwesens sowie des gesamten Infrastrukturbereichs über das Mittel der kantonalen Gesetzgebung hinaus. Neu dazu zu rechnen ist jedoch seit dem Berichtsjahr auch das Familienrecht, welches quantitativ gesehen an achter Stelle der gesamten kantonalen Gesetzgebung steht.

Politische Rechte

Die Senkung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf **18 Jahre** steht Ende 1991 kurz vor ihrem Abschluss. In acht Kantonen – Aargau, Appenzell Ausserrhodens, Freiburg, Graubünden, Luzern, Solothurn, Thurgau und Wallis – wurde diese Neuerung im Berichtsjahr vom Volk genehmigt. In den zwei verbleibenden Kantonen – Sankt Gallen und Appenzell Innerrhodens – sind entsprechende Vorlagen von den Kantonsparlamenten verabschiedet worden.

Dagegen steht die Gewährung der vollen politischen Rechte an die **ausländische Mitbevölkerung** noch in ihren Anfängen. Immerhin scheiterte von den im letzten Jahr in den Kantonen Basel-Stadt, Genf, Waadt und Zürich lancierten Volksbegehren lediglich eines an der erforderlichen Zahl der Unterschriften. Dagegen wurden mit dem Aargau, Bern und Tessin in drei weiteren Kantonen entsprechende Vorstösse initiiert.

Volksabstimmungen

1991 fanden, mit Ausnahme des Tessins, in allen Kantonen, welche das Verfahren der Urnenabstimmung kennen, Volksabstimmungen statt. Die insgesamt **124 Vorlagen** (1990: 95) verteilten sich auf elf verschiedene Daten. Über gut die Hälfte der Vorlagen, nämlich 63, wurde an den beiden Abstimmungsdaten entschieden, an welchen auch über eidgenössische Vorlagen zu befinden war. Mit relativ tiefen Beteiligungsraten von 36,1% (3. März) und 34,2% (2. Juni) vermochten die eidgenössischen Urnengänge die durchschnittliche Stimmbeteiligung jedoch nicht wesentlich zu beeinflussen.

Die Stimmbeteiligung sank weiter ab. 1991 lag sie **im Durchschnitt** aller kantonaler Abstimmungen nur noch **bei 33,8%** (1990: 37,7%). Damit lässt sich eine immer grössere Scherenbewegung feststellen zwischen dem Gebrauch der direktdemokratischen Instrumente, welcher 1991 weiter anstieg, durch politisch aktive Minderheiten und der politischen Apathie der grossen Masse des Stimmvolkes. Nach **regionalen Gesichtspunkten** betrachtet, liess sich einmal mehr ein Unterschied zwischen Deutsch- und Welschschweiz erkennen: In den Kantonen der Romandie lag die durchschnittliche Stimmbeteiligung bei 28,2%, während sie in den Kantonen der Deutschschweiz immerhin 35,5% betrug. Die französischsprachige Schweiz stellte mit Neuenburg und Wallis (neben Graubünden) auch zwei der drei Kantone mit einer durchschnittlichen Stimmbeteiligung von unter 25%, mit Neuenburg auch den Kanton mit der absolut tiefsten Stimmbeteiligung: ganze 12,5% der Stimmberechtigten liessen sich dort am 8. Dezember zu einem Urnengang bewegen. Auf der anderen Seite findet sich unter den acht Kantonen mit einer durchschnittlichen Stimmbeteiligung von über einem Drittel mit Freiburg nur gerade ein frankophoner Kanton; neben den beiden Basel, Luzern, Schaffhausen, Solothurn, Thurgau und Zug. Mit durchschnittlich 57,9% vermochte einzig noch Schaffhausen - dank Stimmzwang - mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten zu mobilisieren.

Zwölf der 124 Vorlagen, welche 1991 zur Abstimmung kamen, lassen sich als **umstritten** bezeichnen, wenn man als Massstab eine Differenz zwischen Ja- und Nein-Stimmen von maximal sechs Prozentpunkten annimmt (47-53% Ja- resp. Nein-Stimmen). Damit blieb der Anteil der umstrittenen Vorlagen wie in den Vorjahren bei rund 10%. Sie verteilen sich auf die Kantone Basel-Land und Basel-Stadt, Bern, Neuenburg, Schwyz, Schaffhausen und Zürich, wobei die beiden **Basel** fast die Hälfte aller umstrittenen Vorlagen stellten.

Opposition

Bei 17 der insgesamt 124 Abstimmungen widersprach das kantonale Stimmvolk 1991 der Ansicht der Mehrheit seiner politischen Repräsentanten. Auch diese Quote entspricht damit fast genau derjenigen des Vorjahres (vgl. *SPJ 1990*, S. 284 f.). Arg gebeutelt wurden vor allem die **Schaffhauser** Behörden. Nicht weniger als sechsmal (bei 11 Abstimmungen) stellte sich das Stimmvolk zu ihrer Meinung quer. Dreimal, bei allerdings 14 Vorlagen, war die Baselbieter und zweimal, bei acht Abstimmungsgeschäften, die Schwyzer Bevölkerung anderer Meinung als Regierungs- und Parlamentsmehrheit. Je einmal war dies in den Kantonen Basel-Stadt, Freiburg, Neuenburg, Thurgau, Uri und Zürich der Fall. In den Kantonen Basel-Stadt und Schaffhausen vermochten sich Regierung und Parlament in je einem Fall nicht auf eine gemeinsame Empfehlung zu einigen.

Unter den **Regierungsparteien** herrschte in neun Kantonen bei insgesamt 33 Abstimmungen Uneinigkeit über die Stimmempfehlung. Dagegen fanden sich unter den Exekutivparteien von zwölf Kantonen keinerlei diesbezügliche Unterschiede. Nicht überraschend traten die meisten Differenzen in den Regierungen der metropolitanen Kantone zutage. In **Basel und Zürich** konnten sie sich in der **Mehrzahl der Fälle nicht auf eine gemeinsame Stellungnahme einigen**; in Basel lauteten die Empfehlungen gar bei acht der zehn Abstimmungen verschieden. Ähnlich kontrovers gestaltete sich das politische Leben sonst einzig im Kanton Schaffhausen, wo jedoch hier vor allem die inhaltliche Polarisierung der Vorlagen selbst den Ausschlag gegeben haben dürfte.

In neun der zwölf Kantone, in denen sich die **Regierungsparteien bei allen Abstimmungen einig** waren, stimmte auch das Volk im gleichen Sinn. Widerborstig zeigten sich hingegen die Stimmberechtigten in Schwyz, wo sie in zwei von acht Fällen gegen die unter sich einigen Regierungsparteien stimmten, im Thurgau (einmal bei fünf Vorlagen) und in Uri (einmal bei sieben Vorlagen). Thematisch betrachtet richtete sich der Widerstand zweimal gegen Kredite für den Ausbau kultureller Einrichtungen sowie einmal gegen die Heraufsetzung der Regierungsratsgehälter. Eher zufällig dürfte dagegen im Kanton Schwyz die äusserst knappe Verwerfung der Schaffung einer Verfassungsgrundlage für ein neues Gesetz über die Wahl des Kantonsrats gewesen sein, zumal das dazugehörige Ausführungsgesetz kurioserweise ebenso knapp angenommen wurde.

Initiativen und Referenden

Mit einer Zustimmung von lediglich je gut einem Drittel hatten die Initiativen und Referenden, über welche 1991 an der Urne zu befinden war, deutlich weniger Erfolg als diejenigen des Vorjahres. Nur **fünf der insgesamt 15 Initiativen**, welche 1991 in insgesamt acht Kantonen zur Abstimmung gelangten, wurden vom Stimmvolk auch **angenommen** (1990: 12 von 19). In Appenzell Ausserrhoden und Basel-Stadt fanden immerhin die Gegenentwürfe der Behörden zu je einer Initiative die Zustimmung der Stimmenden, in Uri wurde ein Gesetzesentwurf, der auf

einer im Jahre 1989 angenommenen Volksinitiative beruhte, klar gutgeheissen. Die **Themen** der Initiativen waren dieses Jahr weit gestreut; vermehrte Aufmerksamkeit erhielten lediglich die Bereiche Bodenrecht, Raumplanung – mit je einer baselstädtischen und zürcherischen Initiative – , Umwelt- und Heimatschutz – mit zwei baselstädtischen Vorlagen – Gast- und Unterhaltungsgewerbe – je einmal Zürich und Schaffhausen – sowie das Gesundheitswesen mit je einem Vorstoss in den Kantonen Sankt Gallen und Schaffhausen.

Erfolgreich waren von diesen Initiativen die zürcherische Vorlage über ein Verbot von Geldspielautomaten, die ernerische Initiative zum Schutz des Alpengebiets, das Begehren nach einer Reduktion der Erbschafts- und Schenkungssteuer und die Initiative für mehr Volksrechte bei den Spitaltaxen im Kanton Schaffhausen sowie der baselstädtische Vorstoss zur Grünerhaltung des Schwarz-Parks.

Unter dem Blickwinkel der **Initiatoren** betrachtet, war die SP an zwei, das Kritische Forum Uri (KFU) sowie die FDP an je einer erfolgreichen Initiative beteiligt. Die ernerische Transit-Initiative wurde neben der SP und dem KFU auch vom VCS, dem WWF und weiteren Natur- und Umweltschutzverbänden getragen. Zweimal waren Abstimmungskomitees Urheber erfolgreicher Initiativen.

1991 wurden in 18 Kantonen insgesamt **61 Initiativen neu lanciert** (1990: 44). Besonders aktiv waren die Initianten dabei in den Kantonen Aargau und Bern (je acht Initiativen) sowie Basel-Stadt und Tessin mit sieben bzw. sechs Vorlagen. Überdurchschnittlich oft bildeten Fragen des Wohnungswesens (8 Vorlagen), der Steuern (7), sowie mit je sechs Volksbegehren das Stimm- und Wahlrecht, Strassenbau/Verkehr und Umwelt- und Naturschutz das Thema der lancierten Initiativen.

40 Initiativen erreichten die nötige Unterschriftenzahl oder wurden **eingereicht** (1990: 28). Mit je vier zustandegekommenen Volksbegehren ragen dabei Basel-Stadt, Genf, Luzern und Zürich über die weiteren 13 Kantone, in denen Initiativen eingereicht wurden, hinaus. Thematisch überwog die Frage der Steuern mit sieben Initiativen, vor dem Stimm- und Wahlrecht, dem Wohnungswesen sowie dem Umwelt- und Naturschutz mit je fünf Initiativen.

In neun Kantonen wurden insgesamt 16 lancierte Initiativen wieder **zurückgezogen oder scheiterten** an der nötigen Zahl der Unterschriften. Allein Basel-Stadt stellt dabei mit fünf gut ein Drittel der betreffenden Initiativen. Auf diesen Kanton entfällt auch das einzige im Jahre 1991 vollumfänglich für ungültig erklärte Volksbegehren. In der Waadt wurde eine Initiative teilweise für ungültig erklärt. In vier Kantonen waren im Zusammenhang mit einer Initiative bzw. einer Abstimmung Beschwerden eingereicht worden, welche durchwegs von den kantonalen Behörden oder dem Bundesgericht abgewiesen wurden.

Die Zahl der **Referenden** stieg gegenüber dem Vorjahr ebenfalls an. Insgesamt **18** wurden in elf Kantonen lanciert und ebensoviele wurden eingereicht (1990: 10 eingereichte und 12 lancierte). Von den zwölf Vorlagen, die infolge eines Referendumsbegehrens dem Volk im Berichtsjahr zur Entscheid vorgelegt werden mussten, scheiterten nur vier (1990: vier von neun). Es handelte sich um die Errichtung eines kantonalen Kulturzentrums in Basel-Land sowie um den Kredit für die Erstellung dreier Durchgangsheime für Asylbewerber im gleichen Kanton, um den baselstädtischen Kredit für die Schiessanlage Allschwiler-Weiher und schliesslich um die Erhöhung der Regierungsratsgehälter in Uri. Dies bedeutet, dass mit den Schweizer Demokraten sowie dem hauptsächlich aus bürgerlichen Vertretern zusammengesetzten Referendumskomitee in Basel-Land zwei Repräsentanten der politischen Rechten erfolgreich waren. Die Linke konnte sich mit der GSoA lediglich in Basel-Stadt einen Erfolg gutschreiben, während das Urner Begehren von einer Einzelperson getragen worden war.

Thematisch betrachtet erregten 1991 **Fragen des Verkehrs** den grössten Widerstand. Vier der 18 mit Referenden bekämpften Vorlagen befassten sich mit diesem Bereich, wobei unter den Kantonen die beiden Basel, Genf und Sankt Gallen betroffen waren. Dreimal riefen Fragen der Behörden- und Verwaltungsorganisation Missfallen hervor. Hierbei regte sich in den Innerschweizer Kantonen Uri und Schwyz einmal mehr Unmut über beabsichtigte Erhöhungen der Regierungsratsgehälter. Ebenfalls dreimal, und damit überdurchschnittlich oft, wurden Neuerungen im Schulwesen - darunter die Einführung des Frühfranzösisch-Unterrichts im Kanton Zug - sowie die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern bekämpft. In letzterem Fall beeindruckten die 24 270 gegen seinen Beschluss beigebrachten Unterschriften den Neuenburger Grossen Rat derart, dass er es gar nicht erst zu einer Volksabstimmung kommen liess, sondern seine eigene Entscheidung gleich selbst widerrief.

1. GRUNDLAGEN DER STAATSORDNUNG – ELEMENTS DU SYSTEME POLITIQUE

a) Neugliederung der Kantone, Totalrevision der Kantonsverfassungen, Gesetzgebung (Grundsätzliches) – Regroupement des cantons, révision totale des constitutions cantonales, législation (questions de principe)

APPENZEL INNERRHODEN: Totalrevision der Kantonsverfassung. Strikte Gewaltentrennung zwischen Exekutive und Legislative; Neuregelung des Amtszwangs von bisher 20 Jahren; Reduktion der Mitgliederzahl der Standeskommission (Regierung) auf sieben; Revision der Gerichtsorganisation; bessere Aufgabenteilung zwischen dem Kanton, den Landesteilen und den Bezirken. Von der Regierung vorgeschlagen (*SGT*, 11.11., 22.11., 27.11.).

APPENZEL AUSSERRHODEN: Totalrevision der Kantonsverfassung. In ihrer Botschaft zur zweiten Lesung beharrt die Regierung auf ihrer Auffassung, der Kantonsrat und nicht ein eigens dazu gewählter Verfassungsrat solle die Totalrevision beraten. Dafür soll eine mindestens 30-köpfige, breit abgestützte Kommission die Revision vorbereiten. In ihr sollen Mitglieder der Kantons- und Gemeindebehörden vertreten sein, jedoch nicht die Mehrheit bilden. Der Kantonsrat spricht sich einstimmig für eine Totalrevision und gegen die Einsetzung eines speziellen Verfassungsrates aus. Von der Landsgemeinde am 28.4. beschlossen (*SGT*, 31.1., *SN*, 19.2., 29.4.; vgl. *SPJ 1990*, S. 287).

BASEL-LAND: 1) Stimmrechtsbeschwerde des Komitees "Basel-Land ohne Laufental" gegen den Abstimmungstermin im September. Vom Verwaltungsgericht abgewiesen (*BaZ*, 12.7.; *NZZ*, 22.8.) – **2)** Aufnahme des Laufentals in den Kanton Basel-Land. In der Volksabstimmung vom 22.9. wird die dazu notwendige Änderung der Kantonsverfassung mit 59,2%, die Anpassung des Laufental-Vertrages von 1983 mit 59,3% sowie das geänderte Aufnahmegesetz mit 59,2% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 39,9%; Stimmfreigabe der SD (*BaZ*, 23.9.) – **3)** Einreichung einer Abstimmungsbeschwerde gegen die Laufental-Abstimmung vom 22.9. Der Regierungsrat beschliesst Nicht-Eintreten (*BaZ*, 4.10.; *Bund*, 16.10.) – **4)** Beitritt des Laufentals zum Kanton Basel-Land am 1.1.1994. Von der bernischen und der Baselbieter Kantonsregierung vereinbart (*NZZ*, 2.11.).

BASEL-STADT: Verfassungsinitiative für den Beitritt des Kantons Basel-Stadt zum Kanton Basel-Land. Lancierung der Initiative (*NZZ*, 28.8.; *BaZ*, 28.8., 1.10.).

BERN: 1) Totalrevision der Staatsverfassung. Beginn und Abschluss des zweiten Vernehmlassungsverfahrens sowie der Beratungen innerhalb der Grossratskommission (*Bund*, 22.7., 3.10., 31.10., 27.11.; vgl. *SPJ 1988*, S. 266, *1990*, S. 287) – **2)** Laufental-Abstimmung von 1989. Vom Berner Grossen Rat auf Weisung des Bundesgerichtes für gültig erklärt (*Bund*, 26.6.) – **3)** Gemeindeinitiativen der Gemeinden Brislach und Wahlen für einen Anschluss an Solothurn anstatt Basel-Land sowie der Gemeinde Roggenburg für ein Verbleiben beim Kanton Bern.

Einreichung der Initiativen. Der Regierungsrat erklärt die Initiativen für ungültig. Ablehnung der betreffenden Initiativen durch die Gemeinderäte von Brislach und Wahlen (*BaZ*, 24.8., 17.10.; *Bund*, 28.9., 4.12.) - **4**) Beitritt des Laufentals zum Kanton Basel-Land am 1.1.1994. Von den beiden Kantonsregierungen vereinbart (*NZZ*, 2.11.) - **5**) Titeländerung in der Berner Verfassung hinsichtlich der Abtrennung des Laufentals vom Kanton Bern. Der Regierungsrat beantragt die Einleitung eines Vernehmlassungsverfahrens (*NZZ*, 6.12.).

JURA: 1) Deux motions, l'une du PCSI et l'autre du PS, en faveur du rattachement de la "Commune libre" de Vellerat à la République et Canton du Jura. Approuvées par le Parlement (sans opposition) avec l'accord du Gouvernement (*Dém.*, 7.3.) - **2)** Initiative cantonale du Rassemblement jurassien, intitulée "Un peuple jurassien", qui demande l'introduction d'un article dans la constitution jurassienne selon lequel le peuple jurassien est compris dans les districts de Courtelary, Delémont, Franches-Montagnes, Moutier, La Neuveville et Porrentruy. Lancement de l'initiative. Aboutissement de l'initiative avec plus de 8000 signatures. Dépôt de l'initiative et d'une pétition lancée dans le Jura méridional (bernois) (*Dém.*, 9.9., 30.9., 12.10., 26.10., 21.11., 27.11., 2.12.; *NZZ*, 9.9.; *Bund*, 9.9.; *24 Heures*, 19.10.).

LUZERN: Änderung des Organisationsrechts aus dem Jahre 1899 über Organisation von Regierung und Verwaltung sowie Teil-, eventuell Totalrevision der Staatsverfassung. Zustimmung der Kenntnisnahme des Grossen Rates. Gleichzeitig äussert der Rat den Wunsch, dass anschliessend auch die Totalrevision der Staatsverfassung vorbereitet werden soll (*LNN*, 12.3.; vgl. *SPJ 1990*, S. 287).

ZUG: Stimmrechtsbeschwerde des Geschäftsführers des Zuger Stimmbürgerverbandes, Xaver Vonesch, beim Verwaltungsgericht Zug und beim Bundesgericht gegen die Volksabstimmung über die Zuger Kantonsverfassung vom 2.12.90. Ablehnung der Beschwerde durch das Bundesgericht (*LNN*, 5.8.; vgl. *SPJ 1990*, S. 288).

b) Stimmrecht - Droit de vote

AARGAU: 1) Änderung der Verfassung. Einführung des Stimm- und Wahlrechts ab dem 18. Altersjahr in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten. Vom Grossen Rat angenommen. Von allen Parteien unterstützt. In der Volksabstimmung vom 2.6. mit 69,8% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 28% (*AT*, 27.3., 3.6.; vgl. *SPJ 1989*, S. 268, *1990*, S. 288) - **2)** Volksinitiative für die Einführung des Stimm- und Wahlrechts auf kommunaler Ebene für Ausländer mit Niederlassungsbewilligung. Lanciert von den Grünen und linken Gruppierungen, unterstützt von der SP (*AT*, 29.6., 21.11.).

APPENZEL INNERRHODEN: Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 18 Jahre. Antrag der Regierung an den Grossen Rat. Vom Grossen Rat zuhanden der Landsgemeinde verabschiedet (*NZZ*, 11.10.; *SGT*, 26.11.).

APPENZEL AUSSERRHODEN: Gegenvorschlag der Regierung zur Initiative "Stimmrechtsalter 18 in den Gemeinden". Von der Landsgemeinde am 28.4. angenommen (*SGT*, 29.4.; vgl. *SPJ 1990*, S. 288).

BASEL-STADT: Formuliert Verfassungsinitiative "Politische Rechte von Ausländern". Zustandekommen der Initiative mit 4500 Unterschriften. Einreichung der Initiative (*BaZ*, 13.6., 19.6.; vgl. *SPJ 1990*, S. 288).

BERN: Volksinitiative für die Einführung des Stimmrechtes für Ausländer. Stimmberechtigt sind alle AusländerInnen, die mindestens 18 Jahre alt sind, seit einem Jahr im Kanton Bern sowie seit zehn Jahren in der Schweiz wohnen. Lancierung der Initiative durch das Komitee "Politische Rechte für Emigranten" (*Bund*, 27.9.).

FRIBOURG: Projet de loi du Gouvernement pour l'abaissement du droit de vote de 20 à 18 ans. Approuvé par tous les partis. Approuvé en votation populaire du 3 mars par 68,2% des votants; participation: 51% (*Lib.*, 4.3.; cf. *APS 1990*, p. 289).

GENEVE: 1) Initiative populaire "tous citoyens, toutes citoyennes". Déclarée valable par la commission législative du Grand Conseil (*JdG*, 21.8.; cf. *APS 1990*, p. 289) – **2)** Initiative populaire intitulée "Vivre ensemble". Aboutissement de l'initiative avec plus de 11 000 signatures (*JdG*, 17.1.; cf. *APS 1990*, p. 289).

GRAUBÜNDEN: Teilrevision der Kantonsverfassung und des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte im Kanton Graubünden. Einführung des Stimm- und Wahlrechtsalters 18 auf Kantons-, Kreis- und Gemeindeebene. Botschaft und Entwurf der Regierung. Vom Grossen Rat zuhanden der Volksabstimmung angenommen. Von allen Parteien befürwortet. In der Volksabstimmung vom 8.12. mit 72,7% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 23,8% (*BüZ*, 5.7., 1.10., 4.12., 9.12.).

LUZERN: Einführung des Stimm- und Wahlrechtsalters 18. Vom Grossen Rat in erster und zweiter Lesung angenommen. In der Volksabstimmung vom 2.6. mit 75,1% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 49,6% (*LNN*, 10.1., 29.1., 12.3.; *Vat.*, 3.6.; vgl. *SPJ 1990*, S. 289).

SANKT GALLEN: Änderung der Verfassung: Einführung des Stimmrechts 18 auf Kantons- und Gemeindeebene. Vom Regierungsrat vorgelegt. Vom Grossen Rat in erster Lesung angenommen (*SGT*, 19.4., 1.10., 3.10.).

SOLOTHURN: Stimm- und Wahlrechtsalter 18. Vom Kantonsrat in zweiter Lesung zuhanden der Volksabstimmung angenommen. In der Volksabstimmung vom 2.6. mit 73,8% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 42%. Auftrag des Regierungsrates an die Staatskanzlei, eine entsprechende Gesetzesvorlage auszuarbeiten (*SZ*, 30.1., 3.6., 16.8.; vgl. *SPJ 1990*, S. 289).

THURGAU: Einführung von Stimm- und Wahlrecht 18. Vom Grossen Rat angenommen. In der Volksabstimmung vom 2.6. mit 72,6% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 37,4% (*SGT*, 8.3., 3.6.; vgl. *SPJ 1990*, S. 289).

TICINO: Iniziativa popolare per concedere il diritto di voto e d'eligibilità agli stranieri nel cantone Ticino. Annunciata dagli iniziatori (*CdT*, 27.6.).

VALAIS: Modification de l'article 88 de la Constitution cantonale: abaissement de la majorité civique à 18 ans. Approuvée par le Grand Conseil. Approuvée par tous les partis. Approuvée en votation populaire du 2 juin par 72,5% des votants; participation: 26,3% (*NF*, 14.5., 3.6.; cf. *APS 1990*, p. 289).

VAUD: 1) Initiative populaire en faveur de l'octroi sur le plan communal du droit de vote et d'éligibilité des étrangers (permis C) au sein des Conseils communaux et généraux, mais pas des municipalités. Lancement de l'initiative; initiants: PS. Non-aboutissement de l'initiative (*24 Heures*, 8.2., 20.2., 17.5.; *JdG*, 8.2.; *NZZ*, 18.5.; cf. *APS 1990*, p. 289) – **2)** Initiative populaire "Toutes citoyennes, tous citoyens". L'initiative souhaite l'octroi des droits politiques aux étrangers, sur les plans communal et cantonal, sans distinction entre législatif et exécutif. Lancement de l'initiative; initiants: comité, soutenu par le Centre des contacts Suisses-immigrés, POP, PSO et alternatifs. Aboutissement de l'initiative avec environs 13 000 signatures (*24 Heures*, 28.2., 24.5.).

ZÜRICH: Volksinitiative "mitenand läbe – mitenand stimme". Einreichung der Initiative mit 12 052 Unterschriften (*NZZ*, 11.3., 16.5.; vgl. *SPJ 1990*, S. 289).

c) Bürgerrecht, Niederlassungsrecht – Droit de bourgeoisie, droit d'établissement

AARGAU: Totalrevision des Kantons- und Gemeindebürgerrechts. Anlehnung an das revidierte Bundesrecht über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts. Straffung der Verfahren. Vorstellung des Projekts (*AT*, 5.9.).

APPENZEL AUSSERRHODEN: Änderung der Kantonsverfassung: Neues Kantonsbürgerrecht. Ein Antrag der Regierung, das Ehrenbürgerrecht auf Gemeinde- und Kantonsstufe einzuführen, wurde vom Kantonsrat abgelehnt. Vom Kantonsrat zuhanden der Landsgemeinde verabschiedet (*SGT*, 19.11.).

BASEL-STADT: Änderung des Bürgerrechtsgesetzes. Anpassung an das neue Bundesrecht, mit dem Schwerpunkt der Gleichstellung von Mann und Frau. Vom Regierungsrat dem Grossen Rat vorgelegt (*BaZ*, 27.9.).

NEUCHÂTEL: Facilitation de la naturalisation des étrangers. Adaptation au droit fédéral. Réduction de la durée de résidence au canton de huit à trois ans. Compétence du Conseil communal respectivement du Conseil d'Etat de statuer sur les demandes présentées. Présentée par le Gouvernement et approuvée par le Grand Conseil (*Express*, 20.9., 2.10.).

NIDWALDEN: Änderung des Gesetzes über Erwerb und Verlust des Gemeindebürgerrechts. Vom Landrat in zweiter Lesung angenommen und zuhanden der Landsgemeinde verabschiedet. Von der Landsgemeinde am 28.4. angenommen (*LNN*, 10.1., 29.4.; vgl. *SPJ 1990*, S. 289 f.).

OBWALDEN: 1) Neues Bürgerrechtsgesetz. Angleichung an die Änderungen im Bundesgesetz bezüglich des Bürgerrechts für Kinder sowie der Gleichstellung von Mann und Frau hinsichtlich des Erwerbs und Verlusts des schweizerischen Bürgerrechts. Änderung der Zuständigkeit für die Landrechtserteilung im Kanton: für die ausländische Bevölkerung soll künftig der Kantonsrat, für die schweizerische der Regierungsrat zuständig sein. In die Vernehmlassung gegeben (*LNN*, 6.7.; *Vat.*, 12.10., 14.10.) – **2)** Nachtrag zur Kantonsverfassung über Zuständigkeiten der Bürgerrechtserteilung sowie das Bürgerrechtsgesetz. In erster und zweiter Lesung angenommen (*LZ*, 30.11.; *LNN*, 20.12.).

SANKT GALLEN: Nachtragsgesetz zum Bürgerrechtsgesetz. Gleichstellung von Mann und Frau beim Einbürgerungsverfahren. Vom Regierungsrat vorgestellt (*SGT*, 16.8.).

SCHAFFHAUSEN: Totalrevision des Gesetzes betreffend Erwerb und Verlust des Gemeinde- und Kantonsbürgerrechts sowie des Dekrets betreffend die Einbürgerungsgebühren. Die Totalrevision ist erforderlich aufgrund der Revision des Bundesgesetzes über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts vom 23. März 1990. Von der Regierung dem Grossen Rat zugeleitet. Vom Grossen Rat zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet. Von allen Parteien befürwortet. In der Volksabstimmung vom 15.12. mit 76,1% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 60,3% (*SN*, 28.2., 19.3., 13.8., 24.9., 7.12., 16.12.).

SCHWYZ: Neues Bürgerrechtsgesetz. Beibehaltung der Entscheidung über das Gemeindebürgerrecht durch die Stimmbürger; Verweigerung eines Rechtsanspruchs auf das Schwyzer Bürgerrecht für junge Ausländer der zweiten Generation. Vom Kantonsrat angenommen (*LNN*, 24.10.).

SOLOTHURN: Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes. Möglichkeit für jeden Schweizer, ein Gesuch um Aufnahme in das Kantonsbürgerrecht zu stellen, wenn er zwei Jahre Wohnsitz im Kanton nachweisen kann; ausländische Gesuchsteller haben neu nur noch sechs statt acht Jahre Wohnsitz im Kanton nachzuweisen; grundsätzlich soll nur noch ein Aufnahmegesuch in eine solothurnische Bürgergemeinde stellen können, wer seit mindestens zwei Jahren dort wohnhaft ist; Ausländer der zweiten Generation und ausländische Ehegatten sollen in den Genuss von Wohnsitzerleichterungen kommen, indem ihre Wohnsitzjahre im Kanton doppelt angerechnet werden; Einführung eines Rechtsanspruchs für Ausländer auf Einbürgerung; Verpflichtung der Bürgergemeinden, ausländischen Gesuchstellern das Bürgerrecht zu gewähren, wenn sie die Aufnahmevoraussetzungen erfüllen, mindestens zehn Jahre ohne Unterbruch in der entsprechenden Gemeinde gewohnt und die Schulen grösstenteils in der Schweiz besucht haben; Abschaffung von Mehrfach- und Doppelbürgerrechten; Verlust des solothurnischen Kantons- und aller solothurnischen Gemeindebürgerrechte beim Erwerb des Bürgerrechts eines anderen Kantons; Verlust der bisherigen Gemeindebürgerrechte beim Erwerb des Bürgerrechts einer anderen Gemeinde (mit Ausnahme des Ehrenbürgerrechts); Übertragung des Kantonsbürgerrechts an Ausländer durch den Regierungsrat; Möglichkeit für die Gemeinden, die entsprechende Kompetenz für das Gemeindebürgerrecht auf den Gemeinderat zu übertragen; Festlegung der Gebühr zur Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht durch den Kantonsrat; entsprechende Kompetenz für die Bürgergemeinden betreffend die Aufnahme ins Gemeindebürgerrecht, wobei der Regierungsrat einen einheitlichen Maximaltarif festlegt. Vom Regierungsrat in die Vernehmlassung geschickt; Abschluss des Vernehmlassungsverfahrens (*SZ*, 8.2., 26.9.).

THURGAU: Revision des Gesetzes über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht. Anpassung an das Bundesrecht. Verzicht auf die Einbürgerungstaxen bei Schweizerinnen und Schweizern, welche das Thurgauer Kantonsbürgerrecht erwerben wollen. Ausländer, welche das Thurgauer Bürgerrecht erwerben wollen, müssen von den mindestens 12 in der Schweiz verbrachten Jahren wenigstens sechs im Thurgau und mindestens zwei in der Einbürgerungsgemeinde gelebt haben. In der Parlamentsberatung wird die Einbürgerungstaxe für Schweizer und Ausländer unter 20

Jahren durch eine Kanzleigebühr ersetzt. Vom Kantonsrat verabschiedet. Ergreifung des Referendums durch die SD. Einreichung des Referendums mit 2280 gültigen Unterschriften (*NZZ*, 6.6.; *SGT*, 6.6., 9.9., 2.12.; vgl. *SPJ 1990*, S. 290).

TICINO: Legge patriziale. La commissione della legislazione ha sottoscritto il rapporto. Rinviata in commissione dal Gran Consiglio (*CdT*, 14.9., 16.10., 19.10., 22.10.).

VAUD: Simplification de la naturalisation des jeunes étrangers dits de la deuxième génération. A cette but le parlement devrait renoncer au profit de l'Exécutif, à sa compétence de statuer sur l'octroi du droit de cité cantonal. La nouvelle procédure se limite aux candidats de moins de 25 ans titulaires d'un permis d'établissement et implique une modification de la Constitution cantonale. Proposée par le Gouvernement. Approuvée par le Grand Conseil. Approuvée en votation cantonale du 2 juin par 68% des votants; participation: 27,7% (*24 Heures*, 23.1., 3.6.).

ZUG: Totalerneuerung des Bürgerrechtsgesetzes. Anpassung an die Neuerungen auf Bundesebene. Möglichkeit für die Gemeinden, selbst über die Einbürgerungstaxe zu entscheiden, wobei der Betrag 10 000 Fr. nicht übersteigen darf; Herabsetzung des Einbürgerungsalters auf 16 Jahre; direkte Einbürgerung durch den Bürgerrat für junge Ausländer der zweiten Generation; Pflicht, fünf Jahre, davon drei Jahre ununterbrochen, im Kanton gelebt zu haben, um das Bürgerrecht zu erhalten; Ersetzung des Begriffes "des Bürgerrechts 'würdig'", durch das Prädikat "geeignet". Vom Regierungsrat dem Kantonsrat vorgelegt (*LNN*, 7.12.).

d) Zivil- und Strafrecht, Gerichtswesen, öffentliche Ordnung, Datenschutz - Droit civile et pénale, système judiciaire, ordre publique, protection des données

AARGAU: 1) Teilrevision des Polizeigesetzes. Klare Regelung der Befugnisse der Kantonspolizei. In die Vernehmlassung geschickt (*AT*, 15.8.) - **2)** Teilrevision der Strafprozessordnung. Erhöhung der Strafkompetenz der Bezirksämter für Freiheitsstrafen von 30 Tagen auf 3 Monate; Verbesserung der Stellung des Angeklagten. In die Vernehmlassung geschickt (*AT*, 15.8.).

APPENZEL INNERRHODEN: 1) Neufassung des kantonalen Einführungsgesetzes zum ZGB: Möglichkeit, sowohl Männer wie Frauen zur Übernahme von Vormunds- oder Beistandsschaften verpflichtet zu können. Vom Grossen Rat angenommen (*SGT*, 26.11.) - **2)** Änderung der Verfassung und Revision der Strafprozessordnung. Revision der EMRK-widrigen Bestimmungen, welche Verwaltungsbehörden strafrechtliche Kompetenzen zugestehen, ohne eine anschliessende umfassende gerichtliche Überprüfung im kantonalen Verfahren; vorgesehen ist für die Überprüfung letztinstanzlicher Strafsentscheide der kantonalen Verwaltungsbehörden eine einzige richterliche Instanz, eine Abteilung des Kantonsgerichts. Von der Regierung dem Grossen Rat beantragt (*SGT*, 11.10.).

APPENZEL AUSSERRHODEN: Datenschutzgesetz. Einführung eines vom Kantonsrat gewählten Datenschutzbeauftragten zur Überwachung der Vorschriften sowie zur Beratung der Bevölkerung; Möglichkeit für die Gemeinden oder öffentlich-rechtlichen Körperschaften, eigene Organe zu schaffen; Bekanntgabe der Rechtsgrundlage und des Zwecks der Bearbeitung an betroffene Personen auf deren Wunsch; Vernichtung nicht mehr benötigter Personendaten;

Führung eines zentralen Verzeichnisses der Datensammlungen von Kanton, Gemeinden und öffentlich-rechtlichen Körperschaften; Möglichkeit der Bevölkerung, in dieses Verzeichnis Einsicht zu nehmen; Einführung einer Berichtigungsmöglichkeit, falls falsche Daten gespeichert wurden. Von der Regierung vorgelegt. Der Kantonsrat beschliesst, nicht auf die Vorlage einzutreten (*SGT*, 10.10., 29.10.).

BASEL-LAND: 1) Datenschutzgesetz. In der zweiten Lesung wird festgehalten, dass der Datenschutzbeauftragte von der Regierung und nicht vom Parlament gewählt wird und dessen Stelle auch nicht verwaltungsunabhängig organisiert sein wird. Vom Landrat in zweiter Lesung angenommen. In der Volksabstimmung vom 2.6. mit 77,1% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 38,6%; Stimmfreigabe der SD (*BaZ*, 15.1., 8.3., 24.5., 3.6.; vgl. *SPJ 1987*, S. 253, *1988*, S. 269, *1990*, S. 290) - **2)** Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte. Vom Landrat zuhanden der Volksabstimmung angenommen. In der Volksabstimmung vom 22.9. mit 74,6% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 39,9% (*BaZ*, 11.4., 16.9., 23.9.) - **3)** Rücktritt des Kantons vom Konkordat über die Kosten des Strafvollzugs. Vom Landrat auf Antrag des Regierungsrats angenommen (*BaZ*, 17.7., 12.11.) - **4)** Dekret über das Zivilstandswesen. Vom Regierungsrat dem Landrat unterbreitet (*BaZ*, 17.4.).

BASEL-STADT: 1) Abweisung zweier staatsrechtlicher Beschwerden gegen das 1990 vom Volk angenommene "Vermummungsverbot" - darunter einer der SP Basel-Stadt - durch das Bundesgericht (*NZZ*, 15.1.; *BaZ*, 15.1.; vgl. *SPJ 1990*, S. 290) - **2)** Im Rahmen der Staatsschutzdebatte wird vom Grossen Rat die Einführung einer kantonalen Übergangsordnung für die politische Polizei sowie eines kantonalen Einführungsgesetzes beschlossen (*BaZ*, 28.6.) - **3)** Änderung der Strafprozessordnung und anderer Gesetze zwecks Einführung der Stelle eines Haftrichters. An die Kommission überwiesen (*BaZ*, 28.6.).

BERN: Publikationsgesetz. Das Gesetz soll eine klare Regelung der Veröffentlichung von Erlassen, eine neue Bernische Amtliche Gesetzessammlung sowie die häufigere Aktualisierung der Bernischen Systematischen Gesetzessammlung bringen. In die Vernehmlassung geschickt (*Bund*, 5.7.).

FRIBOURG: 1) Loi sur la protection des données personnelles. Institution dans chaque commune et chaque direction du Conseil d'Etat d'un préposé à la protection des données. Soumis en procédure de consultation; conclusion de la procédure de consultation (*NZZ*, 1.2.; *Lib.*, 1.2., 13.9.) - **2)** Nouveau code de procédure pénale fribourgeois. Introduction du système du "Ministère publique - plaque tournante"; accroissement des pouvoirs de cette autorité. Présenté par le Conseil d'Etat (*Lib.*, 13.9.).

GENEVE: 1) Deux initiatives populaires. La première s'intitule: "Pour la glasnost fiscale - pour une lutte antidrogue efficace", la seconde "Pour une justice plus rapide - contre les doubles salaires des juges"; annoncées par le groupe "Legital" (*JdG*, 25.1.) - **2)** Projet de loi pour rendre possible une saisie préalable sur les biens d'un inculpé de montants destinés à couvrir les frais de procédure. Proposé par le Gouvernement (*JdG*, 30.10.) - **3)** Projet de loi correspondant à un voeu du Tribunal fédéral. Suivant la nouvelle loi, les jurés genevois pourront expliquer en quelques mots les raisons de leur décision. Le principe d'une réponse par "oui" ou par "non" aux questions est maintenu mais on y ajoutera l'obligation pour les jurés de motiver sommairement

leur verdict quand sa compréhension l'exige. Présenté par le Conseil d'Etat (*JdG*, 28.3.) – **4)** Création de deux nouvelles charges de procureurs à la suite de deux projets de loi socialistes. Préconisée par la commission judiciaire du Grand Conseil. Approuvée par tous les partis. Approuvée en votation cantonale du 29 septembre par 87,8% des votants; participation: 30,1% (*JdG*, 30.4., 30.9.; *NZZ*, 30.9.).

GLARUS: Änderung der Verfassung: Memorialsantrag auf Wahl der Richter, der Verhörrichter und des Staatsanwaltes an der Urne anstatt an der Landsgemeinde. Vom Landrat zur Ablehnung empfohlen. Von der Landsgemeinde am 5.5. abgelehnt (*NZZ*, 3.4., 6.5.; *Memorial für die Landsgemeinde des Kantons Glarus vom Jahre 1991*).

GRAUBÜNDEN: Teilrevision der grossrätlichen Verordnung über die Ausrichtung kantonaler Beiträge an die Bezirksgerichte. Botschaft und Entwurf der Regierung (*BüZ*, 1.11.).

NEUCHÂTEL: 1) Epuration du Code pénal neuchâtelois de 1940. Approuvée par le Grand Conseil (*Express*, 26.3.) – **2)** Projet de modification de la loi sur la protection de la personnalité. Les articles 24 et 29 de la loi cantonale existante seraient complétés par de nouvelles dispositions. Dépôt du projet par le groupe socialiste (*Express*, 29.1.) – **3)** Adaptation de la loi d'organisation judiciaire neuchâteloise. Proposée par le Conseil d'Etat. Approuvée par le Grand Conseil (*Express*, 12.3., 26.3.).

OBWALDEN: Verordnung über die Gleichstellung von Frau und Mann. Vom Kantonsrat in zweiter Lesung angenommen (*LZ*, 30.11.).

NIDWALDEN: Austritt aus dem Konkordat über die Kosten des Strafvollzugs. Vom Landrat angenommen (*LNN*, 18.4.).

SANKT GALLEN: 1) Schaffung eines Datenschutzgesetzes. Verbesserung des Schutzes des Bürgers bei der Datenverarbeitung durch die Verwaltungen auf Kantons- und Gemeindeebene durch das Recht auf Auskunft und Einsicht sowie auf Berichtigung falscher Daten. Daten, an deren Speicherung oder Aufbewahrung kein Interesse mehr besteht, müssen vernichtet werden. Schaffung der Stelle eines vom Regierungsrat zu wählenden Datenschutzbeauftragten. Verstärkung des Rechtsschutzes durch die Möglichkeit, Entscheide letztinstanzlich an das Verwaltungsgericht weiterzuziehen. Vom Regierungsrat vorgestellt (*SGT*, 30.8.) – **2)** Revision des Gesetzes über die Strafrechtspflege. Ausarbeitung eines Thesenpapiers einer Expertenkommission (*SGT*, 14.2.) – **3)** Kredit von 9 Mio Fr. für den Umbau der Liegenschaft an der Zeughausgasse 20. Schaffung von Räumen für die Kantonspolizei sowie von Wohnungen. Vom Regierungsrat dem Grossen Rat beantragt. Vom Grossen Rat in erster und zweiter Lesung angenommen. Lancierung des Referendums; Zustandekommen des Referendums mit rund 5600 Unterschriften (*SGT*, 1.2., 8.5., 28.9., 1.10., 25.10., 13.11.).

SCHAFFHAUSEN: 1) Änderung der Zivilprozessordnung sowie Dekret über die Gerichtsgebühren. Vom Kantonsrat in zweiter Lesung angenommen (*SN*, 11.6., 10.9.; vgl. *SPJ 1990*, S. 291).

SOLOTHURN: Neues Strafvollzugsgesetz. In der Volksabstimmung vom 3.3. mit 72,7% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 44,4%; Stimmfreigabe der EVP (*SZ*, 4.3.; vgl. *SPJ 1990*, S. 291).

THURGAU: 1) Revision der Strafprozessordnung. Vom Grossen Rat in erster Lesung angenommen (*NZZ*, 20.6.; *SGT*, 20.6.; vgl. *SPJ 1990*, S. 291) – **2)** Neues Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch. Reduktion der bestehenden 144 Paragraphen auf das Wesentliche; teilweise Änderung der Rechtsmittelwege. Vom Grossen Rat angenommen (*SGT*, 19.3.).

TICINO: 1) Revisione del Codice di procedura penale che prevede l'abolizione dell'istituto del giudice istruttore e l'introduzione della nuova figura del giudice dell'istruzione e dell'arresto. Approvato il messaggio aggiuntivo concernente la revisione dal Consiglio di Stato e dalla commissione speciale del Gran Consiglio (*CdT*, 21.3., 6.9.) – **2)** Modifiche del Codice di procedura civile. Oggetto delle modifiche è la rappresentanza processuale davanti al giudice di pace e quella dello Stato nei procedimenti civili che lo riguardano direttamente. Proposte dal Consiglio di Stato (*CdT*, 9.2.) – **3)** Modifica della legge sulle attività private di investigazione e di sorveglianza. Pubblicazione del rapporto dalla Commissione della Legislazione. Approvata dal Gran Consiglio (*CdT*, 1.3., 12.3.; v. *APS 1990*, p. 291).

URI: Neuordnung der Gerichtsbarkeit. Aufteilung des Landgerichts in Kammern für Zivilstreitigkeiten und Straffälle, wobei der Vizepräsident des Landgerichts den Vorsitz der strafrechtlichen Abteilung übernehmen wird. Abschaffung der Gerichtskommission. Aufteilung des Obergerichtes in drei Abteilungen: Zivilrecht, Strafrecht, Verwaltungsrecht. Einführung des Vollamts für den Obergerichtspräsidenten, welcher alle drei Abteilungen präsidiert. Ausbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit. In die Vernehmlassung geschickt (*Vat.*, 2.7.; *LNN*, 3.7.).

VALAIS: Loi sur la coopération policière en Suisse romande. Approuvée en votation populaire du 8 décembre par 85,2% des votants; participation: 18,6%; vote libre du PS (*NF*, 27.11., 3.12., 9.12.).

ZUG: 1) Ergänzung des Gesetzes über die Gerichtsorganisation. Zur Beurteilung von Vergehen gegen die Sittlichkeit wird das Straf- und das Strafobergericht mit Vertretern beider Geschlechter besetzt. Vom Kantonsrat auf Antrag des Obergerichtes verabschiedet (*LNN*, 10.5., 29.11.) – **2)** Änderung der Verfassung. Ausbau der Gerichte auf Veranlassung zweier Motionen. Wahl von sechs statt fünf Kantonsrichtern sowie drei statt einem Oberrichter. Von der Justizprüfungskommission beantragt (*LNN*, 10.8.).

ZÜRICH: 1) Volksinitiative "Rechtsschutz in Strafsachen". Vom Kantonsrat abgelehnt. In der Volksabstimmung vom 8.12. mit 56,6% der Stimmen abgelehnt; Stimmbeteiligung: 28,6%; Ja-Parole von SP, LdU und GP. Einreichung einer Abstimmungsbeschwerde der Initianten beim Bundesgericht (*NZZ*, 18.6., 23.11., 30.11., 6.12., 9.12.) – **2)** Revision der Strafprozessordnung. Verbeiständung durch einen Verteidiger, wenn der Angeschuldigte sich ununterbrochen mehr als fünf Tage in Untersuchungshaft befindet; unverzüglich zu veranlassende Erklärung des Angeschuldigten, ob er selber einen Verteidiger wählen oder sich einen solchen von Amtes wegen bestellen lassen will; Verpflichtung für den Haftrichter, gemäss Europäischer Menschenrechtskonvention, spätestens nach zwei Tagen über die Untersuchungshaft zu entscheiden; der über die Haft bestimmende Richter sollte auch bei Sicherheitshaft nicht bei der späteren Urteilsfindung beteiligt sein. Vom Kantonsrat zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet. In der Volksabstimmung vom 1.9. mit 86,3% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 27,6%; Stimmfreigabe der GP (*NZZ*, 5.3., 6.3., 23.4., 12.8., 24.8., 30.8., 31.8.,

2.9.) - **3)** Initiative der Autopartei zur Einführung eines "Vermummungsverbots" bei Demonstrationen. Zustandekommen der Initiative mit 10 404 Unterschriften (*NZZ*, 31.5., 8.8.) - **4)** Kredit von 33,3 Mio Fr. für Erweiterungsbauten der Kantonspolizei auf dem Areal des Nationalstrassenwerkhofes Urdorf. Von der Regierung beantragt (*NZZ*, 16.5.) - **5)** Veröffentlichung des zuhanden des Kantonsrates erstellten Untersuchungsberichts über den Staatsschutz im Kanton Zürich (*NZZ*, 24.4.) - **6)** Änderung der Gerichtsorganisation (Revision des Gerichtsverfassungsgesetzes). In der Volksabstimmung vom 3.3. mit 75,1% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 33%; Nein-Parolen von LdU und SD (*NZZ*, 4.3.; vgl. *SPJ 1990*, S. 292).

e) Behörden- und Verwaltungsorganisation - Organisation des autorités et de l'administration

AARGAU: Neue Geschäftsordnung des Grossen Rates. Verkürzung der Redezeit, sachliche Beschränkung von persönlichen Erklärungen sowie in der Regel schriftliche Beantwortung der Interpellationen. Vom Grossen Rat einstimmig angenommen (*AT*, 5.6., 21.8.).

BASEL-LAND: **1)** Kredit von rund 100 Mio Fr. für den Neubau des Verwaltungszentrums Gutschmatte. In der Volksabstimmung vom 8.12. mit 51,5% der Stimmen abgelehnt; Stimmbeteiligung: 30%; Ja-Parolen von sämtlichen Parteien ausser dem LdU und der AP (*BaZ*, 21.11., 30.11., 4.12., 9.12.) - **2)** Neues Landratsgesetz. Weitgehende Übernahme der Regelungen der bestehenden Geschäftsordnung; Verbesserung der Dokumentationsdienste und Auskunftsrechte für die Parlamentarier; Verschärfung der Bestimmungen über die Berichterstattung der Medien. Vom Regierungsrat vorgelegt (*BaZ*, 28.12.).

BASEL-STADT: **1)** Wohnsitzpflicht der Beamten in den oberen Lohnklassen im Kanton. Ausarbeitung eines Gesetzestexts bezüglich der 1988 vom Volk angenommenen entsprechenden Initiative. Nach dem Beschluss des Regierungsrats soll dem Stimmvolk neben dem ursprünglichen Initiativtext, welcher fordert, für Beamte der Lohnklassen 1-14 die Wohnsitzpflicht im Kanton zwingend vorzuschreiben, ein Gegenentwurf entgegengestellt werden, welcher beantragt, die Wohnsitzpflicht auf die Beamten zu beschränken, die in einem besonderen Vertrauensverhältnis zu einem oder mehreren volksgewählten Amtsinhabern stehen oder denen gesteigerte Verantwortung zukommt. Vom Regierungsrat dem Grossen Rat beantragt. Der Grosse Rat beschliesst, beide Varianten der Volksabstimmung vorzulegen, gibt jedoch keine Empfehlung darüber ab (*BaZ*, 19.6., 26.9.; vgl. *SPJ 1988*, S. 304) - **2)** Offenlegung der Interessenverbindungen der Mitglieder des Grossen Rats. Vom Grossen Rat angenommen (*BaZ*, 14.3.; vgl. *SPJ 1990*, S. 292 f.) - **3)** Teiländerung der Geschäftsordnung des Grossen Rats: Einführung der Ratsmotion. Vom Grossen Rat angenommen (*BaZ*, 20.9.).

BERN: **1)** Teilrevidiertes Dekret über die Organisation des Regierungsrates. Das Dekret regelt die durch die Annahme der Volksinitiative "Sieben statt neun Regierungsräte" nötig gewordene Zusammenfassung der bisherigen 14 Direktionen zu sieben Departementen. Von der Regierung dem Grossen Rat unterbreitet (*Bund*, 12.1.) - **2)** Entwurf für ein kantonales Informationsgesetz.

Der Erlass regelt das Verfahren zur Information über die Tätigkeit der Behörden sowie das Recht auf Information und Akteneinsicht. In die Vernehmlassung geschickt (*Bund*, 2.3.).

FRIBOURG: 1) Nouvel projet concernant l'augmentation des traitements des conseillers d'Etat et des juges cantonaux. Liaison des salaires des magistrats à ceux des fonctionnaires les mieux rémunérés. Proposé par le Gouvernement (*Lib.*, 11.5.) - **2)** Loi sur l'organisation du Gouvernement et de l'administration cantonale. Remplacement de la loi de 1848. Mise en consultation (*Lib.*, 22.5.) - **3)** Nouveau code de procédure et de juridiction administrative. Approuvé par le Grand Conseil (*Lib.*, 9.2.) - **4)** Rallonge salariale pour les conseillers d'Etat et les juges cantonaux. Approuvée par le Grand Conseil (*Lib.*, 5.6., 7.6.).

GRAUBÜNDEN: Schaffung einer Europa-Kommission für den Grossen Rat. Von der vorberatenden Kommission beantragt (*BüZ*, 21.9.).

LUZERN: 1) Änderung des Behördengesetzes betreffend die berufliche Vorsorge für Magistratspersonen. Vom Grossen Rat in zweiter Lesung angenommen (*Vat.*, 29.1., 12.3.) - **2)** Revision der Organisationsverordnung. Erhöhung der Zahl der Verwaltungsrichter von vier auf fünf. Vom Grossen Rat in zweiter Lesung angenommen (*LNN*, 18.6.).

NEUCHÂTEL: 1) Concept général du nouveau projet de réorganisation et de décentralisation de l'administration. Le projet conserve les grandes lignes de l'ancien projet, rejeté en votation populaire. Approuvé par le Grand Conseil (*Express*, 25.6.; cf. *APS 1990*, p. 293) - **2)** Révision partielle du règlement du Grand Conseil. Propositions visant à rendre les débats plus efficaces. Approuvée par le Grand Conseil (*Express*, 28.3.).

NIDWALDEN: Projekt der Erstellung eines Verwaltungsgebäudes an der Engelbergstrasse. Vom Landrat angenommen und zuhanden der Landsgemeinde verabschiedet. Von der Landsgemeinde am 28.4. angenommen (*LNN*, 10.1., 29.4.).

SANKT GALLEN: 1) Grossratsbeschluss über Erwerb, Umbau und Ausstattung von Liegenschaften an der Davidstrasse/Unterstrasse in Sankt Gallen. Vom Grossen Rat zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet. In der Volksabstimmung vom 22.9. mit 61,2% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 18,7%; Nein-Parole der SP (*SGT*, 7.5., 10.5., 27.8., 17.9., 18.9., 23.9.) - **2)** Rückkommensantrag zum erneuerten Grossratsreglement. Anpassung der Entschädigung der Mitglieder und der Fraktionen des Grossen Rats; Entschädigungen für höchstens zwei vorberatende Fraktionssitzungen pro Session mit Ausnahmemöglichkeiten (Entscheidung durch das Präsidium); Berechtigung zum Bezug von Taggeldern und Entfernungszuschlägen für Fraktionssitzungen ausserhalb der Sessionen; erhöhtes Sitzungsgeld für zwei Sitzungen am gleichen Sessionstag. Vom Grossen Rat angenommen (*SGT*, 19.2.) - **3)** Änderung der Verfassung: Aufteilung der Grossratsmandate auf die Bezirke nach der eidgenössischen Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes. Von der vorberatenden Kommission des Grossen Rates vorgeschlagen. Überweisung eines Nachtrags zur Kantonsverfassung an den Regierungsrat durch den Grossen Rat (*SGT*, 28.6., 26.11.) - **4)** Kürzung des normalen sowie des Taggeldes für zwei Sitzungen um je 50 Fr. Vom Präsidium des Grossen Rates beantragt (*SGT*, 8.11.).

SCHAFFHAUSEN: Ausarbeitung eines Geschäftsverkehrsgesetzes für den Grossen Rat auf Veranlassung einer Motion der Staatswirtschaftlichen Kommission. Annahme des Antrags durch den Grossen Rat (*SN*, 13.8.).

SCHWYZ: 1) Teiländerung der Verordnung über die Organisation des Regierungsrats und der kantonalen Verwaltung: Zuteilung des Amtes für Umweltschutz an das Departement des Innern sowie des Amtes für Volkswirtschaft und des Kantonalen Industrie-, Gewerbe- und Arbeitsamtes an das Land- und Forstwirtschaftsdepartement, welches gleichzeitig zum Departement für Volkswirtschaft ausgebaut wird, wobei die Landwirtschaft ein eigenes Amt erhält. Vom Regierungsrat beschlossen (*LZ*, 27.11.) - **2)** Ausarbeitung einer neuen Personal- und Besoldungsverordnung. Diese zweite Vorlage soll keine wesentlichen Änderungen gegenüber der ersten beinhalten. Unverändert sei es das Ziel, die Besoldung als Mittel der Führung einzusetzen, eine Salarisierung nach dem Leistungsprinzip einzuführen und die Personalförderung sowie die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Verbesserungen für die Behörden und Regierungsräte werden in der Vorlage jedoch nicht mehr enthalten sein, dagegen sollen die Lehrer mit einbezogen werden. Beibehaltung der nebenamtlichen Stellung der Regierungsräte. Festsetzung des Gehalts eines Regierungsrats auf 100% desjenigen eines Chefbeamten. Anpassung der Taggelder des Kantonsrates, der kantonalen Gerichte und anderer kantonalen Kommissionen. Von der Regierung vorgelegt und vom Kantonsrat verabschiedet. Lancierung eines Referendums; Zustandekommen des Referendums (*Vat.*, 30.3., 5.4., 15.6.; *LNN*, 3.4., 27.6., 13.9., 17.10; *NZZ*, 2.11.; vgl. *SPJ 1990*, S. 294) - **3)** Streichung des Grundsatzes, dass die Gemeinden jeweils eigene Wahlkreise für die Kantonsratswahlen bilden, aus der Verfassung; Regelung des Verteilmodus nicht mehr auf Verfassungs-, sondern lediglich auf Gesetzesstufe. Von der vorberatenden Kommission des Kantonsrates vorgeschlagen. Vom Kantonsrat in erster und zweiter Lesung angenommen (*LNN*, 8.1., 25.1., 8.3.) - **4)** Volksinitiative der Demokratischen Autopartei für ein "Wanderparlament". Nach der Vorstellung der Initiantin soll der Kantonsrat seine ordentlichen und ausserordentlichen Sitzungen abwechselungsweise am Hauptort sowie in einer Gemeinde in Ausserschwyz oder dem Bezirk Einsiedeln abhalten. Beschluss zur Lancierung (*LNN*, 30.9.).

SOLOTHURN: Totalrevision des Geschäftsreglements des Kantonsrats. Straffung der Ratsarbeit insbesondere durch Verkürzung der Redezeit und vermehrte schriftliche Beantwortung von Vorstössen sowie Neugestaltung des Kommissionsapparates durch Zusammenlegung sich thematisch entsprechender Bereiche. Vom Kantonsrat angenommen (*SZ*, 10.8., 11.9.).

THURGAU: Revision der Geschäftsordnung des Grossen Rats. Einführung des Mittwochs als regelmässigen Sitzungstag; Ablehnung der Offenlegung der Interessenbindungen der Ratsmitglieder; Ablehnung des Vorschlags der Kommission, den Namensaufruf als Anwesenheitskontrolle abzuschaffen und Bild- und Tonaufnahmen generell zuzulassen. Berücksichtigung des Standpunkts der Initianten in erläuternden Botschaften zu Abstimmungen über Volksinitiativen; Verpflichtung der Exekutive, einfache Anfragen von Kantonsratsmitgliedern in der Regel innerhalb von zwei Monaten schriftlich zu beantworten; Schaffung eines "Beobachterstatus" mit Antragsrecht für kleinere Fraktionen, denen damit der direkte Informationszugang in allen Spezialkommissionen gewährt wird; Erhöhung der Sitzungsgelder um 30%; Einführung von Fraktionsentschädigungen: Pauschalentschädigung von 3000 Fr. sowie 300

Fr. pro Mitglied; Entschädigung von 300 Fr. für fraktionslose Mitglieder. Vom Kantonsrat in erster und zweiter Lesung angenommen (*NZZ*, 24.1.; *SGT*, 24.1., 12.2., 8.3., 7.5.).

URI: Referendum gegen die Erhöhung der Regierungsratsgehälter. In der Volksabstimmung vom 3.3. wird die Erhöhung der Regierungsratsgehälter entgegen der Empfehlung aller Parteien mit 59,8% der Stimmen abgelehnt; Stimmbeteiligung: 35,1%. (*LNN*, 4.3.; vgl. *SPJ 1990*, S. 294).

VALAIS: Loi modifiant et complétant la loi du 6 octobre 1976 sur la procédure et la juridiction administrative. Approuvée par le Grand Conseil. Approuvée par tous les partis. Approuvée en votation populaire du 8 décembre par 85,4% des votants; participation: 18,6% (*NF*, 15.5., 17.5., 27.11., 3.12., 9.12.; cf. *APS 1990*, p. 294).

VAUD: 1) Modifications à la loi sur l'organisation du Conseil d'Etat. Réajustement des niveaux de compétence financière propre du Conseil d'Etat. Approuvées par le Grand Conseil (*24 Heures*, 13.11.) - **2)** Décret du Conseil d'Etat "sur la révision des méthodes de travail du Grand Conseil". Augmentation du nombre des sessions de 4 à 7 de deux semaines chacune; déroulement du travail à journées pleines. Remise des rapports des présidents de commissions aux députés dix jours avant le débat. Proposé par le Gouvernement et approuvé par le Grand Conseil (*24 Heures*, 5.10., 14.11., 19.11.).

ZUG: Änderung der Geschäftsordnung des Kantonsrats. Ausdehnung der Möglichkeit der Teilnahme Dritter an Kommissionssitzungen auf die Gerichte; Gewährung des Auskunfts- und Akteneinsichtsrechts für Kommissionen, jedoch Verwehrung dieses Rechts für einzelne Parlamentarier. Antrag der Regierung (*Vat.*, 25.10.).

ZÜRICH: 1) Parlamentarische Initiative für eine Ergänzung des Organisationsgesetzes des Kantonsrats. Vom Kantonsrat vorläufig unterstützt (*NZZ*, 19.3., 20.3.) - **2)** Neue Gehaltsansätze für die Mitglieder des Regierungsrats. Vom Kantonsrat genehmigt (*NZZ*, 5.3.) - **3)** Änderung des Kantonsratsgesetzes. Regelung für die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) im Kanton auf Veranlassung einer im Herbst 1988 von der SP eingereichten parlamentarischen Initiative. Nach den Vorstellungen der Kantonsratskommission soll für die Einsetzung einer PUK die Zustimmung der Mehrheit des Kantonsrats nötig sein; der Kantonsrat soll dann eine PUK einsetzen können, wenn Vorkommnisse von grosser Tragweite in seinem Zuständigkeitsbereich der besonderen Klärung bedürfen; der Finanz-, Geschäftsprüfungs- und Justizverwaltungskommission soll in Ausnahmefällen ebenfalls Zugang zu den Akten gewährleistet werden, die dem Amtsgeheimnis unterstehen (Antrag der Kommissionsmehrheit). Abschluss der Kommissionsarbeiten. Vom Kantonsrat in der Schlussabstimmung zuhanden der Volksabstimmung angenommen. In der Volksabstimmung vom 8.12. mit 76,3% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 28,6%; Nein-Parole der SVP (*NZZ*, 13.2., 23.4., 23.11., 6.12., 9.12.).

f) Wählbarkeit und Amtsdauer der Behörden - Eligibilité et durée du mandat des autorités

GENEVE: 1) Initiative populaire "Pour des fonctionnaires citoyens à part entière".
Aboutissement de l'initiative avec 10 977 signatures (*JdG*, 4.3.).

JURA: Élection du chef du contrôle des finances de la République et Canton du Jura par le Parlement et non plus par le Gouvernement. La Cour constitutionnelle a confirmé une décision prise par le législatif en 1990 (*Dém.*, 8.6.).

OBWALDEN: Volksinitiative für eine Reduktion der Zahl der Mitglieder der Regierung von sieben auf fünf, bei einem Übergang zum Vollamt. Vom Kantonsrat zuhanden der Volksabstimmung zur Ablehnung empfohlen. In der Volksabstimmung vom 2.6. mit 75,8% der Stimmen abgelehnt; Stimmbeteiligung: 30,2%; Ja-Parole der Freien Wählergruppen Sarnen, Sachseln und Kerns (*Vat.*, 26.1., 3.6.; *LNN*, 26.1.; vgl. *SPJ 1990*, S. 294).

TICINO: 1) Proposta di rimuovere dalla Costituzione l'articolo 23, che stabilisce l'incompatibilità fra la carica di deputato al Gran Consiglio e l'impiego pubblico salariato cantonale. Lo chiedono quattro esponenti dei partiti di Governo (*CdT*, 29.1.) - **2)** Iniziativa parlamentare di un deputato della PPD per la modifica dell'articolo 82 della legge organica comunale che elenca le incompatibilità per i municipali: Possibilità per gli ecclesiastici di assumere la carica di municipale. Approvata dalla commissione di legislazione del Gran Consiglio (*CdT*, 9.11.).

VALAIS: Initiative populaire pour l'élection du Conseil d'Etat au système proportionnel. Aboutissement de l'initiative avec 12 990 signatures. Les initiants ont renoncé de poursuivre la récolte de signatures pour l'initiative populaire proposant d'élever le nombre des conseillers d'Etat de cinq à sept, tout en laissant en annexe le text de ce projet (*NF*, 20.12.).

URI: Gesetzesvorlage aufgrund der 1989 in der Volksabstimmung angenommenen Volksinitiative "Gleiche Chancen für alle". Von allen Parteien befürwortet. In der Volksabstimmung vom 3.3. mit 64,6% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 35,1% (*LNN*, 4.3.; vgl. *SPJ 1988*, S. 278, 1990, S. 296).

ZÜRICH: Einzelinitiative zur Einreichung einer Standesinitiative für eine Änderung der Bundesverfassung: Danach soll als Mitglied des Nationalrates jede stimmberechtigte Person mit Schweizer Bürgerrecht wahlfähig sein. Die Initiative zielt damit auf die Möglichkeit der Teilnahme von Pfarrern an der Politik ab. Vom Kantonsrat mit der kleinst möglichen Stimmenzahl vorläufig unterstützt (*NZZ*, 12.11.).

g) Wahl- und Abstimmungsverfahren – Modes d'élection et de votation

AARGAU: Neues Gesetz über die politischen Rechte. Vom Regierungsrat an den Grossen Rat überwiesen und von diesem in erster Lesung angenommen (*AT*, 8.2., 18.9.; vgl. *SPJ 1990*, S. 295).

APPENZEL INNERRHODEN: Revision der Verordnung über die politischen Rechte. Anpassung an die vom Bundesgericht befohlene Einführung des Frauenstimmrechts. Von der Regierung dem Grossen Rat beantragt (*SGT*, 25.2.).

FRIBOURG: Loi modifiant la loi du 18 février 1976 sur l'exercice des droits politiques. Proposée par le Gouvernement (*Lib.*, 22.8.).

NEUCHATEL: Projet de loi demandant l'introduction du mode d'élection à un tour au lieu de deux dans les communes connaissant le système majoritaire. Approuvé par le Grand Conseil (*Express*, 26.3.).

SCHWYZ: 1) Gesetz über die politischen Rechte. Einführung des doppelten Ja, Erleichterung der brieflichen Stimmabgabe, Abschaffung der Möglichkeit, bei Majorzwahlen "wilde Listen" einzureichen. In die Vernehmlassung geschickt (*LNN*, 29.6.) - **3)** Verfassungsänderung. Korrektur eines normlogischen Fehlers in Verfassung und Wahlgesetz, so dass eine ausreichende Anzahl Sitze für die Verteilung der 100 Kantonsratsmandate auf die Gemeinden gesichert ist sowie Ausführungsgesetz zu der Verfassungsänderung. In der Volksabstimmung vom 2.6. wird das Gesetz mit 51,6% der Stimmen angenommen, die dazu notwendige Verfassungsänderung jedoch mit 51,2% der Stimmen abgelehnt; Stimmbeteiligung: 30,8%; Nein-Parolen der LP (*Vat.*, 3.6.).

SOLOTHURN: Verfassungsinitiative zur Abschaffung des Listenproporz bei kantonalen und kommunalen Wahlen. Die Initiative verlangt, dass bei Kantons- und Gemeinderatswahlen künftig dasselbe System gelten soll wie bei den Nationalratswahlen. Lancierung der Initiative durch SP, Grüne, LdU und kleinere Parteien (*SZ*, 2.7.).

THURGAU: Revision des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen. Abschaffung des Zwangs, eine Volksinitiative spätestens drei Monate nach ihrer Ablehnung durch den Grossen Rat der Volksabstimmung zu unterbreiten; Wegfall des Zwangs, über eine vom Kantonsparlament befürwortete Initiative, die als allgemeine Anregung eingereicht wurde, abzustimmen; Einräumung einer Frist von 30 Tagen, in welcher die Initianten einer Initiative bei Vorliegen eines grossrätlichen Gegenvorschlags darüber entscheiden können, ob sie die Initiative zurückziehen oder nicht; Unterschriftenlisten sollen künftig nicht mehr eingesehen werden können. Vom Regierungsrat vorgelegt. Vom Grossen Rat in erster Lesung beraten (*SGT*, 13.4., 15.8.).

TICINO: 1) Modifica della legge sul diritto di voto, sulle votazioni e sulle elezioni. Abolizione della rigatura dei candidati nelle elezioni dei giudici. Proposta dal Governo, approvata dalla commissione della legislazione e dal Gran Consiglio (*CdT*, 2.10., 5.10., 19.10., 12.11., 16.11.) -

2) Revisione parziale delle leggi elettorali. Cambiamento del sistema di elezione dei Municipi. Attribuzione ai Municipi della competenza di decidere se concedere agli elettori la possibilità del voto anticipato; introduzione di un diverso modo di ripartizione dei seggi municipali in base a quello della miglior media detto anche di Hagenbach-Bischoff; proibizione delle congiunzioni di liste nell'elezione dei Municipali. Sottoposta a procedura di consultazione (*CdT*, 18.10.) -

3) Riforma delle leggi elettorali. Introduzione di un quorum di due per cento per entrare in Gran Consiglio; elezione dei giudici del Tribunale d'appello dal parlamento, secondo una mozione. Il gruppo speciale di lavoro ha consegnato il suo rapporto al Consiglio di Stato (*CdT*, 26.3., 15.5.).

ZUG: Änderung des Wahl- und Abstimmungsgesetzes sowie des Gemeindegesetzes auf Veranlassung einer Motion vom April 1988. Neuregelung des Verfahrens bei Mehrfachabstimmungen; Änderung des Termins der Richterwahlen; Neufassung der Bestimmungen für sämtliche Ersatzwahlen; Änderung der Frist für die Behandlung von Interpellationen an Gemeindeversammlungen. Vom Regierungsrat in die Vernehmlassung geschickt (*LNN*, 5.2., 8.2.; *Vat.*, 5.2.).

h) Referendum und Initiative - Référendum et initiative

APPENZEL INNERRHODEN: Erhöhung der Unterschriftenzahl für das fakultative Finanzreferendum von 100 auf 200. Die Massnahme wird mit der Verdoppelung der Stimmbevölkerung durch die Gewährung des Frauenstimmrechtes begründet. Botschaft der Regierung an den Grossen Rat (*NZZ*, 11.10.).

BASEL-STADT: 1) Änderung der Verfassung: Neuregelung der Bestimmungen über die Revision der Kantonsverfassung. Vom Grossen Rat zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet. Von allen Parteien befürwortet. In der Volksabstimmung vom 2.6. mit 79,5% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 33% (*BaZ*, 17.1., 3.6.; vgl. *SPJ 1990*, S. 296) - **2)** Volksinitiative des jungen LdU "Gegen die Verschleppung von Volksinitiativen". Einen Monat vor der Volksabstimmung zurückgezogen (*BaZ*, 25.9., 29.10.; vgl. *SPJ 1990*, S. 297).

NEUCHÂTEL: Augmentation du seuil du référendum financier. Etablissement de la limite à partir de laquelle le peuple est obligatoirement consulté à 12 millions de francs par object. Depuis 1972 la barre était fixé à 3 millions et à 300 000 pour les dépenses renouvelables. Approuvée par le Grand Conseil en première et deuxième lecture. Approuvée en votation populaire du 8 décembre par 53,4% des votants; participation: 12,5%; le non recommandé par PRD et DS (*NZZ*, 28.11.; *Express*, 25.6., 1.10., 4.12., 5.12., 6.12., 9.12.).

SCHWYZ: Neuordnung des Finanzreferendums. Vom Kantonsrat in Auftrag gegeben und von allen Parteien begrüsst (*LNN*, 26.4.).

TICINO: Iniziativa popolare dell'UDC per l'introduzione nell'ordinamento cantonale del principio del referendum finanziario obbligatorio. Lanciata l'iniziativa (*CdT*, 2.11.).

ZÜRICH: 1) Einzelinitiative für eine Änderung des Gesetzes über das Vorschlagsrecht des Volkes. Einführung des Verfahrens mit einer Stichfrage bei gleichzeitiger Abstimmung über eine Initiative und einen zugehörigen Gegenvorschlag. Vom Kantonsrat definitiv unterstützt und dem Volk zur Annahme empfohlen. Von allen Parteien befürwortet. In der Volksabstimmung vom 1.9. mit 74,9% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 27,6% (*NZZ*, 12.2., 24.8., 30.8., 31.8., 2.9.; vgl. *SPJ 1989*, S. 277) - **2)** Änderung des kantonalen Wahlgesetzes auf Veranlassung einer Behördeninitiative des Grossen Gemeinderates von Winterthur. Damit soll städtischen Beamten und Angestellten der Einzug in die Stadtparlamente erlaubt werden. Vorstellung der Initiative. Vom Kantonsrat vorläufig unterstützt (*NZZ*, 11.5., 22.10.).

i) Gemeinden, Korporationen, Regionalorganisationen, Landsgemeinde - Communes, corporations, régions, landsgemeinde

APPENZEL INNERRHODEN: Zwei Einzelinitiativen in der Form von allgemeinen Anregungen zur Abschaffung der Landsgemeinde. Von Regierung und Parlament der Landsgemeinde zur Ablehnung empfohlen. Von der Landsgemeinde am 28.4. abgelehnt (*SGT*, 25.2., 12.3., 29.4.).

BERN: Teilrevision des Gemeindegesetzes (Art. 26 und 27). Vom Grossen Rat in zweiter Lesung angenommen (*Bund*, 23.1.; vgl. *SPJ 1990*, S. 298).

FRIBOURG: **1)** Inscription de l'autonomie des communes dans la Constitution cantonale, suite à une motion. Proposée par le Gouvernement (*Lib.*, 30.8.) - **2)** Initiative législative lancée par le PSD pour un encouragement aux fusions des communes de moins de 400 habitants en majorant de 30% l'aide étatique ordinaire. Lancement de l'initiative (*Lib.*, 25.10.).

GENEVE: **1)** Initiative populaire cantonale intitulée "Pour une autonomie des communes en matière d'aménagement de leur territoire". Aboutissement de l'initiative avec 10 950 signatures (*JdG*, 15.1.; cf. *APS 1990*, p. 298) - **2)** Projet de loi du parti radicale concernant le rapport entre Etat et communes. Co-décision entre communes et Etat en matière des domaines de l'aménagement du territoire, soit les modifications des zones de construction, l'établissement des plans de site et des plans localisés de quartier. Dans ce système de co-décision le Département des travaux publics (DTP) transmettrait son projet à la commune. Au cas où la décision communale divergerait de celle du DTP, celui-ci serait tenu de soumettre le dossier au Conseil d'Etat. Lequel trancherait, après avoir entendu l'exécutif communal. Présentation du projet (*JdG*, 1.2.).

GLARUS: Memorialsantrag und Motion der SP, wonach der Landamman bei der Ermittlung der Mehrheit im Ring der Landsgemeinde jeweils vier Mitglieder des Regierungsrates zwingend beiziehen muss. Bisher liegt es im Ermessen des Landammanns in zweifelhaften Fällen vier Mitglieder des Regierungsrates beratend beizuziehen. Vom Landrat zur Ablehnung empfohlen. Von der Landsgemeinde am 5.5. abgelehnt (*NZZ*, 3.4.; *Memorial für die Landsgemeinde des Kantons Glarus vom Jahre 1991*).

OBWALDEN: Nachtrag zur Landsgemeinde-Verordnung. Vom Kantonsrat angenommen (*LNN*, 26.1.).

NIDWALDEN: **1)** Totalrevision der Korporationsgesetzgebung. Festschreibung der Gleichberechtigung der Frau in den Nidwaldner Korporationen. Vom Landrat in erster Lesung angenommen (*LNN*, 18.4., 19.12.) - **2)** Änderung des Gemeindegesetzes. Erhöhung der Abschreibungssätze. Vom Regierungsrat beantragt. Vom Landrat in erster Lesung angenommen (*LNN*, 26.11., 19.12.).

SOLOTHURN: Totalrevision des Gemeindegesetzes. Verabschiedung durch den Kantonsrat (*SZ*, 31.1., 26.3., 17.6., 10.7., 25.10.; vgl. *SPJ 1990*, S. 298).

j) Asylrecht, Asylpraxis, Flüchtlinge - Droit et pratique d'asyl, réfugiés

AARGAU: Ergreifung einer Standesinitiative zur Inkraftsetzung von Artikel 9 (Notrecht) des Asylgesetzes auf Veranlassung einer Motion. Vom Regierungsrat befürwortet und vom Grossen Rat angenommen (*AT*, 20.3., 17.5., 4.9., 5.9.; *NZZ*, 4.9.).

BASEL-LAND: Kredit von 17 Mio Fr. für die Erstellung dreier Durchgangsheime für Asylbewerber in Zunzgen, Füllinsdorf und Aesch. Ergreifung des Referendums durch die SD. Einreichung des Referendums mit 3132 Unterschriften. In der Volksabstimmung vom 2.6. wird die Vorlage mit 60,6% der Stimmen abgelehnt; Stimmbeteiligung: 38,6%; Ja-Parolen von allen Parteien ausser den SD (*BaZ*, 30.4., 3.6.).

BERN: Gesetz zur Regelung des Asylwesens. Verpflichtung der Gemeinden, Personen, die dem Kanton zugewiesen sind, den Aufenthalt zu gestatten; Kompetenz des Regierungsrats, für die Amtsbezirke oder für die Gemeinden Aufnahmekontingente festzulegen; Erstellung der Aufnahmezentren durch Kanton und Gemeinden; Aufgabe der Gemeinden, für Bau und Betrieb der Unterkünfte zu sorgen, mit der Möglichkeit, diese Aufgabe an Private zu delegieren; Deckung der Kosten durch Bundesbeiträge, allfällige Kostenüberschreitungen deckt der Staat; Bewilligung der Baukosten vom finanzkompetenten Organ (Regierung oder Parlament) unter Ausschluss des Referendums, der Betriebskosten durch die Fürsorgedirektion. Von der Regierung vorgelegt. Von der Grossratskommission mit 9 zu 8 Stimmen an die Regierung zurückgewiesen (*Bund*, 10.8., 5.11.; vgl. *SPJ 1990*, S. 298).

LUZERN: Standesinitiative zur Asylpolitik. Beschleunigung des Asylverfahrens sowie Verstärkung der flankierenden entwicklungspolitischen Massnahmen. Von der Regierung vorgelegt. Nach dem Willen der grossrätlichen Kommission soll der Kanton in einzelnen Härtefällen beschränkt selbst handeln und entscheiden können. Vom Grossen Rat angenommen (*Vat.*, 11.6., 5.9.; *LNN*, 3.9., 10.9.; *NZZ*, 11.9.).

NEUCHÂTEL: Loi neuchâteloise d'instruction de la loi fédérale sur le séjour et l'établissement des étrangers. Mis en détention des étrangers (requérants d'asyl ou clandestins, par exemple) fortement soupçonnés de chercher à se soustraire au renvoi ou à l'expulsion dont ils font l'objet. Approuvée par le Grand Conseil (*Express*, 26.3.).

ZÜRICH: Standesinitiative zur Beschränkung der Zahl der Asylbewerber. Stabilisierung der Zahl der Asylbewerber auf eine Zahl, die es auch Gemeinden mit Wohnungsmangel ermöglicht, zugewiesene Asylbewerber in menschenwürdiger Form unterzubringen; Entscheidfällung über die Gewährung von Asyl nach spätestens sechs Monaten; unverzügliche Wegweisung von abgelehnten Asylbewerbern; Ausbau der aussenwirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Massnahmen einer präventiven Asylpolitik. Vom Regierungsrat beantragt. Vom Kantonsrat verabschiedet (*NZZ*, 11.1., 5.3., 4.10.).

k) Waffen- und Schiessplätze – Places d'armes et de tir

BASEL-STADT: Referendum gegen den Grossratsbeschluss für die Sanierung der Schiessanlage Allschwiler-Weiher und den Bau einer unterirdischen Anlage. In der Volksabstimmung vom 3.3. wird die Vorlage mit 52,9% der Stimmen abgelehnt; Stimmbeteiligung: 37,4%; Ja-Parolen: FDP, DSP, LDP, alte PdA, CVP; Stimmfreigabe der VEW (*BaZ*, 19.2., 4.3.; vgl. *SPJ 1990*, S. 299).

2. ÖFFENTLICHE FINANZEN – FINANCES PUBLIQUES

a) Allgemeines – Généralités

AARGAU: Finanzhaushaltsdekret. Vom Regierungsrat vorgelegt. Vom Grossen Rat angenommen (*AT*, 20.3.).

BERN: Staatsanleihe von 600 Mio Fr. Modifizierung einer Vorlage der Regierung (800 Mio) durch den Grossen Rat und Verabschiedung zuhanden der Volksabstimmung. In der Volksabstimmung vom 2.6. mit 50,9% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 25,8%; Nein-Parolen von SD, FL, EDU, DP, GP und AP; Stimmfreigabe des Gewerkschaftsbunds; Empfehlung, leer einzulegen des GB (*Bund*, 24.1., 28.3., 3.6.).

FRIBOURG: Loi instituant des mesures propres à améliorer les perspectives financières de l'Etat. Augmentation de 10% des impôts sur les véhicules automobiles et les remorques; adaptation de 25% de l'impôt sur les bateaux; augmentation de dix francs de l'impôt sur les chiens. Adoptée par le Conseil d'Etat et transmise au Grand Conseil; suppression de l'allocation de ménage pour tous les fonctionnaires qui n'ont pas d'enfants à charge, réduction de 270 à 180 francs pour tous les autres. Approuvée en première lecture ainsi qu'en deuxième (*Lib.*, 4.10., 6.11., 9.11., 13.11.).

GENEVE: 1) Initiative "Halte aux déficits" proposant l'introduction du référendum obligatoire contre le budget, si la hausse des dépenses dépasse celle du coût de la vie. Lancée par un groupe de citoyens, en majorité vigilants. Aboutissement de l'initiative avec 12 360 signatures (*JdG*, 26.4.; *NF*, 20.8.) - **2)** Budget 92. Impôt de solidarité de 5 centimes pour les personnes âgées, plafonnement à 3% de l'indexation des fonctionnaires, réduction de l'effectif cantonal de 2%; valabilité de deux ans pour les mesures proposées. Proposé par le Gouvernement et renvoyé en commission de finances (*JdG*, 20.12., 21.12.).

b) Steuern – Impôts

AARGAU: 1) Standesinitiative für eine massvolle Festsetzung der Eigenmietwerte bei der direkten Bundessteuer. Der Bund wird aufgefordert, die kantonalen Eigenmietwerte innerhalb einer bestimmten Schwankungsbreite für die direkte Bundessteuer zu übernehmen. Den Anstoss zu diesem Begehren gab eine von der Eidgenössischen Steuerverwaltung im letzten Herbst verfügte 40%-ige Erhöhung der Eigenmietwerte für die direkte Bundessteuer im Aargau. Vom Grossen Rat gegen den Willen des Regierungsrats angenommen (*AT*, 10.4., 18.6.) -

2) "Volksinitiative für gerechtere Steuerabzüge". Einführung der Möglichkeit, die Prämien der Kranken- und Unfallversicherung sowie die Gewerkschaftsbeiträge in Abzug bringen zu können. Lanciert durch den Aargauer Gewerkschaftsbund (*AT*, 17.5., 20.9.) - **3)** "Antispekulations-Initiative". Erhöhung der kantonalen Grundstücksgewinnsteuer von maximal 40% auf höchstens

60% des steuerbaren Grundstücksgewinns; Verstetigung der Steuer auch nach 30-jähriger Besitzdauer bei einem Steuersatz von 9%. Lanciert von den Grünen Aargau (AT, 24.5.).

APPENZELL AUSSERRHODEN: Revision des Steuergesetzes. Übergang von der Voll- auf die überschüssende Progression, Streckung der Progressionskurve und Erhöhung der maximalen einfachen Steuer von 2,5 auf 2,6%; Erhöhung der Abzüge für Ehepaare und Familien um 20% sowie der Kinderfreibeträge um 50%; Erhöhung der Abzüge bei den Versicherungsprämien und Sparzinsen für Ehepaare um gut 50% sowie Verdoppelung des Vermögensfreibetrages auf 100 000 Fr.; Erhöhung der Personalsteuer auf 20 Fr. Von der Regierung vorgelegt. Vom Kantonsrat zuhanden der Landsgemeinde verabschiedet (SGT, 2.11., 19.11.).

BASEL-LAND: 1) Initiative der GP von 1986 hinsichtlich der Abschaffung der Velogebühren und der Übernahme der Prämien für die Haftpflichtversicherung durch den Kanton. Vom Landrat angenommen. Da das kantonale Parlament auf die Volksinitiative eingetreten ist, braucht keine Volksabstimmung mehr stattzufinden (BaZ, 5.2.; vgl. SPJ 1987, S. 272, 1990, S. 300 f.) - **2)** Kommissionsmotion zur Einreichung einer Standesinitiative für Gratisvignetten für Fahrräder. Vom Landrat überwiesen (BaZ, 5.2.) - **3)** Initiative "für einen Verkehrssteuer-Rabatt". Gegenvorschlag des Regierungsrats. Vom Regierungsrat dem Landrat vorgelegt (BaZ, 26.6., 12.7.; vgl. SPJ 1990, S. 301) - **4)** Revision des kantonalen Steuer- und Finanzgesetzes. Als Reaktion auf ein Urteil des Bundesgerichts hat der Regierungsrat beschlossen, dass für die laufende Steuerperiode alle Baselbieter Mieter 1000 Fr. pro Familienmitglied an Mietkosten abziehen können. Die Steuergesetz-Kommission des Landrates stimmt dem Projekt grundsätzlich zu, weicht jedoch in der Frage der Eigenmiete von der Regierung ab. Der Landrat stimmt der Kommissionsfassung zu: Mieterabzug von 1000 Fr. für 1991/92, ab 1993 Wohnkostenabzug von 400 Fr. nur noch für Mieter und Pächter, Neudefinition der Eigenmiete ohne den Begriff "Marktwert". Vom Landrat zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet. In der Volksabstimmung vom 22.9. mit 55,4% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 39,9%; Nein-Parolen von SVP, EVP, SD und AP, Stimmfreigabe des LdU (BaZ, 27.4., 15.5., 11.6., 21.6., 14.9., 23.9.).

BASEL-STADT: 1) Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern. Erhöhung der Steuersätze um 30%, Festlegung eines niedrigeren Satzes für Elektrofahrzeuge. Von der Regierung vorgeschlagen. Vom Grossen Rat angenommen. Ergreifung des Referendums. Zustandekommen des Referendums. In der Volksabstimmung vom 8.12. mit 51,6% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 35%; Nein-Parolen von FDP, LDP, UVP (BaZ, 22.1., 25.4., 16.5., 28.5., 25.9., 5.12., 9.12.; NZZ, 28.11.; vgl. SPJ 1990, S. 301) - **2)** Änderung des Steuergesetzes als Antwort auf die Initiative der PdA über die "Neuregelung der Kinderabzüge bei den Steuern". Die Steuerabzüge für Kinder, die Unterstützung von Angehörigen, Pflegebedürftigkeit und Drittbetreuung von Kindern sollen ab 1992 einheitlich 5000 Fr. betragen. Vom Grossen Rat angenommen (BaZ, 13.6.) - **3)** Rückzug der Initiative der PdA über die "Neuregelung der Kinderabzüge bei den Steuern" (BaZ, 13.6.; vgl. SPJ 1987, S. 262).

BERN: 1) Totalrevision des Gesetzes betreffend Handänderungs- und Pfandrechtsabgaben. Vom Grossen Rat in erster Lesung angenommen (Bund, 30.5., 7.11., 8.11.) - **2)** Autosteuer-Initiative.

Von Regierungsrat und Grosse Rat ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfohlen (*Bund*, 11.3., 19.3.; vgl. *SPJ 1990*, S. 301).

GENEVE: 1) Initiative populaire "Pour une transparence fiscale". L'initiative qui est lancée par les partis politiques PDT, PE et PS ainsi comme par certains syndicats désire que toute personne domiciliée dans le canton doive pouvoir consulter gratuitement le registre où figurent le nom des contribuables et leur revenu imposable, sans faire valoir un intérêt spéciale (*JdG*, 27.9.) -

2) Augmentation des taxes d'amarrages de 25 à 50%. Décision du Gouvernement (*JdG*, 23.9.).

GLARUS: Steuerbefreiung von Elektrofahrzeugen. Von der Landsgemeinde am 5.5. gutgeheissen (*NZZ*, 6.5., *Memorial für die Landsgemeinde des Kantons Glarus vom Jahre 1991*).

JURA: 1) Initiative populaire "Pour des impôts plus justes". Aboutissement de l'initiative avec 5077 signatures (*Dém.*, 26.4.; cf. *APS 1990*, p. 301) - **2)** Modification du décret sur l'imposition des véhicules routiers. Augmentation de la taxe de 30%. Proposée par le Gouvernement et approuvée par le Parlement (*Dém.*, 17.10., 26.11., 14.12.).

LUZERN: 1) Schaffung einer klaren rechtlichen Grundlage für die Einführung einer sog. Gemengtsteuer im Grundbuchgesetz. Danach sollen die Abgaben für die Eintragung von Eigentum und Grundpfandrechten und die Eintragung einer Wasserrechtskonzession oder eines Bergwerks als Gemengtsteuern verstanden werden. Die übrigen Verrichtungen der Grundbuchämter sollen in einer Gebührenordnung geregelt werden. In zweiter Lesung beschliesst der Rat Entlastungen für Handänderungen in der Familie oder im Zusammenhang mit einer Erbschaft. Vom Grossen Rat verabschiedet (*LNN*, 13.8., 22.10., 26.11.; *Vat.*, 22.10.; *LZ*, 3.12.) - **2)** Aufhebung des Stempelgesetzes für Stempelmarken auf Plakaten. Von der Regierung beantragt. Vom Grossen Rat verabschiedet (*LNN*, 13.8., 22.10.; *Vat.*, 22.10.; *LZ*, 3.12.).

NEUCHÂTEL: 1) Initiative populaire du PS "Pour une diminution juste et équitable des impôts". L'initiative est retirée (*Express*, 22.6.; cf. *APS 1989*, p. 282) - **2)** Initiative populaire des partis libéral-PPN et radical pour une réforme du système fiscal et une diminution des impôts. L'initiative est retirée (*Express*, 22.6.; cf. *APS 1989*, p. 282) - **3)** Réformes fiscales découlant des deux initiatives retirées entre-temps. Intégration de la contribution aux charges sociales dans le montant de l'impôt direct, par souci de clarification, et diminution des impôts de 13% à 25% suivant le cas, pour les familles monoparentales. Proposées par le Gouvernement. Approuvées par le Grand Conseil (*Express*, 11.6., 25.6.) - **4)** Augmentation des taxes de véhicules automobiles, de remorques et de bateaux. Augmentation de 20% pour les voitures avec compétence du Gouvernement d'adapter périodiquement les montants. Proposée par le Gouvernement. Approuvée par le Grand Conseil. Lancement du référendum par le Touring Club. Aboutissement du référendum avec 24 270 signatures. Face au référendum le Gouvernement propose au Grand Conseil d'abroger la hausse décidée. Annulation de la hausse décidée par le Grand Conseil (*Express*, 11.6., 29.6., 14.8., 27.8., 21.9., 17.10., 5.11., 21.11.).

NIDWALDEN: Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern sowie der Gebührentarife des Strassenverkehrsamtes. Steigerung des Verkehrssteuerertrages um 12,7% sowie Anhebung der verschiedenen Gebühren um grundsätzlich 21%. Von der Landratskommission beantragt. Vom

Landrat angenommen. Lancierung des Referendums durch mehrere Automobil- und Transportverbände (*LNN*, 10.9.; *Vat.*, 31.10.; *LZ*, 12.11.).

OBWALDEN: 1) Volksinitiative von Kantonsrat Josef Gut (CSP) sowie 14 weiterer Mitunterzeichner für eine Revision des Obwaldner Steuergesetzes. Herabsetzung der Steuerbelastung insbesondere für Verheiratete mit Kindern sowie Rentner. Lancierung der Initiative (*LNN*, 4.10.) - **2)** Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern um 20%. Ermässigung der Steuer bis zu 50% für Solar-, Erdgas- oder Biogasfahrzeuge. Von der Regierung vorgeschlagen. Von der Kantonsratskommission abgelehnt. Eintretensbeschluss des Kantonsrates entgegen der Weisung der Kommissionsmehrheit. Rückweisung der Vorlage an die Kommission. Neuerlicher Vorschlag der Regierung hinsichtlich einer Motorfahrzeugsteuererhöhung, diesmal um 15% (*LNN*, 11.10., 12.11., 20.12.; *LZ*, 8.11., 30.11.).

SANKT GALLEN: Nichtformulierte Initiative der Auto-Partei für eine Änderung des Gesetzes über die Strassenverkehrsabgaben, "Motorfahrzeugsteuer-Initiative". Ablehnung der Beschwerde durch das Bundesgericht (*NZZ*, 24.9.; vgl. *SPJ 1989*, S. 282, *1990*, S. 302).

SCHAFFHAUSEN: 1) Volksinitiative der FDP zur Befreiung der direkten Nachkommen von der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Gegenvorschlag des Regierungsrats: Verdoppelung des Steuerfreibetrages für Nachkommen auf 50 000 Fr., Reduktion der Steuersätze für alle Kategorien von Steuerpflichtigen sowie Entlastung bei der Steuerprogression. Annahme des Gegenvorschlags durch den Grossen Rat und Empfehlung für eine Ablehnung der Initiative. In der Volksabstimmung vom 15.12. wird die Initiative mit 68,2% der Stimmen angenommen, der Gegenvorschlag dagegen mit 51,5% der Stimmen verworfen; Stimmbeteiligung: 60,3%; Nein-Parolen für die Initiative von SP, SVP, EVP, CVP, CSV, ÖBS und GB; Ja-Parolen für den Gegenentwurf von SP, SVP, EVP, LdU, CVP, CSV und ÖBS (*SN*, 20.3., 5.4., 27.8., 24.9., 7.12., 16.12.; vgl. *SPJ 1990*, S. 302) - **2)** Rationalisierung der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden im Bereich der Steuern durch ein integriertes EDV-System. In der Volksabstimmung vom 29.9. mit 57,5% der Stimmen abgelehnt; Stimmbeteiligung: 55,7%; Ja-Parolen von allen Parteien ausser der AP und dem LdU (*SN*, 13.9., 21.9., 26.9.; *NZZ*, 30.9.) - **3)** Teilrevision des Gesetzes über die Strassenverkehrssteuern. Steuerzuschlag für leichte Motorfahrzeuge mit erhöhtem Schadstoffausstoss; steuerliche Begünstigung von Elektro- und Solarfahrzeugen; Kompetenz für den Grossen Rat, die Steuern der Teuerung anzupassen, sofern sich der Landesindex der Konsumentenpreise um mindestens sieben Prozent verändert hat. Vom Regierungsrat dem Grossen Rat vorgelegt. Vom Grossen Rat in erster Lesung beraten. Auf Vorschlag der vorberatenden Kommission sollen die Taxansätze für landwirtschaftliche Motorfahrzeuge gesenkt, der Rabatt für die Haltung mehrerer Traktoren dagegen aufgehoben werden. Vom Grossen Rat zuhanden der Volksabstimmung angenommen. In der Volksabstimmung vom 15.12. mit 61,4% der Stimmen abgelehnt; Stimmbeteiligung: 60,3%; Ja-Parolen von SP, FDP, EVP, CVP, CSV, ÖBS und GB (*SN*, 3.7., 19.7., 24.9., 4.10., 22.10., 5.12., 7.12., 16.12.).

SCHWYZ: 1) Neues Fahrzeugsteuer-Gesetz. Einstufung der Fahrzeuge nach Hubraum oder Gesamtgewicht; generelle Anhebung der Fahrzeugsteuern, dabei jedoch deutlich höhere, weil progressive Besteuerung der leistungsstarken Motoren; wie bisher zweckgebundene Verwendung der Steuergelder für Bau, Unterhalt und Betrieb der Strassen, dazu neu jedoch auch Verwendung

für die Kosten der Rad- und Fusswege. Beginn und Abschluss der Vernehmlassung. Nach den Reaktionen des Vernehmlassungsverfahrens erhöht die Regierung die Motorfahrzeugsteuern lediglich um 25%. Vom Kantonsrat abgelehnt (*LNN*, 5.2., 21.6., 13.9.) – **2)** Neues Gesetz über die Schiffsabgaben. Vom Kantonsrat zuhanden der Volksabstimmung angenommen. In der Volksabstimmung vom 20.10. mit 63,1% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 40,5% (*LNN*, 25.4., 5.10., 21.10.; vgl. *SPJ 1990*, S. 302).

THURGAU: 1) Zwei Volksinitiativen der SP zur Entlastung der SteuerzahlerInnen. Einreichung der Initiativen mit 4300 bzw. 4600 Unterschriften (*SGT*, 21.3.; vgl. *SPJ 1990*, S. 302) –

2) Totalrevision des Steuergesetzes. Anderer Steuertarif für Ehepaare und Familien als für Alleinstehende; getrennte Besteuerung für Ehepaare, die juristisch getrennt leben; Anhebung des Zweitverdienerabzugs; Erhöhung des Haushaltsabzugs für Alleinstehende und des Kinderabzugs; Neueinführung eines separaten Kinderabzugs bei der Vermögenssteuer; grosszügigere Auslegung des Begriffs der Gemeinnützigkeit; Staffelung des Altersabzugs nach Leistungsfähigkeit; Minderung der Grundstücksgewinnsteuer bei langjährigen Besitzverhältnissen; Entfall dieser Steuer, falls der Erlös aus dem Liegenschaftsverkauf der Wiederbeschaffung von eigengenutztem Wohnraum im Kanton dient. Vom Regierungsrat vorgeschlagen (*SGT*, 22.3.; vgl. *SPJ 1990*, S. 302).

TICINO: 1) Modificazione della legge tributaria. Eliminazione dalla legislazione tributaria ticinese del articolo legislativo che penalizza fiscalmente i premi assegnati ad una persona o ad un ente per meriti scientifici, artistici o culturali. Approvata dalla commissione speciale del Gran Consiglio (*CdT*, 18.9.) – **2)** Tasse di culto. Il Governo, a maggioranza, ha dato ufficialmente il suo

preavviso favorevole alle iniziative PLR e PST per l'abolizione della tassa di culto per le persone giuridiche. Nel suo rapporto il Consiglio di Stato prende posizione a sostegno dello stralcio di questa forma d'imposizione. Il Governo ha ufficialmente annunciato al Parlamento che il Governo ha tolto la base legale al prelievo. Proposta di modifica della legge tributaria per dare una base legale transitoria al prelevamento dell'imposta di culto in attesa dell'elaborazione della legge speciale. Il Consiglio di Stato ha accolto il messaggio che propone al Gran Consiglio una modifica dell'articolo 273 della Legge tributaria in modo da garantire una base legale transitoria al prelievo delle imposte di culto fino al giugno del 1994 (*CdT*, 7.3., 21.3.; v. *APS 1990*, p. 302).

URI: 1) Totalrevision des Steuergesetzes. Anpassung an das Bundesgesetz; Angleichung der Steuerbelastung an das schweizerische Mittel, insbesondere bei Rentnern und Familien mit Kindern; Beibehaltung einiger ernerischer Eigenheiten wie der Wegzugsteuer, des Systems der Rentenbesteuerung, der Abzüge für Kinder, die auswärtige Schulen besuchen, der Steuerbefreiung von Werkstudenten, der Abzüge von Dienstaltersgeschenken sowie bei der Weiterbildung. Einführung eines Steuerabzugs für gemietete Wohnungen. In die Vernehmlassung geschickt. Von der Regierung dem Landrat vorgelegt. Vom Landrat zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet (*LNN*, 14.3., 24.9., 10.10.; *Vat.*, 10.10.; *LZ*, 12.11., 14.11.) –

2) Änderung des Gesetzes über die Erbschafts- und Schenkungssteuer. Anpassung an die heutigen Gegebenheiten; Orientierung am zürcherischen Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz; klare Trennung zwischen der Steuerpflicht, der Steuerbemessung, den Organisations- und Verfahrensbestimmungen, der Änderung rechtskräftiger Entscheide, den Strafbestimmungen und dem Übergangsrecht; Grundsatz, wonach ein Vermögenszuwachs nicht

gleichzeitig der Besteuerung nach dem ESchG und nach dem Steuergesetz des Kantons unterliegen darf; Beibehaltung der Steuerfreiheit für Erbschaften und Schenkungen in direkter Linie. Von der Regierung vorgelegt. Vom Landrat zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet. Von allen Parteien befürwortet. In der Volksabstimmung vom 2.6. mit 64,3% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 28,8% (*Vat.*, 29.1., 3.6.; *LNN*, 21.2.) - **3**) Änderung des Motorfahrzeugsteuergesetzes. Einführung eines Bonus-Malus-Systems. Von der Regierung vorgelegt. Nicht-Eintreten des Landrats (*LNN*, 19.9.; *Vat.*, 26.9.).

VALAIS: 1) Initiative populaire pour la révision de la loi fiscal. Aboutissement de l'initiative avec 10 100 signatures (*NF*, 6.5., 16.5.; cf. *APS 1990*, p. 302) - **2)** Initiative populaire pour la suppression de l'imposition de la valeur locative du logement principal. Aboutissement de l'initiative avec 9000 signatures (*NF*, 15.10.; cf. *APS 1990*, p. 303).

VAUD: Initiative populaire du PL visant à encourager l'accession à la propriété par une baisse de la fiscalité frappant l'épargne. Lancement de l'initiative. Aboutissement de l'initiative avec près de 15 000 signatures (*Express*, 28.8.; *24 Heures*, 28.8., 26.11.).

c) Finanzausgleich, Aufgaben- und Lastenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden - Péréquation financière, répartition des tâches et des charges entre le canton et les communes

BERN: 1) Finanzausgleichsgesetz. Neuregelung des direkten Finanzausgleichs. Erhöhungen der Leistungen des Kantons (von 15 auf 30 Mio Fr.) sowie der beitragspflichtigen Gemeinden. Verringerung der Bandbreite der kommunalen Steuerbelastungen. Nach Ansicht der vorberatenden Kommission, welcher sich der Regierungsrat anschliesst, soll die Zentrumsfunktion der Stadt Bern grösseres Gewicht erhalten, der Progressionsfaktor zur Festlegung der Leistungen der beitragspflichtigen Gemeinden an den Ausgleichsfonds erweitert sowie die Übergangsregelung auf drei Jahre verlängert werden. Während der ersten Lesung wurde die vorberatende Kommission beauftragt, den Progressionsfaktor für die beitragspflichtigen Gemeinden nochmals zu überprüfen und allenfalls zu mildern. In der vorberatenden Kommission wird beschlossen, dass die Leistung einer finanzstarken Gemeinde nicht mehr als 50% ihrer absoluten Steuerkraft ausmachen darf, der Progressionsfaktor nicht mehr stufenweise, sondern stetig steigen und der Zentrumskoeffizient der Stadt Biel auf 1,5 erhöht werden soll (als Ausgleich für die Aufwendungen Biels für die Zweisprachigkeit). Vom Grossen Rat in zweiter Lesung angenommen (*Bund*, 4.9., 17.9., 18.9., 10.10., 10.12.; vgl. *SPJ 1990*, S. 303) - **2)** Staatsbeitragsgesetz. Abschluss der Vernehmlassung. Von der Regierung dem Grossen Rat beantragt (*Bund*, 9.12.; vgl. *SPJ 1990*, S. 303).

FRIBOURG: Loi sur la péréquation intercommunale. La loi divise les communes en payantes et bénéficiaires selon le rendement fiscal moyen de leur ensemble, mais prévoit en outre toute une série de filtres: taux marginal de compensation, classification des communes, fixation d'une limite maximale de l'aide à payer à 0,5 centimes du rendement fiscal, coefficient d'équilibre égalisant les montants à payer et à recevoir. Les communes bénéficiaires doivent obéir à plusieurs conditions: 1) fournir un effort fiscal supérieur à la moyenne, 2) si une commune verse

un subside à la paroisse une correction intervient, et 3) la commune doit autofinancer ses tâches dans les domaines de l'eau potable, de l'épuration des eaux et de l'enlèvement des déchets. Proposée par le Gouvernement (*Lib.*, 29.8.).

THURGAU: Gesetz über den Finanzausgleich. Möglichkeit für den Kanton, Sonderbeiträge aus dem Finanzausgleich an Gemeinden zahlen zu können, die sich als politische Gemeinde verselbständigen wollen; Möglichkeit für Gemeinden mit Zentrumsfunktion, von den umliegenden Orten Beiträge zu fordern, falls deren Steuerfuss mehr als 20% niedriger ist. Vom Regierungsrat beantragt (*SGT*, 14.11.).

TICINO: Progetto di legge sui sussidi cantionali. Legge quadro. Posto in consultazione (*CdT*, 11.3.).

ZÜRICH: Behördeninitiative der Stadt Zürich in Form einer allgemeinen Anregung. Die Steuern sollen zwischen Wohn- und Arbeitsort aufgeteilt werden, um die Inanspruchnahme der Infrastruktur des Arbeitsortes besser auszugleichen; zudem soll eine wissenschaftliche Studie die öffentlichen Leistungen der Städte Zürich und Winterthur für den Kanton und die Region erfassen; diese Leistungen sollen separat abgegolten werden. Einreichung der Behördeninitiative durch die Stadt Zürich. Vom Kantonsrat vorläufig unterstützt (*SN*, 8.2.; *NZZ*, 9.7.).

d) Kantonalbanken – Banques cantonales

GENEVE: Fusion entre la BCG et la Caisse d'Epargne en créant une banque cantonale genevoise. Décision du Gouvernement (*JdG*, 9.2.).

SANKT GALLEN: IV. Nachtragsgesetz zum Gesetz über die Sankt Gallische Kantonalbank. Einführung eines Zweckartikels, in dem sich die Kantonalbank in ihrer Geschäftstätigkeit auf die Einhaltung ethischer Grundsätze verpflichtet; Vereinfachung des Verfahrens bei Übernahmen von Beteiligungen durch die Kantonalbank. In zweiter Lesung wird der Zweckartikel geändert. Die Bank hat nun nicht mehr "ethische Grundsätze" einzuhalten, sondern nach "wirtschaftsethischen Grundsätzen" zu handeln. Vom Grossen Rat in erster und zweiter Lesung angenommen (*SGT*, 20.2., 7.5.).

VALAIS: Révision de la loi sur la banque cantonal du Valais. Principales innovations: un rayon d'action de la BCV étendu au reste de la Suisse, voire à l'étranger, un financement de la banque qui peut être ouvert au publique, une organisation interne fortement remaniée et l'introduction d'une révision externe. La banque cantonale conservera son statut d'établissement de droit public, mais dans une forme qui permet d'obtenir les mêmes avantages qu'un statut de société anonyme. Conclusion de la procédure de consultation. Approuvée par le Grand Conseil. Approuvée en votation cantonale du 8 décembre par 79,7% des votants; participation: 18,6%; le non recommandé par le PS (*NF*, 13.2., 12.3., 14.3., 2.10., 27.11., 30.11., 3.12., 9.12.).

3. WIRTSCHAFT – ECONOMIE

a) Allgemeines – Généralités

FRIBOURG: Remplacement de l'ancienne loi datant de 1900 sur la police du commerce par une nouvelle loi. En consultation (*Lib.*, 6.6.).

NIDWALDEN: Änderung des Einführungsgesetzes bezüglich der Finanzhilfen des Bundes für die Verbesserung der Verhältnisse in den Berggebieten; Verlängerung der Frist bis zum Jahr 2000. Vom Landrat angenommen (*LNN*, 18.4.).

OBWALDEN: Erhöhung der Investitionshilfe für Infrastrukturvorhaben von 500 000 auf 700 000 Fr. Vom Kantonsrat zuhanden der Landsgemeinde angenommen. Von der Landsgemeinde am 28.4. angenommen (*LNN*, 26.1., 29.4.) .

ZÜRICH: Teilrevision des Wertpapiergesetzes von 1912. Vom Regierungsrat beantragt (*NZZ*, 7.2.).

b) Land- und Forstwirtschaft – Agriculture et sylviculture, faune domestique

BASEL-LAND: Änderung des Gesetzes über die Viehversicherung und die Tierseuchenkasse. Vom Landrat an die vorberatende Kommission zurückgewiesen. Verabschiedung der bereinigten Vorlage durch den Landrat zuhanden der Volksabstimmung. In der Volksabstimmung vom 22.9. mit 77,4% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 39,9%; Nein-Parole der AP (*BaZ*, 6.2., 16.9., 23.9.; vgl. *SPJ 1990*, S. 30).

BERN: Standesinitiative des Kantons Bern für den gesetzlichen Schutz der Bezeichnung "aus biologischem Anbau" und der Knospen-Kollektivmarke der Vereinigung schweizerischer biologischer Landbau-Organisationen (VSBLO). Vom Grossen Rat angenommen (*Bund*, 15.11.; 7.12.).

GENEVE: Projet de loi pour le subventionnement des paysans pour couvrir leurs dépenses comme gardiens de la nature. Renvoyé en commission (*JdG*, 9.11.).

GRAUBÜNDEN: Revision der Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Bewirtschaftungsbeiträge an die Landwirtschaft mit erschwerten Produktionsbedingungen. Vom Grossen Rat angenommen (*BüZ*, 2.10.).

LUZERN: Erarbeitung eines Landwirtschaftsgesetzes auf Veranlassung einer Motion. Rahmengesetz, welches die zurzeit in verschiedenen Gesetzen und Verordnungen festgehaltenen Erlasse zusammenfasst. Von der vorberatenden Kommission in Beratung gezogen (*Vat.*, 16.2.).

NIDWALDEN: 1) Gesetzgebung und Planung einer neuen Notschlachtstelle, auf Veranlassung einer Motion. Bestellung einer Kommission durch den Landrat (*LNN*, 18.4.) – **2)** Änderung des Gesetzes über das Veterinärwesen. Verstärkte Bekämpfung des CAE-Ziegenvirus. Vom Landrat verabschiedet. Von der Landsgemeinde am 28.4. angenommen (*LNN*, 10.1., 29.4.).

OBWALDEN: Beitrag des Kantons von 504 000 Fr. an das Waldbauprojekt Turren-Pilatus in der Gemeinde Alpnach. Vom Regierungsrat zuhanden des Kantonsrates verabschiedet. Vom Kantonsrat genehmigt. Von der Landsgemeinde am 28.4. angenommen (*LNN*, 22.1., 1.3., 29.4.).

THURGAU: Änderung des Gesetzes über die Tierzucht und die Tierversicherung aus dem Jahre 1962. Vom Grossen Rat angenommen (*SGT*, 12.2., 22.2., 8.3.).

TICINO: Ritocco della legge sull'affitto agricolo. Modificazione del testo dell'articolo 6, cvp 1, con l'aggiunta esplicita della qualifica, per il beneficiario della preferenza, di "gestore di un'azienda agricola". Messaggio del Governo (*CdT*, 17.5.).

URI: Kredit von 9,905 Mio Fr. für einen Erweiterungsbau der landwirtschaftlichen Schule in Seedorf. Vom Landrat angenommen. Von allen Parteien befürwortet. In der Volksabstimmung vom 8.12. mit 53,7% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 27,3% (*LNN*, 26.9.; *NZZ*, 28.11.; *LZ*, 9.12.).

VAUD: Revision de la loi sur la viticulture. Limitation à 200 m² des vignes autorisées aux propriétaires hors zone, faculté aux communes de mettre à ban les vendanges, dérogations à l'interdiction de la vendange mécanique de nuit. Approuvée par le Grand Conseil (*24 Heures*, 14.11.).

ZÜRICH: 1) Einzelinitiative hinsichtlich der Förderung des biologischen Landbaus. Antrag der vorberatenden Kommission des Kantonsrates, im Gegensatz zum Regierungsrat, die Einzelinitiative definitiv zu unterstützen, damit der von der Kommission ausgearbeitete Gegenvorschlag im Rat behandelt und im Fall einer Zustimmung den Stimmbürgern vorgelegt werden kann. Die Einzelinitiative wird vom Kantonsrat definitiv unterstützt. Der Rat stellt der Initiative einen Gegenvorschlag entgegen (*NZZ*, 14.2., 26.3., 23.4.; vgl. *SPJ 1987*, S. 267) – **2)** Änderung des Landwirtschaftsgesetzes als Gegenvorschlag zu der unter 1) erwähnten Einzelinitiative. Förderung der umweltschonenden Bewirtschaftung durch Beratung und Weiterbildung interessierter Bauern, die Subventionierung von Praxisversuchen und besonders umweltschonender Produktionsformen sowie Umstellungsbeiträge beim Übergang zum biologischen Landbau. Vom Kantonsrat zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet. In der Volksabstimmung vom 8.12. mit 70,1% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 28,6%; Nein-Parole der FDP (*NZZ*, 7.11., 26.11., 6.12., 9.12.).

c) Jagd, Fischerei, Tierschutz – Chasse, pêche, protection des animaux

BASEL-LAND: Neues Jagdgesetz. Anpassung an die Gesetzgebung des Bundes, Beibehaltung der Pachtjagd, Bestimmung des Pachtzinses durch den Schätzwert, Verbot der Pachtversteigerung, erweiterter Schutzkatalog der zu bejagenden Tiere. Verabschiedung durch den Regierungsrat (*BaZ*, 9.1., 22.1.; vgl. *SPJ 1990*, S. 306).

BERN: Revision des Gesetzes über Jagd, Wild- und Vogelschutz. Vom Grossen Rat in zweiter Lesung angenommen (*Bund*, 27.3; vgl. *SPJ 1990*, S. 306).

NEUCHÂTEL: 1) Nouvelle loi sur la chasse. Remplacement de l'actuel fonds cantonal de la chasse par un fonds cantonal pour la conservation de la faune; remplacement de la commission

consultative de la chasse par une commission consultative de la faune, composée de représentants des milieux de la chasse, de la protection de la nature et de l'agriculture; devoir de l'Etat de livrer une permis de chasser et une autorisation annuelle de chasse; transformation de l'actuel service de la pêche et de la chasse en un service de la pêche et de la chasse et un service de la nature et de la faune. Présentée (*Express*, 19.9.) - **2**) Projet de loi sur la conservation de la faune. Adaptation à la loi fédérale; protection des biotops nécessaires; assurance de la survie des différentes espèces d'animaux sauvages indigènes et migrateurs. Nouvelle loi de sauvegarde de la nature. Texte distinct du précédent, mais qui devra aller en parallèle. Mis en consultation (*Express*, 15.2.).

SANKT GALLEN: Totalrevision des Jagdgesetzes. Anpassung an Bundesrecht; Erhöhung der Pachtdauer von sechs auf acht Jahre; Vergabe der Pachten an gemischte Gesellschaften; Regelung der revierübergreifenden Aufgaben der Hegegemeinschaften. In die Vernehmlassung geschickt (*SGT*, 16.4.).

SCHAFFHAUSEN: Neues Gesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel. Anpassung an die Gesetzgebung des Bundes. Abschaffung der Patentjagd und ausschliessliche Zulassung der Revierjagd. Vom Regierungsrat vorgelegt (*SN*, 8.5., 30.5.; vgl. *SPJ* 1990, S. 306).

THURGAU: Neues Jagdgesetz. Beibehaltung der Revierjagd, jedoch keine Versteigerung der Reviere mehr, sondern Abgabe zum Schätzwert; mangelnde Gewährleistung eines gesetzlichen Jagdbetriebes sowie der Hegemassnahmen als Grund für eine Beendigung der Pacht. Langfristige Abschaffung der Doppelpacht. In die Vernehmlassung geschickt (*SGT*, 30.1., 15.7.; *SN*, 12.7.).

TICINO: Iniziativa popolare denominata "Per la protezione degli animali selvatici". L'iniziativa chiede in sostanza che venga abolita la caccia bassa. Lanciata; iniziatori: Movimento giovanile progressista. Consegnata con circa 12 mila signature. Respinta dalla commissione della legislazione e respinta dal Gran Consiglio (*CdT*, 14.2., 2.5., 14.9., 2.11., 9.11., 12.11.).

VALAIS: Loi cantonale sur la chasse et la protection des mammifères et oiseaux sauvages. Approuvée par la Grand Conseil. Approuvée par tous les partis. Approuvée en votation populaire du 28 avril par 90% des votants; participation: 24,5% (*NF*, 29.1., 31.1., 29.4.; cf. *APS* 1990, p. 306).

ZUG: Gesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere. Vom Kantonsrat in zweiter Lesung angenommen (*LNN*, 30.8.; vgl. *SPJ* 1990, S. 306).

ZÜRICH: 1) Formuliert Gesetzesinitiative "für ein Klage- und Kontrollrecht im Tierschutz". Rückzug der Initiative nach Annahme des Gegenvorschlags durch den Kantonsrat (*NZZ*, 29.1.; vgl. *SPJ* 1988, S. 287, 1990, S. 306) - **2)** Änderung des Tierschutzgesetzes. Vom Kantonsrat in zweiter Lesung angenommen. In der Volksabstimmung vom 2.6. mit 82,4% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 39,4%; Nein-Parole der SVP; Stimmfreigabe der AP (*NZZ*, 3.6.; vgl. *SPJ* 1989, S. 288, 1990, S. 306).

d) Industrie, Gewerbe, Handel - Industrie, arts et métiers, commerce

BASEL-STADT: Kantonales Gesetz über die Gewährung und Vermittlung von Konsumkrediten. Einführung einer Bewilligungspflicht für Kreditgeber und -vermittler, soweit sie nicht dem Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen unterstehen. Begrenzung des Maximalzinssatzes bei 15% oder 18%. Einschluss neuer Kreditformen, wie etwa der Kreditkarten, jedoch nicht der Leasing-Geschäfte, in das Gesetz. Vorstellung durch die Regierung (*BaZ*, 31.8.).

BERN: 1) Gesetz über Handel und Gewerbe. Festlegung der Ladenschlussordnung an Werktagen. Beginn und Abschluss der Vernehmlassung (*Bund*, 30.5., 14.8.) - **2)** Zwei Initiativen der Jungfreisinnigen zur Flexibilisierung der Laden- sowie der Restaurantöffnungszeiten. Beschluss zur Lancierung (*Bund*, 30.9.).

GENEVE: Loi sur les heures d'ouverture des magasins. Ouverture des magasins six jours sur sept. Introduction de la semaine de cinq jours de travail pour les employés. Ouverture des magasins jusqu'à 17 heures le 31 décembre. Possibilité pour les entreprises familiales d'ouvrir le soir, le dimanche et les jours fériés, à condition de ne pas employer le personnel. Proposée par le Gouvernement. Approuvée par le Grand Conseil (*JdG*, 22.5., 31.5., 2.11., 9.11.).

JURA: 1) Modification de la loi cantonale d'introduction de la Code civil suisse (vente aux enchères). Proposée par le Gouvernement. Approuvée en première lecture (*Dém.*, 3.5., 14.11.) - **2)** Modification de la loi sur l'assurance immobilière, suite à une motion. La modification vise à donner une base légale, claire et précise au monopole des ramoneurs. Le monopole même est considéré comme légal en raison de sa fonction d'intérêt public dans le cadre de la police du feu. Approuvée par le Parlement. Un maître ramoneur delémontain demande à la Cour constitutionnelle de vérifier la validité de la loi. La Cour constitutionnelle donne totalement raison aux autorités cantonales (*Dém.*, 28.3.; cf. *APS 1990*, p. 306).

LUZERN: Standesinitiative für ein Konsumkreditgesetz. Vom Grossen Rat angenommen (*LNN*, 25.6.).

NEUCHATEL: Nouvelles lois sur la police de commerce concernant avant tout la fermeture des magasins pendant les jours fériés et le soir. Les magasins seront fermés le 26 décembre ainsi que durant neuf autres jours. Les magasins d'alimentation pourront ouvrir leurs portes pour autant qu'ils composent cette ouverture par une fermeture de même durée durant la période qui précède ou suit cette ouverture. La fermeture reste fixée à 18h30, mais les clients entrés avant cette heure pourront être servis pendant une demi-heure. Approuvées par le Grand Conseil (*Express*, 19.9., 1.10.).

SCHAFFHAUSEN: Änderung des Ruhetagsgesetzes. Die Bestimmungen über die Ladenöffnungszeiten sollen auf alle Geschäfte des Detailhandels mit Waren- und Dienstleistungsangeboten für Konsumenten, insbesondere also auch für Videotheken, ausgedehnt werden. Von der Regierung dem Grossen Rat beantragt; vom Grossen Rat mit 37 zu 35 Stimmen abgelehnt (*SN*, 10.1., 9.4.).

TICINO: Modifica della legge che regola gli orari di chiusura delle stazioni di benzina. Il Dipartimento ambiente ticinese ha deciso di non confermare in vigore per altri sei mesi il decreto legislativo. Il Governo non estende il decreto definitivo sulla chiusura delle pompe di benzina a tutto il territorio cantonale, ma lo confina al Sottoceneri. La commissione della

legislazione asseconda il nuovo decreto del Consiglio di Stato (durata di due anni, delimitazione geografica al ponte-diga, con Melide incluso, orari dalle 6 alle 19.30, alle 18.00 il sabato, chiusura nei festivi, salvo il giorno di San Stefano o quando la festività preceda o segua immediatamente la domenica). Il Gran Consiglio decide di fissare la chiusura serale durante i giorni feriali alle ore 20, mentre il sabato sarà alle 19. Il provvedimento entrerà in vigore nel 1992 e avrà una durata di due anni (*CdT*, 24.5., 31.5., 4.7., 28.9., 16.11., 23.11., 11.12.).

VALAIS: Projet de loi en matière de vente d'armes. Avant-projet en consultation (*NF*, 5.2.).

ZÜRICH: 1) Änderung des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch: Neuregelung der kantonalen Vorschriften über Konsumkredite auf Anregung einer Motion aus dem Jahre 1964. Staatliche Aufsicht über Kreditgeber und Vermittler von Konsumkrediten; obligatorische Angabe der Gesamtkreditkosten in der Werbung; Einschränkung der Vermittlerkommissionen; Erhöhung des Busenrahmens bei Gesetzesverstößen; Festsetzung der Höchstkreditkosten. Abschluss der Arbeit der Kommission des Kantonsrats. In der Beratung des Kantonsrats wird gegen den Willen des Regierungsrates eine Reduktion des Höchstzinssatzes von 18% auf 15% beschlossen. Vom Kantonsrat angenommen. In der Volksabstimmung vom 8.12. mit 66,3% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 28,6%; Nein-Parolen von FDP, SVP und AP (*NZZ*, 31.1., 19.2., 26.3., 8.11., 22.11., 29.11., 2.12., 3.12., 6.12., 9.12.) - **2)** Einzelinitiative betreffend die Änderung des Gesetzes über die öffentlichen Ruhetage und über die Verkaufszeit im Detailhandel. Demnach sollen die Verkaufsgeschäfte an Werktagen von 6 bis 21 Uhr und an Sonntagen von 10 bis 17 Uhr geöffnet sein dürfen. An Vorabenden von öffentlichen Ruhetagen soll spätestens um 17 Uhr Ladenschluss sein, ausgenommen am Vorabend des 1. Mai und des 1. August. Vom Kantonsrat vorläufig unterstützt und zur Berichterstattung an den Regierungsrat überwiesen (*NZZ*, 8.1.).

e) Gastgewerbe, Fremdenverkehr, Sport - Hôtellerie, tourisme, sports

AARGAU: Volksinitiative von Jungfreisinnigen hinsichtlich der Abschaffung der Polizeistunde. Nach Ansicht der Iniziiierenden sollen Artikel 25 und 31 des kantonalen Wirtschaftsgesetzes dahingehend geändert werden, dass Wirte am Freitag und Samstag selbst entscheiden können, wann sie ihr Lokal schliessen wollen. Lancierung der Initiative (*AT*, 17.8., 23.8.).

APPENZEL AUSSERRHODEN: Umwandlung des bisherigen Fremdenverkehrsgesetzes in ein Tourismusgesetz. Kompetenz des Kantonsrats zur abschliessenden Bewilligung zusätzlicher Mittel; Erhöhung des Rahmens der Beherbergungstaxe auf maximal 1 Fr.; Einfließen der Beherbergungstaxe in einen Tourismusfonds; Entnahme der Mittel für Wanderwege aus dem allgemeinen Haushalt. Von der Regierung vorgelegt. Vom Kantonsrat zuhanden der Landsgemeinde verabschiedet (*SGT*, 4.11., 19.11.).

BASEL-LAND: Gesetz zur Förderung des Jugendsports. Auf Vorschlag der Bildungskommission des Landrats soll der gesamte Bereich des Breitensports (inklusive Senioren- und Behindertensport) eine gesetzliche Grundlage erhalten. Vom Landrat in der Fassung der Kommission in erster und zweiter Lesung angenommen. In der Volksabstimmung vom 2.6. mit

62,7% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 38,6% (*BaZ*, 30.1., 5.2., 8.3., 3.6.; vgl. *SPJ 1990*, S. 307).

BERN: 1) Entwurf eines neuen Lotteriegesetzes auf Veranlassung einer Motion der Besonderen Untersuchungskommission des Grossen Rates (BUK) aus dem Jahre 1985. Umwandlung der SEVA in eine öffentlich-rechtliche Genossenschaft. Vom Regierungsrat in die Vernehmlassung geschickt (*Bund*, 11.2., 12.3.) - **2)** Volksinitiative "Schneekanonen ja - aber mit Mass". Die Initiative will das grossflächige künstliche Beschneien ganzer Skipisten verhindern; das Ausbessern einzelner exponierter Flächen oder Gefahrenstellen soll hingegen möglich sein. Lancierung der Initiative; Initianten: Naturschutzverein Berner Oberland. Einreichung der Initiative mit 17 233 Unterschriften (*Bund*, 9.2., 7.9.).

FRIBOURG: 1) Projet de loi sur les appareils de jeu et les salons de jeu. La commission parlementaire chargée de prédigérer la loi propose d'interdire tous les machines à sous dans les salons de jeu fribourgeois. Le Grand Conseil refuse en première lecture l'interdiction pure et simple des machines à sous, mais il les bannit des salons de jeu. En première lecture le Grand Conseil maintient la mise à deux francs et baisse le gain à 20 francs. Approuvée en première lecture (*Lib.*, 4.6., 25.9., 8.11.; cf. *APS 1990*, p. 306) - **2)** Projet de nouvelle loi sur les établissements publics et la danse. Suppression de la clause du besoin. Approuvé en première lecture par 52 voix contre 51; en deuxième lecture le Grand Conseil adoucie l'obligation de mettre à disposition des tables séparées pour fumeurs et non-fumeurs par la formule "dans la mesure du possible". Approuvé en deuxième lecture. Le Grand Conseil revient sur sa décision de supprimer la clause du besoin. Enfin, la clause du besoin est maintenue, mais dans une version très douce qui peut être considérée comme un premier pas vers une libéralisation totale. Approuvé par le Grand Conseil (*Lib.*, 6.2., 24.5., 5.6., 25.9.).

GENEVE: Projet de loi proposant d'octroyer un demi-licence d'alcool à tous les cafés restaurants de Genève qui servent des repas chauds. Renvoyé en commission (*JdG*, 21.12.).

GLARUS: Gesetz zur Förderung des Tourismus. Ausnahme von Kindern und Jugendlichen sowie Schulen und Jugendgruppen von der Beherbergungstaxe, welcher nichtzahlende Gäste jedoch unterstellt sind. Von der Landsgemeinde am 5.5. angenommen (*NZZ*, 6.5.; *Memorial für die Landsgemeinde des Kantons Glarus vom Jahre 1991*).

GRAUBÜNDEN: Teilrevision des kantonalen Gastwirtschaftsgesetzes. In der Volksabstimmung vom 2.6. mit 77,2% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 26%; Nein-Parole des LdU (*BüZ*, 3.6.; vgl. *SPJ 1990*, S. 307).

LUZERN: Tourismusförderungsgesetz. Festschreibung der Finanzierung und deren Voraussetzungen; Anhebung der Beherbergungsabgabe auf 30 Rappen; Festsetzung des für die gemeindeeigene Kurtaxe dienenden Ansatzes auf mindestens 80 Rappen und höchstens 3 Fr. In die Vernehmlassung gegeben (*LNN*, 11.10.).

NIDWALDEN: Kantonsbeitrag von 500 000 Fr. an die Auffanggesellschaft für die konkursite Klewenalp-Luftseilbahn. Von der Landsgemeinde mit 1271 gegen 1030 Stimmen nach Auszählung abgelehnt (*LNN*, 29.4.).

OBWALDEN: Gewährung eines zinslosen, bedingt rückzahlbaren Darlehens von 1,5 Mio Fr. an die Auffanggesellschaft der Lungern-Schönbühl-Bahn, auf Anregung einer Motion des Kantonsrates. Vom Regierungsrat zuhanden der Landsgemeinde beantragt. Vom Grossen Rat angenommen. Von der Landsgemeinde am 28.4. angenommen (*Vat.* 9.2.; *LNN*, 1.3., 29.4.).

SCHAFFHAUSEN: Volksinitiative "für ein abfallarmes Gastgewerbe". Vom Regierungsrat dem Grossen Rat mit Antrag auf Zustimmung unterbreitet. Vom Grossen Rat ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfohlen. In der Volksabstimmung vom 2.6. mit 64,6% der Stimmen abgelehnt; Stimmbeteiligung: 68,1%; Ja-Parolen von SP, ÖBS, EVP und GB; Stimmfreigabe des CSV (*SN*, 6.3., 26.3., 3.6.; vgl. *SPJ 1990*, S. 307).

TICINO: Nuova legge sugli esercizi pubblici. Proposta deliberata dal Governo (*CdT*, 24.5.).

VAUD: Modification de la loi sur le tourisme. Redéfinition des engagements respectifs des diverses collectivités publiques, en mettant l'accent sur des contributions accrues du canton. Possibilité pour l'Etat d'intervenir directement dans le cadre budgétaire pour des contributions à d'importants projets touristiques d'intérêt cantonal, ce qui permettrait d'augmenter substantiellement l'engagement du canton; augmentation de 20 à 33% du taux d'aide du fonds d'équipement touristique pour les stations des régions de montagne. En deuxième lecture le Grand Conseil fixe les taxes pour les installations de remontée mécanique ainsi que pour la taxe de séjour qui pourra aller jusqu'à 80 ct. par nuitée. Présentée par le Gouvernement. Approuvée par le Grand Conseil en première et en deuxième lecture (*JdG*, 9.10., 20.11.; *24 Heures*, 11.12.).

ZÜRICH: Volksinitiative für ein Verbot von Geldspielautomaten. Vom Kantonsrat zur Ablehnung empfohlen. In der Volksabstimmung vom 2.6. mit 51,0% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 39,4%; Nein-Parolen von FDP, SVP, Demokratischer Partei und AP (*NZZ*, 5.2., 3.6.).

4. INFRASTRUKTUR - INFRASTRUCTURE

a) Energie

AARGAU: Einreichung einer staatsrechtlichen Beschwerde der Grünen beim Bundesgericht gegen den Regierungsrat des Kantons Aargau. Dem Regierungsrat wird vorgeworfen, die am 27.2.87 von den Grünen eingereichte Volksinitiative "Energiesparen - Umwelt bewahren" nicht rechtzeitig zur Abstimmung gebracht zu haben. Ablehnung der Beschwerde. Empfehlung von Regierung und Grosse Rat, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen (*AT*, 9.3., 15.3., 12.10.).

APPENZEL AUSSERRHODEN: 1) Energiesparinitiative. Vom Kantonsrat der Landsgemeinde zur Ablehnung empfohlen (*SGT*, 10.12.; vgl. *SPJ 1990*, S. 308) - **2)** Verordnung über sparsame Energienutzung und Wärmedämmung. Als indirekter Gegenvorschlag zur Energiesparinitiative vom Kantonsrat in erster Lesung angenommen (*SGT*, 10.12.).

BASEL-LAND: 1) Revision des Energiegesetzes. In zweiter Lesung wird der Antrag der FDP, die Genehmigungspflicht durch den Regierungsrat für die Tarife aller leistungsgebundenen Energien aufzuheben, abgelehnt. Zusammen mit Grundsätzen der kantonalen Energiepolitik vom Regierungsrat vorgelegt, wobei die Gesetzesrevision auch als Gegenvorschlag zu einer 1987 eingereichten Initiative für eine Ergänzung des Energiegesetzes zu verstehen ist. Vom Landrat in zweiter Lesung angenommen. In der Volksabstimmung vom 2.6. mit 62,5% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 38,6% (*BaZ*, 5.2., 3.6.; vgl. *SPJ 1988*, S. 290, *1989*, S. 290, *1990*, S. 308) - **2)** Rückzug der 1987 eingereichten Energieinitiative aufgrund der Beratungen des Landrats über die Revision des Energiegesetzes (*BaZ*, 27.2.; vgl. *SPJ 1988*, S. 290).

BASEL-STADT: 1) Gesetzesinitiative der PdA aus dem Jahre 1987 zum Ausbau der Fernwärmeversorgung. Die Initiative wird vom Grossen Rat auf Antrag des Regierungsrats zur Ablehnung empfohlen. In der Volksabstimmung vom 2.6. mit 59,7% der Stimmen abgelehnt; Stimmbeteiligung: 33%; Ja-Parolen von alter und neuer PdA sowie POB (*BaZ*, 28.2., 3.6.; vgl. *SPJ 1988*, S. 290) - **2)** Volksinitiative "Energiekanton 2000". Übernahme der Vorgaben des Bundesprogramms "Energie 2000" für den Kanton Basel-Stadt; Schaffung eines Energiesparprogramms, dessen Vollzug einer einzigen Instanz übertragen werden soll. Lancierung der Initiative (*BaZ*, 21.12.).

BERN: Stellungnahme des Kantons zur Betriebsbewilligung und 10-prozentige Leistungserhöhung des Kernkraftwerks Mühleberg. Vom Regierungsrat dem Grossen Rat zur Annahme empfohlen. Vom Grossen Rat zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet (*Bund*, 28.6., 18.9., 19.9.).

GLARUS: Revision des Energiegesetzes. Abnahme von Überschussenergie; Einführung der verbrauchsabhängigen Heizkostenrechnung. Von der Landsgemeinde am 5.5. gutgeheissen (*NZZ*, 6.5.; *Memorial für die Landsgemeinde des Kantons Glarus vom Jahre 1991*; vgl. *SPJ 1990*, S. 308).

GRAUBÜNDEN: Revision des Energiegesetzes. Schaffung von Anreizen zum Energiesparen, insbesondere durch Verwendung erneuerbarer Energieträger; Einführung der individuellen Heizkostenabrechnung auch für Altbauten; Schaffung der Möglichkeit zu einer finanziellen Unterstützung von Demonstrationsanlagen. In die Vernehmlassung geschickt (*BüZ*, 25.10.).

LUZERN: Energie-Initiative der SP. Einreichung der Initiative mit etwas über 4000 Unterschriften (*LNN*, 15.6.; vgl. *SPJ 1990*, S. 308).

NIDWALDEN: 1) Zwei Anträge des Demokratischen Nidwalden zur Energiepolitik an die Landsgemeinde. Mit einer allgemeinen Anregung verlangt das DN die Schaffung eines Energiegesetzes und mit einer Änderung des Gesetzes über das kantonale Elektrizitätswerk Nidwalden (EWN) sollen die Stromtarife verbrauchsabhängig gestaltet werden. Von der Landsgemeinde am 28.4. abgelehnt (*LNN*, 9.1., 4.4., 29.4.; *Vat.*, 4.4.) - **2)** Initiativen des Komitees für die Mitsprache des Nidwalner Volkes bei Atomanlagen. Abweisung der Beschwerden der NAGRA gegen die drei Beschlüsse der Landsgemeinde durch das Nidwaldner Verfassungsgericht (*LNN*, 6.7.; vgl. *SPJ 1990*, S. 308).

SOLOTHURN: Kantonales Energiegesetz. In der Volksabstimmung vom 3.3. mit 60% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 44,4%; Nein-Parolen von FDP, AP, Fortschrittspartei; Stimmfreigabe der Grünen (*SZ*, 4.3.; vgl. *SPJ 1990*, S. 309).

VAUD: Projet de dépôt pour le stockage intermédiaire de déchets radioactifs à Würenlingen. Approuvé en votation cantonale le 3 mars par 66,7% des votants; participation: 22,4% (*24 Heures*, 4.3.; cf. *APS 1990*, p. 309).

ZUG: 1) Änderung des Energiegesetzes sowie Zusatzänderung zum Energiegesetz. Vom Regierungsrat beantragt. Vom Kantonsrat in zweiter Lesung angenommen (*Vat.*, 12.2.; *LNN*, 1.3.; *LZ*, 4.11.; vgl. *SPJ 1990*, S. 309).

ZÜRICH: Errichtung eines Zwischenlagers in Würenlingen. Vom Kantonsrat verabschiedet. In der Volksabstimmung vom 1.9. mit 69,7% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 27,6%; Nein-Parole von SP, GP und SD (*NZZ*, 19.2., 7.8., 23.8., 30.8., 31.8., 2.9.; vgl. *SPJ 1990*, S. 309).

b) Strassenbau und -finanzierung – Construction et financement des routes

BASEL-LAND: 1) Nichtformulierte Initiative "Rettet das Leimental". Vom Regierungsrat zur Ablehnung beantragt (*BaZ*, 27.3.; vgl. *SPJ 1989*, S. 292) - **2)** Kredit von 180 Mio Fr. für die Umfahrungsstrasse Sissach. Ergreifung des Referendums durch ein Komitee unter der Führung des VCS. Einreichung des Referendums mit 2900 Unterschriften. In der Volksabstimmung vom 8.12. wird die Vorlage mit 52,5% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 30%; Nein-Parolen von SP, LdU, Grünen und Junger CVP, Stimmfreigabe der EVP (*BaZ*, 15.5., 9.7., 20.11., 25.11., 28.11., 30.11., 9.12.) - **3)** Volksinitiative der AP für einen sofortigen Ausbau der J2 von Füllinsdorf bis zum Anschluss an die N2/N3, den Bau der Umfahrungsstrasse Liestal sowie einer Umfahrung von Allschwil bis an die J18. Lancierung der Initiative (*BaZ*, 13.9.) - **4)** Volksinitiative eines Komitees unter der Leitung von Nationalrat Hans Rudolf Gysin (fdp) für den Bau der J2. Lancierung der Initiative. Meldung über das Zustandekommen der Initiative (*BaZ*, 19.9., 21.9.,

8.11.) – **5)** Volksinitiative "zur Verhinderung des Nordtangenzubringers Allschwil und des weiteren Nationalstrassenbaus im Kanton Basel-Land". Ablehnung der 1989 von den Grünen und ihnen nahestehender Kreise eingereichten Initiative durch die Kommission des Landrats (*BaZ*, 6.12.; vgl. *SPJ 1989*, S. 292).

BASEL-STADT: Kredit von 17 Mio Fr. für die Verbreiterung der Münchensteiner Brücke. Vom Grossen Rat angenommen. Ergreifung des Referendums durch ein vom LdU geführtes Komitee. In der Volksabstimmung vom 2.6. wird die Vorlage mit 63,5% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 33%; Nein-Parolen von SP, POB, LdU, GP, neuer PdA, NGM, POB (*BaZ*, 2.4., 3.6.).

BERN: Kredit von 90 Mio Fr. zur Projektierung einer Strassenverbindung von Renan nach Les Convers mit Anschluss an den geplanten Tunnel unter der Vue des Alpes. Anwendung des Minderheitsrechts durch die Jura-Delegation (*Bund*, 19.9.).

FRIBOURG: 1) Projet de loi sur les transports. Proposé par le Gouvernement (*Lib.*, 13.6.) – **2)** Crédit de presque neuf millions de francs pour la reconstruction de la route Marly-Bourguillon. Rejeté en votation populaire du 20 octobre par 57,6% des votants; participation: 44,4%; le oui recommandé par PDC, PRD, UDC (*Lib.*, 12.10., 21.10.).

GENEVE: 1) Construction d'un pont sur la rade entre le GATT et Genève-Plage. Approuvée par le Grand Conseil (JdG, 12.4.) – **2)** Crédit de 22 millions de francs pour financer l'étude de la traversée du Petit-Lac. Renvoyé à la commission des travaux (*JdG*, 22.6.).

GLARUS: 1) Strassenbauprogramm 1991-1995. Das Programm enthält Kredite von insgesamt 52 Mio Fr. Bau eines Strassentunnels auf der Verbindung zum Urnerboden. Von der Landsgemeinde am 5.5. angenommen (*NZZ*, 6.5.; *Memorial für die Landsgemeinde des Kantons Glarus vom Jahre 1991*) – **2)** Strassenbauprogramm 1992. Vom Landrat angenommen (*NZZ*, 29.11.).

JURA: Initiative populaire en faveur de la création d'un réseau de liaisons cyclables dans le Jura. Opposée par le Gouvernement qui présente un contre-projet sous la forme d'une loi d'encouragement à la construction de voies cyclables, avec les objectifs, les principes généraux, une enveloppe financière et un plan sectoriel du réseau. Le Parlement propose rejeter l'initiative au profit du contre-projet du Gouvernement (*Dém.*, 10.5., 19.6., 14.11., 7.12., 19.12.; cf. *APS 1989*, p. 292 s.).

LUZERN: Neues kantonales Strassengesetz. Abschluss der Vernehmlassung (*LNN*, 14.12.).

SANKT GALLEN: Umfahrungsstrasse Wagen-Eschenbach-Schmerikon (T8/A8). Vom Grossen Rat in zweiter Lesung angenommen. Zustandekommen des Referendums mit knapp 10 000 Unterschriften. In der Volksabstimmung vom 8.12. wird die Vorlage mit 54,7% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 28,5%; Nein-Parolen von LdU, EVP und GL M.U.T. (*SGT*, 21.2., 19.3., 7.5., 23.5., 21.6., 21.9., 10.10., 25.10., 19.11., 21.11., 23.11., 26.-28.11., 2.12., 3.12., 5.12., 9.12.; *NZZ*, 23.11.; vgl. *SPJ 1990*, S. 310).

THURGAU: 1) Volksinitiative der AP für eine Standesinitiative, welche die gesetzliche Festschreibung von Tempo 100/130 verlangt. Lancierung der Initiative (*SGT*, 27.8.) – **2)** Totalrevision des Gesetzes über das Strassenwesen aus dem Jahre 1939. Streichung des von der Regierung vorgesehenen fakultativen Referendumsrechts bei Erweiterungen des

Strassennetzes. Möglichkeit für den Rat, allgemeine Mittel in die Spezialfinanzierung für den Strassenbau einzulegen. Vom Kantonsrat in erster Lesung beraten (*SGT*, 12.9., 1.10., 24.10., 6.11.; vgl. *SPJ 1989*, S. 293).

VALAIS: Révision partielle de la loi cantonale sur les routes datant de 1965. Financement des routes par le canton seul, sans participation des communes. Approuvée en deuxième lecture. Approuvée en votation populaire du 8 décembre par 83,4% des votants; participation: 18,6%; le non recommandé par le PS (*NF*, 25.9., 1.10., 2.10., 3.10., 27.11., 29.11., 9.12.; cf. *APS 1990*, p. 310).

VAUD: Modification de la loi sur les routes. Approuvée par le Grand Conseil (*24 Heures*, 11.12.).

ZUG: 1) Neues Gesetz über Strassen und Wege. Stärkere Rücksichtnahme auf Radfahrer und Fussgänger. Neu wird der Regierungs- und nicht mehr der Kantonsrat über Bauprojekte für Strassen, Wanderwege und Radstrecken bestimmen. Vom Regierungsrat vorgelegt (*Vat.*, 18.5.; *LNN*, 21.5.) - **2)** Strassenbaugesetz. Vom Kantonsrat in modifizierter Form in zweiter Lesung angenommen (*LNN*, 1.2., 30.8.).

ZÜRICH: Kredit von 54,4 Mio Fr. für den Zusammenschluss der Flughafenautobahn und der Unterlandautobahn in Kloten. Abweisung zweier Beschwerden durch das Bundesgericht. In der Volksabstimmung vom 1.9. mit 63,7% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 27,6%; Nein-Parole von SP, LdU, SD und GP (*NZZ*, 11.6., 6.8., 14.8., 16.8., 23.8., 30.8., 31.8., 2.9.).

c) Übrige Verkehrsfragen - Autres questions relatives au trafic

APPENZEL AUSSERRHODEN: Gesetz zur Förderung des öffentlichen Verkehrs. Vom Landrat in zweiter Lesung angenommen. Von der Landsgemeinde am 28.4. angenommen (*SGT*, 26.2., 29.4.; vgl. *SPJ 1990*, S. 310).

BASEL-STADT: 1) Initiative der SAP "Umsteigen - Ausbau des öffentlichen Verkehrs statt Autochaos". Vom Bundesgericht für ungültig erklärt (*NZZ*, 7.3.; vgl. *SPJ 1985*, S. 217, *1989*, S. 294, *1990*, S. 310) - **2)** Initiative des "Drei-Länder-Forum Umwelt" "gegen die staatliche Förderung des Luftverkehrs". Sie verlangt, dass der Kanton auf jede Beteiligung an Unternehmen und Betrieben verzichtet, die der Luftfahrt dienen und dass bestehende Beteiligungen aufgelöst werden. Lancierung der Initiative (*BaZ*, 28.5., 31.5.; *SGT*, 6.7.).

BERN: 1) Einreichung einer Standesinitiative für die Realisierung der "Variante Kanton" der Neubaustrecke Mattstetten-Rothrist der Bahn 2000, auf Veranlassung einer Motion. Von Grossen Rat beschlossen (*Bund*, 31.5.) - **2)** Nichtformulierte Gesetzesinitiative für die Erhaltung des Raddampfers "Blüemlisalp". Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat ein Gesetz über die Raddampfer und empfiehlt die Initiative zur Ablehnung. Der Grosse Rat nimmt das Gesetz über die Raddampfer in erster Lesung an. In zweiter Lesung hält der Rat entgegen dem Antrag seiner Kommission an der in erster Lesung beschlossenen Limite von jährlich 300 000 Fr. an Beitragszuschüssen fest. Vom Grossen Rat in zweiter Lesung angenommen (*Bund*, 22.3., 14.6., 28.6., 23.8.; vgl. *SPJ 1988*, S. 293, *1989*, S. 294, *1990*, S. 310) - **3)** Dekret über die Beschränkung der Schifffahrt auf bernischen Gewässern. Die Vorlage sieht ein Kanuverbot auf Ilfis, Schwarzwasser, Schüss und Sorne vor, eine Bewilligungspflicht für Riverrafting, sowie die

Aufhebung der heutigen Motorbootkontingentierung auf den Seen. Von der Regierung vorgelegt (*Bund*, 7.9.).

FRIBOURG: 1) Projet de loi d'application de la législation fédérale sur la navigation intérieure. Approuvé par le Grand Conseil (*Lib.*, 8.2.; cf. *APS 1990*, p. 311) - **2)** Initiative populaire "Sauvez la Haute-Gruyère". Initiants: Helvetia nostra. Aboutissement avec 9500 signatures (*24 Heures*, 25.4.; *Lib.*, 17.1., 25.4., 22.8., 8.11.; cf. *APS 1990*, p. 311).

GENEVE: 1) Loi sur les réseaux du transport publique. La loi demande que toute création ou toute extension d'une ligne de transports publiques fasse l'objet d'un projet de loi soumis au Grand Conseil et soit donc soumis au référendum facultatif. Proposée par le Gouvernement (*JdG*, 21.8., 13.9.) - **2)** Extension des halls départ et enregistrement de l'aéroport Genève-Cointrin. Lancement d'un référendum. Aboutissement du référendum avec 7123 signatures. Dans la votation populaire du 29 septembre le projet est approuvé par 71,8% des votants; participation: 30,1%; le non recommandé par PS, PdT et PEG (*JdG*, 8.2., 15.5., 10.9., 12.9., 21.9., 23.9., 24.9.; *CdT*, 27.3.; *NZZ*, 30.9.) - **3)** Initiative populaire pour une modification de la loi sur les services de taxis. Contre-projet du Gouvernement dans lequel il propose de revenir au principe de l'intransmissibilité des permis de stationnement tout en le tempérant d'une exception en faveur des entreprises. Enfin, l'Exécutif rejette les propositions de l'initiative concernant la liberté des tarifs. Il préfère promouvoir la création de taxis collectifs et, surtout, aimerait étendre la limite des taxes à l'ensemble des communes urbaines et suburbaines ainsi qu'aux zones industrielles. Proposé par le Gouvernement (*JdG*, 14.3.; cf. *APS 1989*, p. 292, *1990*, p. 310).

GRAUBÜNDEN: Gesetz über den öffentlichen Verkehr. Abgeltung der Betriebsdefizite der konzessionierten Strassentransportdienste und des Postautodienstes, Verlängerung bestehender sowie Eröffnung neuer Buslinien, verbilligte Tarifmassnahmen und Tarifverbünde sowie Bau von Park and Ride-Anlagen und Anschlussgleisen. In die Vernehmlassung geschickt (*BüZ*, 7.11.).

LUZERN: 1) Gesetz über die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Beginn und Abschluss der Vernehmlassung (*LNN*, 2.5., 17.12.; vgl. *SPJ 1990*, S. 311) - **2)** Zustimmung der Kenntnisnahme des Grossen Rats zu dem Planungsbericht der Regierung hinsichtlich der Sanierung der Seetalbahn sowie Auftrag an die Regierung, mit dem Bau zwischen Emmen und Waldibrücke sofort zu beginnen. Einreichung mehrerer staatsrechtlicher Beschwerden gegen den Grossratsbeschluss. Abweisung der Beschwerden durch das Bundesgericht (*LNN*, 20.3., 22.10.).

SOLOTHURN: Revision des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr. Bessere Koordination zwischen öffentlichem und privatem Verkehr. Bereitstellung der finanziellen Mittel zur Förderung des öffentlichen Verkehrs wie bisher durch Bund, Kanton und Gemeinden, wobei jedoch mit dem neuen Gesetz die Tendenz zur Mehrbelastung der Gemeinden gebrochen werden soll. Entwurf des Regierungsrates (*SZ*, 31.8.).

THURGAU: Investitionsbeitrag des Kantons Thurgau von 21,4 Mio Fr. zum Ausbau des Bahnhofs Frauenfeld. In der Volksabstimmung vom 2.6. mit 68,0% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 37,4% (*SGT*, 3.6.).

TICINO: 1) Legge sui trasporti pubblici: Progetto di legge per la costruzione di una rete di trasporti integrati. Cominciata la consultazione (*CdT*, 18.1., 17.5., 3.10.) - **2)** Petizione del

Comitato apartitico per lo studio del problema aerodromo di Agno (CASPA) "per una gestione dell'aerodromo compatibile con un territorio densamente abitato e a vocazione turistica" seguito probabilmente d'un'iniziativa popolare. Deposta (*CdT*, 12.9.).

URI: Initiative für die Einreichung einer Standesinitiative "zum Schutz des Alpengebiets". Gegenvorschlag der Regierung. Von Landrat und Regierungsrat sowie sämtlichen Parteien unterstützt. In der Volksabstimmung vom 3.3. mit 81,2% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 35,1% (*LNN*, 4.3.; vgl. *SPJ 1989*, S. 294 f., *1990*, S. 311).

ZUG: Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr. Aufgrund eines Änderungsantrags des Regierungsrats sollen die Bustarife der ZVB bis 1995 40% der Kosten decken. Vom Kantonsrat in zweiter Lesung angenommen. Die Initiative "Auch in Zukunft vernünftige Bustarife" wird nach Angabe der Initianten zurückgezogen (*Vat.*, 30.8.).

ZÜRICH: 1) Initiative "S-Bahn für alli". Rückzug der Initiative (*NZZ*, 19.3.; vgl. *SPJ 1988*, S. 295, *1990*, S. 311) - **2)** Volksinitiative zur Begrenzung des Flugverkehrs. Zustandekommen der Initiative mit 10 444 Unterschriften (*NZZ*, 4.1., 26.3.; vgl. *SPJ 1990*, S. 311 f.).

d) Bodenrecht, Bauordnung, Raumplanung - Droit foncier, règlement de construction, aménagement du territoire

AARGAU: Totalrevision des kantonalen Baugesetzes. Von der Grossratskommission verabschiedet (*AT*, 14.12.; vgl. *SPJ 1988*, S. 295 f., *1990*, S. 312).

APPENZEL INNERRHODEN: Revision des Baugesetzes. Möglichkeit des Erlasses von Sondernutzungsplänen zur Sicherung von Anlagen im öffentlichen Interesse. Vom Grossen Rat angenommen (*SGT*, 12.3.).

BASEL-STADT: 1) Volksinitiative "für eine wirksame Erhaltung schützenswerter Bauten". In der Volksabstimmung vom 3.3. mit 61,9% der Stimmen abgelehnt; Stimmbeteiligung: 37,4%; Ja-Parolen: LDP, Junge FDP, CVP, AFW; Stimmfreigabe der FDP (*BaZ*, 4.3.; vgl. *SPJ 1988*, S. 296, *1990*, S. 312) - **2)** Volksinitiative zur Grünerhaltung des Schwarz-Parks. Antrag des Regierungsrats an den Grossen Rat, die Initiative abzulehnen. Der Grosse Rat empfiehlt die Initiative zur Annahme. In der Volksabstimmung vom 8.12. mit 58,7% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 35%; Nein-Parolen von FDP, CVP, LDP, DSP, EDU (*BaZ*, 10.1., 6.2., 22.3., 13.6., 24.9., 25.9., 29.11., 4.12., 9.12.; *NZZ*, 28.11.; vgl. *SPJ 1987*, S. 276) - **3)** Rückzug der 1983 eingereichten "Initiative für stadtgerechten Wohnungsbau", da die Anliegen der Initiative nach Meinung der Initianten inzwischen erfüllt sind (*BaZ*, 9.1.; vgl. *SPJ 1983*, S. 205).

BERN: Revision des Baugesetzes auf Veranlassung zweier Motionen. Erweiterung der Möglichkeiten für Zweckänderungen innerhalb bestehender Gebäude; Delegation der Zuständigkeit zur Erteilung von Ausnahmen an das Regierungsstatthalteramt. Abschluss der Vernehmlassung (*Bund*, 19.6.).

FRIBOURG: Loi sur l'aménagement du territoire et les constructions. Compétence laissée au Conseil communal de statuer sur les oppositions aux plans communaux; contre l'intention du Conseil d'Etat qui voulait installer la Direction des travaux comme autorité de recours, le Grand

Conseil se décide pour les préfets. Approuvée par le Grand Conseil (*Lib.*, 18.9., 26.9.; cf. *APS 1990*, p. 312).

GENEVE: 1) Initiative populaire du PS visant à exproprier les servitudes privées établies entre les propriétaires de huit villas aux Falaises de Champel, en ville de Genève. Décision du Grand Conseil d'exproprier ces servitudes pour cause d'utilité publique. L'initiative populaire a alors été retirée. Recours au Tribunal fédéral (*JdG*, 8.3.; cf. *APS 1988*, p. 296) - **3)** Modification de la loi sur les constructions et installations diverses. Raccourcissement des procédures qui n'ont aucun chance d'aboutir; prescription des infractions aux lois et règlements après cinq ans (dix ans pour la prescription absolue) selon une suggestion du Tribunal fédéral. Proposée par le Gouvernement (*JdG*, 29.10.).

GRAUBÜNDEN: Teilrevision der kantonalen Raumplanungsverordnung. Lockerung der Vorschriften für Bauten ausserhalb der Bauzone. Bericht und Entwurf der Regierung. Voom Grossen Rat verabschiedet (*BüZ*, 6.9., 14.9., 9.11., 28.11.).

JURA: Décret relatif à la réservation de terrains à bâtir. Approuvé par le Grand Conseil (*Dém.*, 14.11.).

NEUCHÂTEL: Nouvelle loi d'aménagement du territoire. Assimilisation à la loi fédérale. Délibérée par le Grand Conseil. Retirée par le Conseil d'Etat. Nouveau projet: Renonce à l'inscription d'un article relatif à la politique foncière; maintenance des compétences des communes. Approuvée par le Grand Conseil (*Express*, 1.2., 21.3., 19.9., 2.10., 3.10., 18.10.).

SCHAFFHAUSEN: Gesetz über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht. In erster Lesung beraten. Die Spezialkommission des Grossen Rates beauftragt die Regierung mit Hilfe einer Motion, der Baulandhortung mit steuerlichen Massnahmen zu begegnen und dem Grossen Rat entsprechende Anträge zu stellen. In zweiter Lesung wird die umstrittene Mehrwertabschöpfung gestrichen. Vom Grossen Rat in zweiter Lesung angenommen (*SN*, 22.1., 9.4., 12.11., 26.11.; vgl. *SPJ 1990*, S. 312).

SCHWYZ: Volksinitiative des Gewerbe- und Hauseigentümerverbandes sowie des Handels- und Industrievereins für eine Mitsprache des Volkes in Planungsfragen. Danach soll der Erlass der kantonalen Raumplanung sowie von Leitbildern, Richt- und Nutzungsplanungen rückwirkend seit Beginn des Jahres 1991 nicht mehr der Regierung und Verwaltung, sondern dem Parlament unterstehen. Dessen Entscheide wiederum sollten dem fakultativen Referendum unterliegen. Einreichung der Initiative mit 2656 Unterschriften (*LNN*, 11.9., 17.12.).

SOLOTHURN: 1) Gesetz über den Ausgleich von planungsbedingten Vor- und Nachteilen (Planungsausgleichsgesetz). Vom Kantonsrat zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet (*SZ*, 31.1., 23.5.; vgl. *SPJ 1989*, S. 296, *1990*, S. 312) - **2)** Teilrevision des kantonalen Baugesetzes. Nach dem Willen der vorberatenden Kommission sollen die Gemeinden kein Kaufrecht für erschlossene und brachliegende Grundstücke erhalten. In erster Lesung beraten (*SZ*, 1.2.; vgl. *SPJ 1989*, S. 296, *1990*, S. 312).

THURGAU: Teilrevision des kantonalen Baugesetzes. In der Volksabstimmung vom 3.3. mit 63,3% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 43,6%; Nein-Parolen: GP, AP (*SGT*, 4.3.; vgl. *SPJ 1990*, S. 316).

TICINO: 1) Modifiche alla legge generale sul registro fondiario. Semplificazioni procedurali miranti a ridurre i tempi di allestimento dei registri, allo scopo di risparmiare sulle spese d'introduzione e di dotare a medio termine di un registro fondiario il maggior numero di Comuni, beneficiando dei contributi federali. Decise dal Consiglio di Stato; approvate dalla commissione delle bonifiche fondiarie (*CdT*, 9.2., 1.3.) - **2)** Revisione della Legge edilizia. Confermando l'impostazione del messaggio e le modifiche della commissione, il Parlamento ha varato una riforma che mira alla semplificazione della procedura per le domande di costruzione a beneficio del cittadino. La nuova normativa prevede anche una soluzione giuridica per il problema dello smaltimento dei materiali di scavo prodotti nel cantone. Approvato dal Gran Consiglio (*CdT*, 14.3.) - **3)** Modifica della legge edilizia e della legge di espropriazione. Con la prima modifica si vuole in sostanza obbligare coloro che, costruendo, producono più di 10 mila metri cubi di detriti da scavo a garantirne anche il loro deposito in conformità alle prescrizioni legali vigenti; la seconda modifica introduce un nuovo capoverso all'articolo quarto grazie al quale, fra gli scopi di possibili espropriazioni, vi è pure la formazione di depositi di materiali di scavo o di discariche di materiali di demolizione. Proposta dal Governo (*CdT*, 24.1.).

URI: Änderung des Baugesetzes. Von allen Parteien befürwortet. In der Volksabstimmung vom 2.6. mit 59,1% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 28,8% (*LNN*, 21.2.; *Vat.*, 3.6.; vgl. *SPJ 1987*, S. 278).

VALAIS: Nouveau projet de loi cantonale d'application de la loi fédérale sur l'acquisition d'immeubles par des étrangers. Approuvé en deuxième lecture. Approuvé par tous les partis. Approuvé en votation populaire du 28 avril par 73% des votants; participation: 24,5% (*NF*, 31.1., 1.2., 29.4.; cf. *APS 1990*, p. 312).

ZÜRICH: 1) Nichtformulierte Volksinitiative "Läbe i d'Kaserne". Vom Grossen Rat auf Antrag des Regierungsrats zur Ablehnung beantragt. In der Volksabstimmung vom 1.9. mit 68,8% der Stimmen abgelehnt; Stimmbeteiligung: 27,6%; Ja-Parolen von SP und GP (*NZZ*, 27.3., 16.8., 23.8., 27.8., 29.8., 31.8., 2.9.; vgl. *SPJ 1988*, S. 299, *1990*, S. 313) - **2)** Behördeninitiative des Grossen Gemeinderates von Winterthur hinsichtlich der Einführung des fakultativen Referendums gegen kantonale Richt- und Nutzungspläne. Einreichung der Behördeninitiative. Vom Kantonsrat vorläufig unterstützt (*NZZ*, 11.5., 22.10.) - **3)** Einzelinitiative betreffend eine Ergänzung des kantonalen Planungs- und Baugesetzes durch eine Bestimmung, wonach alle nach dem 1.7.1986 bewilligten Gebäude bis zum 31.12. 2020 mit einer Wärmedämmung für Neubauten zu versehen sind, welche mindestens den im Zeitpunkt der Ausführung gültigen Anforderungen an die Wärmedämmung gemäss Gesetzesvorschriften entsprechen. Vom Kantonsrat an den Regierungsrat überwiesen (*NZZ*, 8.1.) - **4)** Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes. Vom Kantonsrat in erster und zweiter Lesung angenommen. In der Volksabstimmung vom 1.9. mit 85,5% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 27,6%. Von allen Parteien mit Ausnahme von GP und SD unterstützt (*NZZ*, 6.2., 12.3., 13.3., 19.3., 23.4., 9.8., 13.8., 15.8., 29.8., 31.8., 2.9., 7.11.; vgl. *SPJ 1988*, S. 298 f.).

e) Wohnwirtschaft – Logement

AARGAU: Standesinitiative des Kantons Aargau hinsichtlich des Eigenmietwerts. Die Standesinitiative verlangt, dass die von den Kantonen festgesetzten Eigenmietwerte auch für die direkte Bundessteuer gelten sollen, soweit sie mindestens den halben Marktwert umfassen. Vom Grossen Rat angenommen (*AT*, 16.10.).

BASEL-LAND: Volksinitiative des Hauseigentümer-Verbandes für eine bessere Regelung des Katasterwesens. Lancierung beschlossen (*BaZ*, 30.8.).

BASEL-STADT: 1) Gesetz über Abbruch und Zweckentfremdung von Wohnhäusern. Verschärfung verschiedener Bestimmungen des Gesetzes; Einführung einer Rekursberechtigung bei Abbruchentscheiden für Organisationen, die seit mindestens 10 Jahren die Interessen der Mieter wahren (von der Grossratskommission mit 8 gegen 7 Stimmen angenommen). Gegenvorschlag der Regierung zu einer 1981 eingereichten Initiative der SP. Vom Grossen Rat auf Empfehlung der Grossratskommission angenommen (*BaZ*, 16.4., 6.6.) - **2)** Rückzug der 1981 eingereichten Abbruch-Initiative von SP, Mieterverband und Gewerkschaftsbund (*BaZ*, 6.6.; vgl. *SPJ 1981*, S. 190) - **3)** "Wohnkosten-Initiative" des Mieterverbandes Basel. Abzug von 30% des Jahresmietzinses vom steuerbaren Einkommen, falls das Reineinkommen 100 000 Fr. nicht übersteigt. Kein Abzug für Zweit- oder andere Wohnungen. Zustandekommen der Initiative mit 4750 Unterschriften (*BaZ*, 1.7., 5.7.) - **4)** Initiative "zur Förderung von Wohngenossenschaften und Kleingewerbe". Die Initiative sieht die Schaffung eines Fonds von 50 Mio Fr. durch den Staat vor, um damit Liegenschaften zu erwerben, die dann zu einem reduzierten Preis, dafür im Baurecht, Wohngenossenschaften und anderen gemeinnützigen Organisationen abgetreten werden sollen. Für den Ausgleich der Preisdifferenz und für allfällige Sanierungen wären im Kantonsbudget jährlich mindestens 10 Mio Fr. vorzusehen. Gegenentwurf von Regierung und Parlament: Möglichkeit für den Regierungsrat, Liegenschaften zu kaufen, um damit günstigen Wohnraum zu erhalten; Möglichkeit, jedoch keine Pflicht des Staates, die erworbenen Liegenschaften zu günstigen Preisen an Private weiterzuveräußern. In der Volksabstimmung vom 8.12. wird die Initiative mit 56,5% der Stimmen abgelehnt, der Gegenvorschlag dagegen mit 62,2% angenommen; Stimmbeteiligung: 35%; Ja-Parolen zur Initiative von SP, POCH, LdU, alter und neuer PdA, DSP, GP, UFL; Nein-Parolen zum Gegenvorschlag von LPS, EDU und Junger FDP, Stimmfreigabe der GP (*NZZ*, 28.11.; *BaZ*, 3.12., 9.12.) - **5)** Volksinitiative der DSP "für mehr Wohnungen". Überarbeitung des Zonenplans, damit durch Umzonung schlecht genutzter Areale sowie durch Aufzonungen mehr Wohnraum entstehen kann. Lancierung der Initiative (*BaZ*, 4.12.).

BERN: 1) Änderung des Dekrets über die Förderung preisgünstiger Wohnbauten. Vom Grossen Rat angenommen (*Bund*, 25.4.) - **2)** Volksinitiative der Vereinigung Bernischer Mieterverbände (VBM). Die Initiative soll es den Mietern und Mieterinnen ermöglichen, in ihrer Steuerrechnung einen Teil ihrer Mietkosten vom Einkommen abziehen zu können. Ankündigung der Initiative (*Bund*, 11.9.) - **3)** Änderung des Wohnbauhilfe-Dekrets. Zusammenschluss der Wohnbauhilfe des Kantons mit jener des Bundes sowie Erhöhung der Mittel. In die Vernehmlassung geschickt (*Bund*, 6.11.).

FRIBOURG: Initiative du PCS pour la construction des logements. Selon l'initiative l'Etat, avec le concours des communes, doit prendre les mesures nécessaires pour garantir la construction d'au moins 2000 logements à loyer modéré jusqu'en l'an 2000. Lancement de l'initiative. Aboutissement de l'initiative avec 7058 signatures (*Lib.*, 25.9.; *JdG*, 3.1.92).

GENEVE: 1) Initiative populaire "Un emploi, un logement". L'initiative veut faire échapper la propriété du sol aux lois du marché pour éviter que les bureaux continuent de "coloniser" la ville. Annoncée; initiants: PEG (*JdG*, 5.2.) - **2)** Projet de loi prévoyant la construction de 3000 nouveaux logements HBM. Proposé par le Gouvernement; approuvé par le Grand Conseil (*JdG*, 17.6., 22.6.) - **3)** Initiative populaire "contre les logements vides et la spéculation". Déclarée valable par le Grand Conseil par 36 voix contre 35 (*JdG*, 9.9., 14.9.; cf. *APS 1990*, p. 313) - **4)** Deux projets de loi: le premier projet veut permettre des dérogations de la loi sur les constructions pour abaisser le coût des logements sociaux sans affecter la sécurité ni les qualités minimales de ceux-ci; l'autre projet prévoit la généralisation de la pose de gabarits en cas de construction ou d'agrandissement. Renvoyés en commission (*JdG*, 12.10.).

GLARUS: Einführungsgesetz zum neuen Mietrecht. Von der Landsgemeinde am 5.5. gutgeheissen (*NZZ*, 6.5.; *Memorial für die Landsgemeinde des Kantons Glarus vom Jahre 1991*).

JURA: 1) Loi d'application d'un arrêté fédéral qui impose un délai d'interdiction de revente des immeubles. Approuvée par le Parlement (*Dém.*, 24.10.) - **2)** Loi demandant de rendre publique le transfert d'immeubles locatifs dont le prix de vente est supérieur à 800 000 francs. Approuvée par le Gouvernement et par le Parlement contre l'avis de la majorité de sa commission (*Dém.*, 14.11.).

LUZERN: 1) Initiative in Form einer allgemeinen Anregung "für ausserordentliche Massnahmen zur Behebung der Wohnungsnot und bei Mangel an preisgünstigen Wohnungen". Einreichung der Initiative mit 9298 Unterschriften (*LNN*, 3.7.; *Vat.*, 3.7.) - **2)** Initiative des Grünen Bündnis zusammen mit SP und Mieterverband "für eine Grundstücksgewinnsteuer gegen die Spekulation". Die Initiative verlangt, alle Gewinne aus der Veräusserung von Grundstücken der Grundstücksgewinnsteuer zu unterstellen; abgestufte Zuschläge auf den Steuerertrag bei Weiterveräusserung von Grundstücken innert zehn Jahren und Ermässigung der Steuer bei mehr als fünfzehnjährigem Besitz; den dem Kanton zufallenden Anteil am Steuerertrag inskünftig vorwiegend zur Verbesserung des Angebots an preisgünstigem Wohnraum in betroffenen Kantonsgebieten und für ähnliche Zwecke, unter anderem für die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten, zu verwenden. Lancierung der Initiative (*LNN*, 26.8., 30.8.; *Vat.*, 30.8.) - **3)** Initiative des Grünen Bündnis zusammen mit der SP und dem Mieterverband "für ein Gesetz zur Förderung preisgünstigen Wohnens und gegen Spekulation". Die Initiative verlangt die Errichtung einer rechtlich selbständigen Körperschaft durch den Kanton zur Förderung bestehender oder neu zu bildender Wohnbaugenossenschaften; die Finanzierung ihrer Aktivitäten durch ein angemessenes Dotationskapital, die Übernahme laufender Kosten durch den Kanton und durch eigene Erträge; ein Vorkaufsrecht für Grundstücke für Gemeinden, in denen kein hinreichendes Angebot an preisgünstigen Wohnungen besteht; die Weitergabe der von dieser Körperschaft erworbenen Grundstücke an Wohnbaugenossenschaften oder an die

bisherigen Mieter in der Form des selbständigen oder des dauernden Baurechts. Lancierung der Initiative (*LNN*, 26.8., 30.8.; *Vat.*, 30.8.).

NEUCHATEL: 1) Projet du Conseil d'Etat d'accorder à l'Etat le droit d'expropriation, complété par le droit de préemption pour que 2000 logements à loyers modérés puissent être construits les prochaines années. Proposé par le Gouvernement (*Express*, 18.6.) - **2)** Loi limitant la vente d'appartements précédemment loués (LVAL). Propos de modification du PRD: l'autorisation du vente doit être accordée automatiquement "si l'appartement est vendu à son locataire et pour autant que ce dernier atteste, par une déclaration authentique faite devant notaire qu'il acquiert librement l'appartement". Approuvé par le Grand Conseil. Lancement d'un référendum par l'association des locataires, le PS, le POP, Ecologie et Liberté et l'Union syndicale. Aboutissement du référendum avec 10 000 signatures (*Express*, 2.10., 15.10., 18.10., 26.11.) - **3)** Loi instituant un impôt sur les gains immobiliers. Approuvée par le Grand Conseil (*Express*, 21.11.) - **4)** Loi sur la perception des droits de mutation sur les transferts immobiliers. Approuvée par le Grand Conseil (*Express*, 21.11.).

NIDWALDEN: Änderungen im Miet- und Pachtrecht. Vom Landrat in zweiter Lesung angenommen (*LNN*, 7.2.).

OBWALDEN: Gesetzesnachtrag hinsichtlich der Gesetzgebung über Beitragsleistungen für die Verbesserung der landwirtschaftlichen und nicht-landwirtschaftlichen Wohnverhältnisse im Berggebiet. Übernahme der Gesetzesverlängerung um 10 Jahre auf Bundesebene auf die Kantonebene. Vom Regierungsrat dem Kantonsrat vorgelegt. Vom Kantonsrat verabschiedet. In der Volksabstimmung vom 2.6. mit 76,7% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 30,2% (*LNN*, 1.2., 1.3., 23.3.; *Vat.*, 3.6.).

SANKT GALLEN: 1) Gesetz über Wohnbau- und Eigentumsförderung sowie dazugehöriger Grossratsbeschluss. Anschlussgesetz zum Eidgenössischen Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz; Einbezug der Gemeinden als Kontroll- und Meldeinstitutionen; Gewährung von kantonalen Zuschüssen lediglich, wenn die Standortgemeinde Zuschüsse in gleicher Höhe leistet; Gewährung eines Rahmenkredits, der jeweils während einiger Jahre für Zuschüsse des Staates zur Verfügung steht (Gewährung eines ersten, auf drei Jahre angelegten Rahmenkredits von 17,1 Mio Fr.). Vom Regierungsrat dem Grossen Rat unterbreitet. Vom Grossen Rat verabschiedet (*SGT*, 8.2., 21.2., 22.7., 3.10., 28.11.) - **2)** Wohnschutz-Initiative. In der Volksabstimmung vom 3.3. mit 69,9% der Stimmen abgelehnt; Stimmbeteiligung: 33,8%; Ja-Parolen: LdU, GB, SP (*SGT*, 4.3.; vgl. *SPJ 1989*, S. 298, *1990*, S. 313).

SCHWYZ: 1) Gesetz über die Verbesserung der Wohnverhältnisse im Berggebiet. Das Gesetz bleibt - analog zu einem Bundesbeschluss - auch in Schwyz 10 weitere Jahre in Kraft. Vom Kantonsrat angenommen (*LNN*, 25.1.; vgl. *SPJ 1990*, S. 313) - **2)** Gesetz über Wohnbau- und Eigentumsförderung. In einem Anschlussgesetz an das Bundesgesetz über die Wohn- und Eigentumsförderung will der Kanton Beiträge bis zu 1,5 Mio Fr. pro Jahr an die Verbilligung von Wohnungen gewähren. Auch nach Ablauf der Zusatzverbilligungen des Bundes sollen die Beiträge noch weitere sechs Jahre ausgerichtet werden, sofern die Gemeinde einen Beitrag von mindestens 10% an die Landerwerbskosten leistet. Danach reduziert sich der Beitrag während der nächsten vier Jahre auf zunächst 0,4, dann 0,2% der Anlagekosten. Vom Kantonsrat

angenommen. In der Volksabstimmung vom 8.12. mit 65,3% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 25,5% (*Vat.*, 3.5.; *LNN*, 14.5., 13.9.; *NZZ*, 28.11.; *LZ*, 9.12.).

TICINO: 1) Modifica della legge sull'abitazione. La modifica prevede d'inserire nella legge la possibilità di sussidiare l'aquisto di stabili con appartamenti con pigione moderata da parte dei Comuni. Proposta dal Governo. La commissione della gestione apporta la modifica, che non solo i Comuni e gli altri enti di diritto pubblico, ma anche i privati impegnati prevalentemente nella costruzione di abitazioni di pubblica utilità potranno beneficiare in futuro dei sussidi stanziati dal Cantone. Avallata dalla Commissione della gestione. Approvata dal Gran Consiglio (*CdT*, 9.2., 1.3., 5.3., 12.3.) - **2)** Progetto di nuova legge sulle stime. Sostituzione della legge di 1936. La revisione ha come proposta saliente proprio un nuovo sistema di rivalutazione delle stime: non più ogni dieci/quindici anni e a turni, ma ogni qualvolta il valore dell'immobile aumenta almeno del 25% rispetto all'ultima valutazione (la nuova stima non può tuttavia essere fatta prima che siano passati 5 anni). Messo in consultazione dal Consiglio di Stato (*CdT*, 2.3.).

URI: Volksinitiative für einen prozentualen Steuerabzug vom Gesamtmietzins durch eine Änderung des kantonalen Steuergesetzes. Einreichung mit 742 Unterschriften (*Vat.*, 9.2., 24.4., 29.5.; *NZZ*, 24.4.; *LNN*, 31.5.).

ZÜRICH: 1) Initiative zum Schutz vor ungerechtfertigten Mietzinserhöhungen bei Mieterwechsel. Initianten: Vereinigung Zürcher Mieterverbände. Einreichung der Initiative mit über 10 000 Unterschriften (*NZZ*, 21.3., 14.9., 14.11.) - **2)** Fristerstreckung für eine Antragsstellung des Kantonsrats zur Volksinitiative "für eine Abzugsberechtigung der Mietzinskosten von den Steuern" um sechs Monate. Vom Kantonsrat bewilligt (*NZZ*, 25.6.) - **3)** Behördeninitiative des Gemeinderates von Zürich aus dem Jahre 1989 betreffend eine Ergänzung des Gesetzes über die Erhaltung von Wohnungen für Familien (WEG). Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, die Behördeninitiative nicht definitiv zu unterstützen (*NZZ*, 11.7.).

f) Umweltschutz, Natur- und Heimatschutz, Wasserrecht - Protection de l'environnement, de la nature et des sites, droit des eaux

AARGAU: Zwei Volksinitiativen für einen wirkungsvolleren Natur- und Landschaftsschutz. Einreichung der Initiativen mit 4400 bzw. 3800 Unterschriften (*AT*, 22.1., 25.5., 20.7.; vgl. *SPJ* 1990, S. 314).

BASEL-LAND: 1) Umweltschutzgesetzgebung beider Basel. Streichung des Passus, wonach Gemeinden zur Erhebung einer Gebühr auf Pendler-Parkplätze hätten ermächtigt werden können in erster Lesung. Vom Landrat in zweiter Lesung angenommen. In der Volksabstimmung vom 2.6. mit 51,2% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 38,6%; Nein-Parole der SVP (*BaZ*, 24.1., 25.1., 28.2., 3.6.; vgl. *SPJ* 1990, S. 299) - **2)** Gewässerschutzgesetz. In Vorbereitung (*BaZ*, 7.11.) - **3)** Nichtformulierte Verfassungsinitiative zur Verhinderung von Sondermülldeponien. Ablehnung der Beschwerde durch das Bundesgericht (*BaZ*, 29.8., 12.10.; vgl. *SPJ* 1987, S. 280, 1990, S. 314) - **4)** Natur- und Landschaftsschutzgesetz. Vom Landrat in erster Lesung angenommen. In zweiter Lesung verwirft der Landrat die Schaffung eines neuen

Amtes für Natur- und Landschaftsschutz. In zweiter Lesung angenommen (*BaZ*, 26.9., 27.9., 21.11.; vgl. *SPJ* 1987, S. 280 f., 1990, S. 314) – **5**) Denkmalschutzgesetz. Von der Spezialkommission des Landrats durchberaten (*BaZ*, 31.12.).

BASEL-STADT: 1) Umweltschutzgesetzgebung beider Basel. Regelmässige Untersuchung der Böden von Familiengärten; Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h in Wohngebieten; Forderung nach rascher Verwirklichung des Nationalstrassennetzes auf Kantonsgebiet (unter Namensaufruf mit 60 zu 52 Stimmen angenommen); Wiedereinführung der in erster Lesung gestrichenen Möglichkeit zur Einsicht in die Liste gefährlicher Anlagen und Lager. Vom Grossen Rat in zweiter Lesung angenommen. Das Gesetz gilt rechtlich als Umsetzung der 1979 von den POB eingereichten Initiative "zum Schutz der Luft, des Wassers und des Bodens" (*BaZ*, 24.1., 25.1., 26.1., 14.3., 20.3.; siehe auch unter Basel-Land) – **2)** Die POB ziehen ihre Initiative "zum Schutz der Luft, des Wassers und des Bodens" zurück (*BaZ*, 20.3.) – **3)** Volksinitiative "für einen wirksamen Naturschutz". Die Initiative verlangt einen besseren Schutz der naturnahen Flächen. Einbezogen ist auch die Landwirtschaft, welche mit Ausgleichszahlungen in Richtung ökologische Landwirtschaft geführt werden soll; verlangt wird weiter ein Einsprache- und Rekursrecht für kommunale und kantonale Natur- und Landschaftsschutzorganisationen, welche seit mehr als fünf Jahren bestehen. Lanciert von drei Naturschutzorganisationen. Einreichung der Initiative mit 5328 Unterschriften (*BaZ*, 24.5., 19.12.).

BERN: 1) Umweltschutzgesetz. Koordination des bestehenden Umweltrechts. Vorbildfunktion der öffentlichen Hand, Förderung der Aus- und Weiterbildung, Verpflichtung der Behörden zu koordinierten Erfolgskontrollen. Vorschlag für ergänzende Regelungen beim Bodenschutz im Rahmen der Schlussbestimmungen über das Einführungsgesetz zum Landwirtschaftsgesetz. In die Vernehmlassung geschickt (*Bund*, 19.7.) – **2)** "Aareschutzinitiative". Soweit die Initiative das Aaretalwerk II der Wasserverbund Region Bern AG und das Neubauprojekt für das Wasserkraftwerk Wynau betrifft, soll sie nach dem Willen des Regierungsrats für ungültig erklärt werden. Mit Stichentscheid des Präsidenten befürwortet die grossrätliche Kommission die Gültigkeit der Initiative in allen ihren Teilen (*Bund*, 29.6., 20.8., 23.10.; vgl. *SPJ* 1990, S. 314) – **3)** Volksinitiative der Vereinigung "Helvetia Nostra" zur Wiederherstellung des sog. "Feenweges" oberhalb Brienz und dessen Nutzbarmachung als Naturlehrpfad. Lancierung der Initiative (*AT*, 8.7.) – **4)** Neues Naturschutzgesetz. Regelung der Pflege und Nutzung naturnaher Landschaften durch freiwillige Verträge; obrigkeitliche Verfügungen nur im Notfall. Vom Grossen Rat in erster Lesung angenommen (*Bund*, 28.3., 30.3.; vgl. *SPJ* 1990, S. 314).

FRIBOURG: 1) Loi modifiant la loi du 26 novembre 1975 sur l'aménagement des eaux. Proposée par le Gouvernement (*Lib.*, 22.8.) – **2)** Loi modifiant la loi d'application du 22 mai 1974 de la loi fédérale sur la protection des eaux contre la pollution. Proposée par le Gouvernement (*Lib.*, 22.8.) – **3)** Nouvelles lois sur les affaires culturelles, les institutions culturelles et la protection des biens culturels. Compétences élargies pour l'administration; maintien de la possibilité de recourir contre les décisions des préfets relatives à une mise sous protection, mais cette faculté revient au Département des affaires culturelles et non à la Commission des biens culturels. Approuvée en première lecture ainsi qu'en deuxième (*Lib.*, 2.10., 8.11.).

JURA: 1) Projet de loi cantonale sur les déchets. Recueil de dispositions fédérales dispersées jusqu'ici dans les ordonnances ou des décrets cantonaux d'application; introduction du principe pollueur-payeur. Mis en consultation (*Dém.*, 14.3., 3.7.) - **2)** Loi portant application de la loi fédérale sur les chemins pour piétons et les chemins de randonnée pédestre. Approuvée par le Parlement (*Dém.*, 24.10., 14.11.; cf. *APS 1990*, p. 315).

LUZERN: 1) Teilrevision des Wasserbaugesetzes als Gegenvorschlag zu der im September 1988 eingereichten Volksinitiative "See- und Flussufer". Erhöhung des Gewässerabstands gegenüber Seen ausserhalb der Bauzone auf 20 Meter, Mindestabstand von sechs Metern bei eingedeckten Gewässern, Umgrenzung des Geltungsbereichs des Gewässerabstands auf Bauten aller Art sowie Möglichkeit der Gemeinden, letzteren erhöhen zu können, Schaffung von Rechtsgrundlagen für die Herstellung naturnaher Gewässer und Uferlandschaften, Schutz der Uferbestockungen und Regelung ihrer Pflege und Nutzung analog der Verordnung zum Schutz der Hecken und Feldgehölze. Botschaft der Regierung an den Grossen Rat. Die Initianten wollen trotz des Gegenvorschlags an ihrer Initiative festhalten (*LNN*, 13.8., 30.10.; *LZ*, 21.11.; vgl. *SPJ 1990*, S. 315) - **2)** Volksinitiative "Für eine Luft zum Atmen". Zustandekommen der Initiative mit rund 3800 Unterschriften (*Vat.*, 16.4.; vgl. *SPJ 1990*, S. 315).

NEUCHÂTEL: 1) Loi sur l'extraction des matériaux. La loi va régler toute exploitation des gisements des matériaux nécessaires à l'économie afin de répondre aux besoins du canton dans le respect de l'environnement, de la forêt, de la nature et du paysage. Approuvée par le Grand Conseil (*Express* 1.2.) - **2)** Nouvelle loi sur la conservation de la nature. Définition de la conservation de la nature comme l'affaire de tous; inclusion des biotops, formations géologiques, sites naturels et paysager dans la loi; assurance de la protection sur la base d'accords conclus avec les propriétaires fonciers et les exploitants concernés autant que possible; encouragement de l'exploitation agricole appropriée des prairies présentant une valeur écologique; constitution d'un fonds cantonal de la nature. Mise en procédure de consultation (*Express*, 2.11.).

NIDWALDEN: 1) Teilrevision des Wasserrechts. Bewilligungsverfahren für Wärmepumpenanlagen mit Senkung der Gebühren. Einsetzung einer Kommission durch den Landrat (*LNN*, 18.4.) - **2)** Revision der Naturschutzverordnung. Vom Regierungsrat beantragt (*LNN*, 15.10.).

OBWALDEN: Rahmenkredit von 1 Million Fr. für die nächsten fünf Jahre zwecks eines verstärkten Schutzes der Kunst- und Kulturbauten. Botschaft der Regierung an das Parlament (*Vat.*, 3.1.).

SANKT GALLEN: 1) Gesetz über die Abgeltung ökologischer Leistungen. Mit dem Gesetz sollen Grundlagen für das Abgelten ökologischer Leistungen sowohl bei Biotopen als auch bei ökologischen Ausgleichsflächen geschaffen werden. Vorschlag der Regierung. Vom Grossen Rat angenommen. In der Volksabstimmung vom 22.9. mit 64,1% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 18,7%; Nein-Parole der AP (*SGT*, 18.1., 21.2., 7.5., 28.8., 7.9., 16.9., 18.9., 19.9., 23.9.) - **2)** Kantonale Volksinitiative "Luft zum Atmen". Die Initiative sieht im wesentlichen vor, für Perioden, in denen die Immissionsgrenzwerte der Luftreinhalteverordnung überschritten

werden, verschärfte Sofortmassnahmen einzuleiten. Lancierung der Initiative durch das Grüne Bündnis. Zustandekommen der Initiative mit 4500 Unterschriften (*SGT*, 26.2., 25.5., 16.8., 6.12.).

THURGAU: 1) Entwurf zu einem kantonalen Abfallgesetz. Konsequente Durchsetzung des Verursacherprinzips; die Abfallentsorgung bleibt vorrangig Sache der Gemeinden, der Kanton erhält jedoch wesentlich mehr Einfluss als bisher. So ist die Abfallplanung Sache des Kantons und er kann künftig auch die Einzugsgebiete der Abfallanlagen bestimmen. Der Kanton legt auch fest, welche Abfälle gesondert gesammelt werden müssen. Ebenso bestimmt der Kanton die künftigen Kehrichtentsorgungs-Gebühren. Vom Regierungsrat vorgelegt (*SGT*, 9.4.) - **2)** Natur- und Heimatschutzgesetz. Vom Kantonsrat in erster Lesung angenommen. In der zweiten Lesung werden Zahlungen des Kantons an Natur- und Heimatschutzverbände durch eine Meinungsänderung in den Reihen der CVP wieder möglich gemacht, nachdem festgelegt wurde, dass Zahlungen projekt- und objektbezogen geleistet werden müssen. Begrenzung des Beschwerderechts der anerkannten Natur- und Heimatschutzverbände auf klar umschriebene Fälle. Vom Grossen Rat in zweiter Lesung angenommen (*SGT*, 10.1., 8.3., 7.5., 12.9.; *SN*, 10.1., 2.2., 12.9.; *NZZ*, 23.4.; vgl. *SPJ 1990*, S. 316) - **3)** Kredit von 9,13 Mio Fr. für die Sanierung und den Ausbau der Johanniterkomturei Tobel zu einem Bauernmuseum. In der Volksabstimmung vom 3.3. mit 54% der Stimmen abgelehnt; Stimmbeteiligung: 43,6%; Ja-Parolen: alle Parteien ausser der AP (*SGT*, 4.3.; vgl. *SPJ 1990*, S. 316).

TICINO: 1) Disegno di legge sull'approvvigionamento idrico. La legge si prefigge di dare allo Stato e alle amministrazioni locali gli strumenti non solo per fronteggiare il pericolo di restare senza acqua, ma anche per tutelare la qualità di quest'ultima dalle minacce che incombono sulle fonti di alimentazione. Trasmesso al Gran Consiglio dal Consiglio di Stato (*CdT*, 24.1.; v. *APS 1990*, p. 316) - **2)** Legge cantonale d'applicazione alla legge federale sui percorsi pedonali e sentieri. In consultazione (*CdT*, 3.7., 16.8.).

URI: Gesetz über die Gewässernutzung. Heimfall- und Rückkaufsrecht an Kraftwerkanlagen für den Kanton. Vom Grossen Rat angenommen (*Vat.*, 26.9.; *LZ*, 14.11.).

VAUD: Initiative populaire "Pour que Vaud reste beau". Rejetée par le Gouvernement. Rejetée et privée, pour cause d'inconstitutionnalité, de la clause destinée à empêcher la construction de la ligne Galmiz-Verbois sur la Côte par le Grand Conseil (*JdG*, 18.10., 26.11.; *24 Heures*, 18.10.).

ZÜRICH: 1) Gesamtrevision des kantonalen Wasserrechts. Mehrere Rückkommensanträge in der Redaktionslesung im Kantonsrat abgelehnt. In der Volksabstimmung vom 2.6. mit 84,6% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 39,4%; Nein-Parolen von SVP und Demokratischer Partei (*NZZ*, 22.1., 3.6.; vgl. *SPJ 1988*, S. 303, *1990*, S. 316) - **2)** Neuer Gesetzesentwurf zur Abfallentsorgung. Abschluss des Vernehmlassungsverfahrens (*NZZ*, 11.7.; vgl. *SPJ 1990*, S. 316).

g) Elementarschäden – Dégâts causés par les forces naturelles

FRIBOURG: Loi relatif à la création d'un fonds de secours pour dommages non assurables causés par les éléments naturels et pour d'autres situations extraordinaires. Proposée par le Gouvernement. Approuvée en première et deuxième lecture (*Lib.*, 22.8., 28.9., 15.11.).

JURA: Projet de modification de la loi cantonale sur l'assurance mobilière contre l'incendie. Les biens mobiliers de l'état ne doivent plus être assurés obligatoirement contre l'incendie, les véhicules à moteurs (à l'exception des voitures automobiles de travail) ne devraient plus être soumis obligatoirement à l'assurance. Message du Gouvernement (*Dém.*, 26.4.).

OBWALDEN: Kantonsbeitrag von 1,9 Mio Fr. für das Verbauungsprogramm 1991-2002 der Laui Giswil. Vom Grossen Rat genehmigt. Von der Landsgemeinde am 28.4. angenommen (*LNN*, 1.3., 29.4.).

SCHAFFHAUSEN: Änderung des Gemeindegesetzes. Möglichkeit für die Gemeinden, zwischen der Aufstellung einer freiwilligen Feuerwehr oder der Ausdehnung der Feuerwehrdienstpflicht bzw. der Ersatzabgabe auf Frauen zu wählen. Vom Grossen Rat in zweiter Lesung angenommen. In der Volksabstimmung vom 29.9. mit 64,6% der Stimmen angenommen; Nein-Parole des GB; Stimmbeteiligung: 55,7% (*SN*, 28.5., 21.9., 26.9.; *NZZ*, 30.9.).

VALAIS: Loi sur l'organisation en cas de catastrophes et de situations extraordinaires. Création d'une base légale pour organiser et coordonner la protection et les secours en cas de catastrophe naturelle ou technique. Approuvée en première lecture ainsi qu'en deuxième. Approuvée en votation populaire du 8 décembre par 88,3% des votants; participation: 18,6%; vote libre du PS, le non recommandé par le PL (*NF*, 31.1., 1.2., 1.10., 3.10., 27.11., 3.12., 9.12.).

ZÜRICH: Änderung des Feuerwehrgesetzes. Vom Kantonsrat in der Schlussabstimmung angenommen. In der Volksabstimmung vom 2.6. mit 82,2% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 39,44%; Nein-Parole der SVP (*NZZ*, 29.1., 26.2., 3.6.; vgl. *SPJ 1990*, S. 316).

5. SOZIALPOLITIK – POLITIQUE SOCIALE

a) Arbeitsrecht, Beamtenrecht – Droit du travail, statut du personnel public

BASEL-LAND: Nichtformulierte Initiative "für eine Änderung der Grundlagen der Basellandschaftlichen Beamtenversicherungskasse". Vom Regierungsrat abgelehnt (*BaZ*, 25.9.; vgl. *SPJ 1989*, S. 303).

BERN: Revision des Personalgesetzes. Mit dem neuen Erlass sollen das Beamtengesetz und die dazugehörige Dienstordnung abgelöst werden. Langfristige Abschaffung der Amtsdauer sowie Bewertung der einzelnen Leistungen. Neubewertung der Treuepflicht: Abschaffung des Amtseides für den grösseren Teil des Staatspersonals und Verzicht auf einen allgemeinen Zwang zur Wohnsitznahme im Kanton; Abschaffung des Disziplinarrechts: Möglichkeit zur Entlassung von BeamtInnen. In die Vernehmlassung geschickt; Abschluss der Vernehmlassung (*Bund*, 2.4., 27.11.).

GENEVE: Loi, adoptée en 1989, qui interdit aux entreprises générales employant des architectes de faire une "publicité commerciale" sur les activités de ces derniers. Approuvée par le Tribunal Fédérale (*JdG*, 29.6.).

OBWALDEN: Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung. In zweiter Lesung angenommen (*LNN*, 20.12.).

SOLOTHURN: Gesetz über das Staatspersonal. Von der Kantonsratskommission beraten und angenommen (*SZ*, 21.6., 5.12.).

TICINO: 1) Progetto di legge per l'istituzione di un Tribunale di lavoro. Posto in consultazione dal Dipartimento di Giustizia (*CdT*, 2.2.) – **2)** Modificazione della legge sui fiduciari che eserciteranno senza autorizzazione governativa. Facoltà dell'autorità di prendere le misure necessarie al ristabilimento della legalità, compresa la cessazione dell'attività fiduciaria da parte dell'azienda interessata. Messaggio aggiuntivo del Governo (*CdT*, 5.12.).

ZÜRICH: Gesetz über das Sozialversicherungsgericht. In Anlehnung an eine Motion aus dem Jahre 1985 soll ein einheitliches Gericht für alle Angelegenheiten der Sozialversicherung geschaffen werden. Sitz des neuen Gerichtes ist Winterthur. Von der Regierung dem Kantonsrat vorgelegt (*NZZ*, 10.10.).

b) Besoldungen – Salaires

GENEVE: Projet de loi visant à légaliser l'accord sur le rattrapage, passé le 10 novembre 1990 avec les associations du personnel de l'état. Dès 1991 les salaires de la fonction publique seront indexés semestriellement; le rattrapage sera remplacé par une allocation unique de vie chère (rattrapage intégral), versée à tout le personnel jusqu'à la classe 13 comprise; une échelle très complexe fixe les positions à l'intérieur des diverses classes donnant droit à l'allocation; le

rattrapage intégral sera également versé à tous les pensionnés. Présentée par le Gouvernement et approuvée par le Grand Conseil (*JdG*, 10.4., 14.9.; cf. *APS 1990*, p. 317).

SOLOTHURN: Strukturelle Besoldungsrevision. Einführung eines Leistungslohns. Die Vorlage beruht auf der Totalrevision des Staatspersonalgesetzes. Zur Vernehmlassung vorgelegt (*SZ*, 23.4.).

URI: Neuer Revisionsentwurf der Verordnung über die Entschädigung der kantonalen Behörden und der Funktionäre im Nebenamt. Angleichung der Spesenentschädigungen für die kantonalen Behörden und Funktionäre im Nebenamt an jene der kantonalen Beamten; Einführung einer festen jährlichen Entschädigung für die Gerichtsbehörden; Erhöhung der Jahresentschädigungen für den Kantonstierarzt und den Kantonsarzt; Einführung eines 13. Monatslohnes für die ernerischen Behörden und Funktionäre, die ein Fixum beziehen (*NZZ*, 22.6.).

ZUG: Personalverordnung für die Beamten der Strafanstalt Bostadel und dadurch bedingte Änderung des Lohngesetzes. Vom Kantonsrat angenommen (*LNN*, 24.5.).

ZÜRICH: Strukturelle Besoldungsrevision für das Staatspersonal. Die Revision umfasst die Änderung der Beamtenverordnung, der Verordnung über die Besoldung der Pfarrer, der Verordnung zum Gesetz über das Kantonspolizeikorps sowie der Lehrerbesoldungsverordnung. Vom Kantonsrat angenommen (*NZZ*, 26.2.).

c) Ferien, Feiertage – Vacances, jours fériés

BASEL-STADT: Bezeichnung des 1. August 1991 als kantonaler Ruhetag im Sinne des Ruhetaggesetzes. Vom Grossen Rat auf Antrag des Regierungsrats angenommen (*BaZ*, 14.3.).

GLARUS: Bestimmung des 1. August 1991 zum kantonalen Ruhetag. Von der Landsgemeinde am 5.5. gutgeheissen (*NZZ*, 6.5.; *Memorial für die Landsgemeinde des Kantons Glarus vom Jahre 1991*).

SANKT GALLEN: Erklärung des 1. August 1991 zum öffentlichen Ruhetag. Von der Regierung beantragt. Vom Grossen Rat angenommen (*SGT*, 7.5., 10.5.).

d) Alters- und Invalidenvorsorge – Prévoyance pour personnes âgées et invalides

BASEL-STADT: 1) Gesetz zur kantonalen Alters- und Invalidenhilfe. Der Schlussbericht der Kommission wird vom Grossen Rat entgegengenommen und abgeschrieben (*BaZ*, 17.5.) – 2) Standesinitiative "zur raschen Verbesserung der Freizügigkeit in der beruflichen Vorsorge". Von der Grossratskommission, welche sich mit dem kantonalen Gesetz über die Pensionskasse des Staatspersonals befasst, dem Grossen Rat vorgeschlagen. Vom Grossen Rat angenommen (*BaZ*, 29.1., 14.3.).

FRIBOURG: Loi modifiant la loi du 21 février 1980 sur le subventionnement des soins spéciaux dans les établissements pour personnes âgées. Proposée par le Gouvernement (*Lib.*, 22.8.).

GENEVE: Loi sur la l'OAPA (Office des allocations aux personnes âgées). Rétablissement d'une limite de fortune de 40 000 francs pour avoir droit aux prestations complémentaires; alignation du cercle des bénéficiaires cantonaux sur celui des prestations fédérales; on n'aura pas droit à l'OAPA si l'on dilapidé son capital touché au moment de la retraite. Présenté par le Gouvernement. Approuvée par le Grand Conseil (*JdG*, 7.3., 30.11.).

SANKT GALLEN: Totalrevision des Ergänzungsleistungsgesetzes. Bei den ordentlichen Ergänzungsleistungen sollen jeweils die höchsten Ansätze gelten; auf Drängen des Grossen Rats wird darauf verzichtet, die Tagestaxen für den Heimaufenthalt zu begrenzen, ausser in besonders krassen Fällen; Verzicht auf die Wartefrist für neu zugezogene Kantonsbürger bei den ausserordentlichen Leistungen; Verzicht auf den Verlust des Anspruchs auf Ergänzungsleistungen bei Inanspruchnahme der Fürsorge; Einreichung des Gesuchs für beide Ergänzungsleistungen bei einer einzigen Stelle und Entscheidung über das Gesuch bei der kantonalen AHV-Ausgleichskasse. Von der Regierung vorgelegt. Vom Grossen Rat wird der Anteil der Gemeinden an den Kosten von 45 auf 40% herabgesetzt. Vom Grossen Rat verabschiedet. Von allen Parteien befürwortet. In der Volksabstimmung vom 22.9. mit 82,9% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 18,7% (*SGT*, 1.2., 20.2., 10.5., 17.8., 6.9., 18.9., 23.9.).

SCHAFFHAUSEN: Änderung des Pensionskassendekrets: Einführung des Pensionsalters 63. Von der Regierung vorgelegt. Vom Grossen Rat angenommen (*SN*, 19.6., 5.11., 19.11., 26.11.).

TICINO: 1) Iniziativa popolare della Lega dei Ticinesi chiedendo l'introduzione, nella Legge sull'assistenza sociale, di un nuovo articolo che garantisca ai beneficiari di rendite AVS-AI, aventi diritto alle prestazioni complementari, una gratifica annua di mille franchi, indicizzata al costo della vita e non imponibile fiscalmente. Lanciata l'iniziativa (*CdT*, 12.12.) - **2)** Modifica del articolo 2 della Legge cantonale del 1973 sul promovimento, il coordinamento e il sussidiamento delle attività sociali a favore delle persone anziane. Aiuto finanziario maggiore da parte del cantone per chi lascerà il proprio lavoro per restare a casa per occuparsi di un parente anziano, evitando così il ricovero in un istituto. Proposta dal Governo. Approvata dal Gran Consiglio (*CdT*, 16.1., 22.10.).

VALAIS: Projet de loi en faveur des handicapés. Approuvé en deuxième lecture. Approuvé par tous les partis. Approuvé en votation cantonale du 28 avril par 96,9% des votants; participation: 24,5% (*NF*, 29.1., 1.2., 29.4.; cf. *APS 1990*, p. 323).

ZUG: Neues Pensionskassengesetz. Gleiches Rücktrittsalter von Mann und Frau (63 Jahre); Einführung einer Witwerrente für Männer sowie der vollen Freizügigkeit. Vom Regierungsrat vorgelegt (*LNN*, 19.11.; *Vat.*, 4.4., 17.10.).

ZÜRICH: Änderung des Gesetzes über die Beitragsleistung des Staates für Altersheime sowie Heime, Eingliederungsstätten und Werkstätten für Invalide und des Gesetzes über das Gesundheitswesen. Rechtliche und finanzielle Gleichstellung der Pflegeabteilungen in den Altersheimen mit den Krankenheimen; dadurch Kürzung der Beiträge des Kantons an die Spitäler, um Kostenneutralität zu gewährleisten. Vom Kantonsrat an die Redaktionskommission überwiesen (*NZZ*, 3.12.).

e) Kranken- und Unfallversicherung – Assurance-maladie et -accidents

BASEL-STADT: Gesetz über die Versicherung der MitarbeiterInnen des Kantons Basel-Stadt bei Krankheit und Unfall. Volle Lohngarantie bis zur Wiedererlangung der Arbeitsfähigkeit oder bis zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses; obligatorische Versicherung der Heilbehandlungen in der zweiten Spitalklasse; Übernahme der Prämien für Betriebs- und Nichtbetriebsunfälle durch den Arbeitgeber; Unfallzusatzversicherung für alle Mitarbeiter; Weiterführung der bisherigen Zusatzversicherung für die unteren Lohnklassen. Von der Regierung vorgelegt. Vom Grossen Rat in erster Lesung angenommen (*BaZ*, 10.4., 14.6., 14.11.).

BERN: Abschaffung des Krankenkassen-Obligatoriums für das Staatspersonal. Vom Regierungsrat beantragt. Vom Grossen Rat angenommen (*Bund*, 14.6., 18.9.).

GENEVE: Projet de loi sur l'assurance-maladie. La principale modification concerne le mode de subventionnement des caisses-maladie. Jusqu'à maintenant les subventions étaient accordées en fonction du nombre d'assurés. Dorénavant il faut également prendre en compte l'âge des assurés. Présenté par le Gouvernement (*JdG*, 7.3., 26.8., 12.11., 30.11.).

GRAUBÜNDEN: Totalrevision des Krankenversicherungsgesetzes. Versicherungspflicht für alle im Kanton wohnhaften Personen; Auszahlung von entsprechend höheren Kantonsbeiträgen an eine Kasse, je älter deren Versicherte sind; teilweise Abgeltung der in den Krankenkassen belasteten Mehrkosten für die medizinisch begründete Behandlung in ausserkantonalen Spitälern durch den Kanton; Einführung gleich hoher Prämien für Mann und Frau sowie gleich hoher Prämien für Versicherte der gleichen Altersklasse. In die Vernehmlassung geschickt (*BüZ*, 22.5.).

NIDWALDEN: Gesetz für die Erhöhung des Kantonsbeitrages an die Krankenkassen. Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung der Beitragsgesetzgebung für die Krankenkassen. Vom Landrat in zweiter Lesung verabschiedet. Von der Landsgemeinde am 28.4. angenommen (*LNN*, 10.1., 29.4.).

SANKT GALLEN: III. Nachtragsgesetz zum Gesetz über die Krankenversicherung. Vom Grossen Rat in zweiter Lesung verabschiedet. Von allen Parteien befürwortet. In der Volksabstimmung vom 2.6. mit 78,0% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 31,6% (*SGT*, 19.2., 3.6.; vgl. *SPJ* 1990, S. 320).

SCHWYZ: 1) Neuregelung des Krankenkassengesetzes als Gegenvorschlag zu der 1983 eingereichten Volksinitiative "für gerechtere Krankenkassenprämien". Ablehnung der Volksinitiative durch den Kantonsrat und Verabschiedung des Gesetzes. In der Volksabstimmung vom 2.6. mit 73,7% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 30,8% (*LNN*, 24.1.; *Vat.*, 3.6.; vgl. *SPJ* 1989, S. 304) – 2) Volksinitiative "für gerechtere Krankenkassenprämien". Zurückgezogen (*LNN*, 14.2.; vgl. *SPJ* 1984, S. 204).

TICINO: Modifica della legge assicurazione malattia. Se una cassa malati applica premi bassi poiché punta sull'aquisizione selettiva di giovani, i suoi assicurati dovranno pagare un contributo ad un fondo di compensazione, pari alla differenza fra quanto pagano alla loro cassa e il premio medio cantonale fissato dal Consiglio di Stato. Quest'ultimo ridistribuirà poi proporzionalmente i proventi agli assicurati sussidiati, il cui premio risulta superiore alla media. La misura ha

soprattutto lo scopo di salvaguardare il principio della solidarietà, scoraggiando la caccia ai "buoni rischi" praticata da qualche cassa. Approvata dal Governo. Presentazione alla commissione della Gestione di un messaggio aggiuntivo che completa le intenzioni del Consiglio di Stato a proposito del nuovo regime assicurativo. Approvata dal Gran Consiglio (*CdT*, 30.1., 25.9., 16.11., 22.11., 10.12., 11.12.).

f) Arbeitslosenversicherung - Assurance-chômage

JURA: Avant-projet de loi cantonal sur le placement, l'assurance-chômage et l'aide aux chômeurs dont le champ d'application vise à exécuter la législation fédérale sur le service de l'emploi et l'assurance chômage, ainsi qu'à régler les mesures de lutte contre le chômage et l'aide aux chômeurs. En consultation (*Dém.*, 21.2., 1.3.).

ZÜRICH: Neues Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung von 1982. Von allen Parteien befürwortet. In der Volksabstimmung vom 3.3. mit 78,6% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 33% (*NZZ*, 4.3.; vgl. *SPJ 1990*, S. 320).

g) Familienrecht, Familienzulagen, Stellung der Frau - Droit de la famille, allocations familiales, condition de la femme

APPENZEL INNERRHODEN: Volksinitiative für die Schaffung einer kantonalen Gleichberechtigungsstelle. Einreichung der Initiative mit 460 Unterschriften (*SGT*, 5.10.).

BASEL-STADT: Volksinitiative für die Erhöhung und Indexierung der Kinder- und Ausbildungszulagen. Erhöhung der Kinderzulagen auf wenigstens 200 und der Beiträge für auszubildende Jugendliche auf mindestens 240 Fr. Lanciert von der PdA (*BaZ*, 19.4.).

FRIBOURG: Nouvelle loi sur les allocations de maternité. La loi vise à verser une allocation de maternité pendant une année dès la naissance de l'enfant. Lors des débats parlementaires on décide que l'Etat sera seul à payer les coûts alors que le Gouvernement souhaitait à partager le fardeau avec les communes. Approuvée en première et deuxième lecture (*Lib.*, 28.2., 18.4., 17.5., 18.5., 7.6.).

GLARUS: Ausarbeitung von Gesetzesbestimmungen über Erwerbsersatzleistungen an einkommensschwache Eltern, auf Anregung eines Antrages der SP. Danach sollen der Vater oder die Mutter, die ihr Kind betreuen und aus wirtschaftlichen Gründen erwerbstätig sein müssen, maximal ein Jahr von der Geburt an Beiträge erhalten, wobei gewisse Einkommensgrenzen gelten. Von der Landsgemeinde am 5.5. angenommen (*NZZ*, 6.5.; *Memorial für die Landsgemeinde des Kantons Glarus vom Jahre 1991*).

GRAUBÜNDEN: Kantonales Gesetz über die Mutterschaftsbeiträge auf Veranlassung einer Motion. Nach einem Urteil des Bundesamtes für Justiz ist das Gesetz nicht mit dem Gleichheitsartikel der Bundesverfassung verträglich. In zweiter Lesung wird im Sinne der Gleichberechtigung eine finanzielle Unterstützung von Mutter oder Vater gewährt, ferner die

Beitragszahlungen bei unverheirateten Paaren sowie im Fall von alleinerziehenden Elternteilen klar geregelt. Vom Grossen Rat in zweiter Lesung angenommen. In der Volksabstimmung vom 8.12. mit 68,5% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 23,8%; Nein-Parolen von LdU und AP (*BüZ*, 14.2., 1.6., 26.11., 4.12., 5.12., 9.12.; vgl. *SPJ 1990*, S. 321).

NEUCHÂTEL: Projet de révision de la loi sur le recouvrement et l'avance des contributions d'entretiens. Renoncement à la suppression des avances en cas d'insolvabilité ou de disparition de l'ex-conjoint débiteur. Proposé par le Gouvernement. Approuvé par le Grand Conseil. Approuvé en votation populaire du 2 juin par 66,1% des votants; participation: 32,0% (*Express*, 28.1., 3.6.).

OBWALDEN: Erhöhung der monatlichen Kinderzulagen auf 150 Fr. Antrag der Kantonsratskommission, welche damit über die Forderung des Regierungsrats nach einer Erhöhung auf 140 Fr. hinausgeht. Vom Kantonsrat angenommen (*LNN*, 19.4., 26.4.; *Vat.*, 26.4.).

SANKT GALLEN: 1) Revision des Kinderzulagen-Gesetzes. Erhöhung der Kinderzulagen auf 140 (bisher 100) Fr. für die ersten beiden Kinder und 170 (bisher 145) Fr. ab dem dritten Kind. Gleichzeitig wird eine Korrektur im Sinne der Gleichberechtigung von Mann und Frau eingeführt. Von der Regierung vorgelegt (*SGT*, 18.1.) - **2)** IV. Nachtragsgesetz zum Kinderzulagen-Gesetz. Vom Grossen Rat beraten (*SGT*, 19.2.).

SCHAFFHAUSEN: Teilrevision des Gesetzes über Familien- und Sozialzulagen auf Antrag einer Motion. Reduktion der maximalen Bezugsdauer von Erwerbsersatzleistungen für Eltern, die weniger als neun Monate Wohnsitz im Kanton haben, auf ein Jahr. Antrag der Regierung an den Grossen Rat (*SN*, 9.10.).

SCHWYZ: 1) Revision des Gesetzes über die Familienzulagen. Anpassung an die revidierten Bundeserlasse im Bereich der Sozialversicherungen; präzisere Umschreibungen der Anspruchsberechtigung; flexiblere Formulierung der Kompetenzen für die Festsetzung der Beiträge sowie die Bestimmungen von Art und Höhe der Zulagen. Vom Regierungsrat vorgelegt und vom Kantonsrat angenommen. In der Volksabstimmung vom 8.12. mit 81,5% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 25,5% (*LNN*, 15.1., 9.12.; *NZZ*, 28.11.) - **2)** Erhöhung der Kinderzulagen auf 150 Fr. pro Monat sowie der Geburtszulagen auf 800 Fr. bei gleichzeitiger Senkung der Prämiensätze für den Arbeitgeber auf 1,8% des AHV-pflichtigen Lohnes. Entgegen dem Regierungsrat ist die vorberatende Kommission der Ansicht, dass die Befugnis zur Festsetzung der Zulagen nicht der Exekutive übertragen werden, sondern beim Kantonsrat bleiben soll. Vom Kantonsrat zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet (*Vat.*, 25.5., 13.7.; *LNN*, 12.9., 26.11.).

SOLOTHURN: Familienzulagen für weibliche Lehrkräfte und Staatsangestellte. Nach dem Willen der Finanzkommission des Kantonsrates sollen die Zulagen erst ab dem 1.1.1988 rückwirkend ausbezahlt werden und nicht ab 1985, wie die Regierung es vorgeschlagen hatte. Vom Kantonsrat angenommen (*SZ*, 23.2., 7.3.).

TICINO: Riforma globale della legge di 1959 sugli assegni di famiglia. Passaggio dal attuale assegno familiare unico ad un nuovo sistema che contempla quattro assegni di famiglia: un assegno di base, di formazione, integrativo e di prima infanzia. Deliberata dal Gran Consiglio (*CdT*, 20.9.).

VALAIS: Initiative des Syndicats chrétiens pour la protection de la famille. L'initiative prévoit une allocation de ménage de 300 francs par mois et par enfant avec une limite de revenus (40 000 francs plus 5000 francs par enfant). Contre-projet du Grand Conseil: Augmentation des allocations pour enfants et de formation professionnelle d'au moins d'un quart et augmentation des allocations de naissance ou d'accueil à 130 et à 195 francs par enfant lors d'une naissance multiple (*NF*, 7.5., 19.6., 20.6.).

VAUD: 1) Loi sur les allocations familiales. Introduction des allocations de maternité, de naissances multiples, d'accueil et de "familles nombreuses", avec un paiement de 150 francs dès le 3^e enfant. Approuvée par le Grand Conseil (*24 Heures*, 4.6.) - **2)** Initiative populaire du POP "pour de véritables allocations familiales". Rejetée en votation populaire du 3 novembre par 59,6% des votants; approuvée par PS et POP; participation: 25,2% (*24 Heures*, 31.10., 4.11.; cf. *APS 1989*, p. 306).

ZUG: Inkassohilfe- und Bevorschussungsgesetz. Einführung der Möglichkeit, Unterhaltsbeiträge zugunsten alleinerziehender Erwachsener mit Kindern unter 16 Jahren zu bevorschussen; Anhebung des Bevorschussungsmaximums um 50%. In die Vernehmlassung gegeben (*LNN*, 30.12.).

ZÜRICH: 1) Ermächtigung für den Regierungsrat, die Kinderzulagen für das Staatspersonal jeweils dem geltenden Mindestansatz anzupassen. Antrag des Regierungsrats an den Kantonsrat (*NZZ*, 24.10.) - **2)** Änderung des Jugendhilfegesetzes. In der Volksabstimmung vom 3.3. mit 60,6% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 33%; Nein-Parolen von FDP und SVP (*NZZ*, 4.3.; vgl. *SPJ 1990*, S. 321) - **3)** Gesetz über die Kinderzulagen für Arbeitnehmer. Erhöhung des Mindestansatzes für die Zulage pro Monat und Kind auf 130 Fr. Vom Regierungsrat beantragt. Der Kantonsrat erhöht die Beiträge auf 150 Fr. Vom Kantonsrat zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet (*NZZ*, 30.3., 3.9., 1.10.).

h) Gesundheitswesen - Santé publique

BASEL-STADT: 1) Gesetz über die "Reproduktionsmedizin beim Menschen". In der Volksabstimmung vom 3.3. mit 62,5% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 37,4%; Nein-Parolen von FDP, DSP, LDP, AFW; Stimmfreigabe von GP, NGM und alter PdA (*BaZ*, 4.3.; vgl. *SPJ 1987*, S. 288, *1990*, S. 321) - **2)** Beitritt des Kantons Basel-Stadt zum neuen Heilmittelkonkordat. Annahme durch den Grossen Rat, in der Hoffnung jedoch, dass das Konkordat in absehbarer Zeit von einem Bundesgesetz abgelöst werde; Ermächtigung des Regierungsrats, das Konkordat nach fünf Jahren aufzukündigen (*BaZ*, 10.1.).

BERN: 1) Beitritt des Kantons Bern zum Konkordat über die Kontrolle der Heilmittel. Vom Grossen Rat in erster und zweiter Lesung angenommen (*Bund*, 21.2., 26.4.) - **2)** Beschränkung der Heilmittelabgabe in den Arztpraxen. Die grundsätzliche Berechtigung für Ärzte, eine Privatapotheke zu führen, soll beschränkt werden auf Orte und Siedlungsgebiete, in denen die Heilmittelversorgung nicht durch eine öffentliche Apotheke sichergestellt ist. In die Vernehmlassung geschickt (*Bund*, 20.9.).

FRIBOURG: Nouvelle loi sur le Service dentaire scolaire cantonal. Aboutissement du référendum avec 6269 signatures. En votation populaire du 2 juin la loi est approuvée par 55,5% des votants; participation: 26,3%. Recours contre la validité de la votation du 2 juin; rejetés par le Grand Conseil (*NZZ*, 24.1.; *Lib.*, 22.1., 3.6., 22.6., 28.9.; cf. *APS 1990*, p. 321).

GRAUBÜNDEN: Teilrevision des kantonalen Gesetzes über die Förderung der Krankenpflege und der entsprechenden Vollziehungsverordnung. Von allen Parteien befürwortet. In der Volksabstimmung vom 3.3. mit 91,9% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 25% (*Büz*, 4.3.; vgl. *SPJ 1990*, S. 321 f.).

JURA: Loi sanitaire et loi spéciale concernant la vente des médicaments. Lancement de deux référendums par une "Association jurassienne de défense des intérêts des patients". Aboutissement des référendums avec 4500 signatures. En votation populaire du 2 juin les deux lois, qui sont soutenues par tous les partis, sont approuvées par 73,1% respectivement 68,9% des votants; participation: 29,0%. (*Dém.*, 26.1., 5.2., 19.2., 29.5., 3.6., 28.6., 15.11., 23.12.; cf. *APS 1989*, p. 306, *1990*, p. 322) **2)** Initiative populaire demandant l'extension des assurances aux soins dentaires, aux soins à domicile ainsi que le libre passage d'une caisse à l'autre avec l'abolition des réserves. Initiants: "Association jurassienne de défense des intérêts des patients". Aboutissement avec 5702 signatures (*Dém.*, 26.1., 29.5.) **3)** Initiative populaire qui demande au canton de rendre supportable pour la population la hausse incessante des coûts de la santé avec la suppression de la participation de 10% en cas de maintien du patient à domicile. Initiants: "Association jurassienne de défense des intérêts des patients". Aboutissement 5740 signatures (*Dém.*, 26.1., 29.5.).

LUZERN: **1)** Volksinitiative hinsichtlich einer verstärkten Regionalisierung der Versorgung von Psychiatrie-Patienten. Zustandekommen der Initiative mit 6822 Unterschriften (*LNN*, 5.7.; vgl. *SPJ 1990*, S. 322) - **2)** Dekret über den Beitritt des Kantons zum Heilmittelkonkordat. Vom Grossen Rat angenommen (*LNN*, 23.1.).

NEUCHÂTEL: Nouvelle loi sur la santé accompagnée d'une loi sur l'aide hospitalière et à d'autres institutions de santé, modifiant l'actuelle loi sur l'aide hospitalière. Introduction d'un texte unique abordant tous les aspects de ce domaine en lieu et place de textes épars disséminés dans de nombreux lois ou règlements. Présentée par le Gouvernement (*Express*, 18.9., 15.11., 18.11., 21.11.; cf. *APS 1990*, p. 322).

NIDWALDEN: Beitritt des Kantons zum neuen interkantonalen Konkordat über die Kontrolle der Heilmittel. Vom Landrat angenommen. Von der Landsgemeinde am 28.4. angenommen (*LNN*, 10.1., 29.4.).

OBWALDEN: Totalrevision des Gesundheitsgesetzes und der dazugehörigen sieben Verordnungen. Wegen einer Neukonzeption der Spitalplanung nimmt die Kommission das Gesundheitsgesetz und die entsprechenden Verordnungen zur Behandlung und Anpassung zurück. Neukonzeption vom Kantonsrat verabschiedet. In der Volksabstimmung vom 20.10. mit 85,9% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 27,3% (*Vat.*, 26.4., 28.9.; *LNN*, 1.3., 23.3., 8.10., 21.10., 25.10.; vgl. *SPJ 1990*, S. 322).

SCHAFFHAUSEN: 1) Beitritt des Kantons zum interkantonalen Heilmittelkonkordat. Vom Regierungsrat beantragt. Vom Grossen Rat angenommen (*SN*, 19.9., 19.11.) – **2)** Änderung des Schulgesetzes. Möglichkeit für den Regierungsrat, durch Erhöhung der Elternbeiträge und damit ohne Mehrkosten für den Kanton im Rahmen der öffentlichen Schulzahnkliniken vermehrt funktionserhaltende kieferorthopädische Behandlungen anzubieten. Vom Regierungsrat beantragt (*SN*, 13.11.).

SCHWYZ: 1) Neues Gesundheitsgesetz. Ausbau der heutigen Gesundheitsverordnung zu einem Gesetz. In Vorbereitung (*Vat.*, 28.10.) – **2)** Beitritt des Kantons zum interkantonalen Konkordat über die Kontrolle der Heilmittel als Übergangslösung bis zu einer Bundesregelung. Vom Kantonsrat angenommen (*LNN*, 19.2., 7.3.).

THURGAU: Gen-Initiative. Vom Grossen Rat in erster Lesung gutgeheissen (*NZZ*, 6.6.; *SGT*, 6.6.; vgl. *SPJ 1990*, S. 322).

VAUD: Révision de la loi sanitaire. Introduction d'un article 192a qui donne le droit d'expropriation à l'Etat; possibilité pour les médecins indépendants d'être assistants; disparition de la notion d'"hôpital vétérinaire"; les médecins ouvrant des policliniques ou d'autres unités de soins ambulatoires, et par lesquelles ils font leur publicité indirecte, sont mis au régime de leurs confrères installés. Présentée par le Conseil d'Etat. Approuvée par le Grand Conseil (*24 Heures*, 9.4., 14.5.).

i) Spitalwesen – Hôpitaux

APPENZEL AUSSERRHODEN: Gesetz über die öffentliche Krankenpflege. Kantonalisierung der bisher durch regionale Trägerschaften geführten Spitäler von Herisau und Heiden; Wegfall der Teil-Finanzierung der Pflegeheime durch den Kanton; Betrieb der Pflegeheime durch die Gemeinden selber oder durch Zweckverbände; Übernahme der Spitex-Dienste durch die Gemeinden mit Beiträgen des Kantons. Vom Kantonsrat in erster Lesung angenommen (*SGT*, 29.10.).

BASEL-STADT: 1) Volksinitiative der POCH "zur Rettung des Kinderspitals in Basel". Von der Regierung abgelehnt (*BaZ*, 28.11.; vgl. *SPJ 1989*, S. 307) – **2)** Gesetz über die Regelung der Spitex-Dienste als Umsetzung der Initiative der SP für eine soziale Haus- und Gemeindefrankenpflege. Unterstützung der spitalexternen Dienste, welche in erster Linie von privaten Institutionen getragen werden durch den Kanton. Regelung der Aus- und Weiterbildung, der Information und Koordination durch den Kanton, Unterstellung von Institutionen und Einzelpersonen, welche gewerbmässig Hilfe anbieten unter die Bewilligungspflicht. Von der Regierung vorgelegt. Vom Grossen Rat angenommen (*BaZ*, 19.3., 6.6.).

BERN: 1) Zwei Revisionen des Spitalgesetzes. Zur Deckung der Staatsbeiträge an die Betriebsdefizite der Spitäler dürfen künftig 20% (bisher 10%) des Spitalsteuerzehntels eingesetzt werden. Vom Regierungsrat an den Grossen Rat weitergeleitet. Vom Grossen Rat in erster Lesung angenommen (*Bund*, 2.2., 26.4.) – **2)** Änderung des Spitalgesetzes und -dekrets. Vom Grossen Rat angenommen (*Bund*, 15.6., 19.9.; vgl. *SPJ 1990*, S. 322).

FRIBOURG: 1) Initiative lancée par l'UDC en faveur du maintien des hôpitaux de district. Aboutissement de l'initiative avec 13 190 signatures (*Lib.*, 29.5., 8.11.) - **2)** Crédit de 25 millions de francs pour l'achat d'une installation de radiothérapie moderne et d'un appareil à résonance magnétique pour l'hôpital cantonal ainsi que sur la construction d'un bunker pour les loger. Approuvé en votation populaire du 8 décembre par 83,5% des votants; participation: 38,7% (*Lib.*, 30.11., 9.12.).

GENEVE: 1) Nouvelle loi sur les soins à domicile concrétisant une initiative populaire, déposé en 1985. Nouvelle version de la Commission spéciale du Grand Conseil. La loi demande une hausse d'un centime de l'impôt cantonal pour le financement des aides à domicile. Approuvée par le Grand Conseil sous réserve de la votation cantonale (*JdG*, 7.6., 8.6., 13.6., 30.11.; cf. *APS 1989*, p. 306).

GRAUBÜNDEN: Beteiligung des Kantons mit 20% oder rund 6,7 Mio Fr. an der Rehabilitationsklinik Valens. Vom Grossen Rat verabschiedet. Von allen Parteien befürwortet. In der Volksabstimmung vom 8.12. mit 81,0% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 23,8% (*BüZ*, 30.11., 3.12., 4.12., 9.12.).

NIDWALDEN: Überarbeitetes Umbau- und Erweiterungsprojekt für das Nidwaldner Kantonsspital. Vom Kantonsrat angenommen. Von der Landsgemeinde am 28.4. angenommen (*LNN*, 10.1., 29.4.; *Vat.*, 17.4.).

OBWALDEN: Kredit von 38,85 Mio Fr. für den Ausbau des Kantonsspitals sowie Einführung einer dazu notwendigen Sondersteuer von 0,2 Einheiten. Für die Betriebskosten wird ab 1996 eine weitere Zehntelseinheit erhoben. Die Steuer wird voraussichtlich 20 Jahre bis zur Tilgung der Bauschuld bestehen bleiben. Vom Regierungsrat vorgelegt (*LNN*, 17.12.).

SANKT GALLEN: 1) Nichtformulierte Initiative des LdU "zur Eindämmung der Kostenexplosion im St. Gallischen Gesundheitswesen und für eine sozial gerechtere Kostenfinanzierung": "Spitaltaxeninitiative". Vom Grossen Rat auf Antrag des Regierungsrats zur Ablehnung empfohlen. In der Volksabstimmung vom 22.9. mit 64,6% der Stimmen abgelehnt; Stimmbeteiligung: 18,7%; Ja-Parole des LdU (*SGT*, 26.1., 5.4., 8.5., 31.8., 2.9., 16.9., 19.9., 23.9.; vgl. *SPJ 1990*, S. 323) - **2)** Grossratsbeschluss über die Errichtung der Stiftung der Klinik Valens und die Staatsbeiträge an Ausbau und Betrieb der Klinik. Vom Grossen Rat in zweiter Lesung angenommen. In der Volksabstimmung vom 8.12. mit 79,4% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 28,5% (*SGT*, 7.5., 10.5., 26.11., 30.11., 4.12., 5.12., 9.12.) - **4)** Zweites Nachtragsgesetz zum Gesundheitsgesetz. Möglichkeit einer "Spitex"-Finanzierung durch Staat und Krankenkassen. Von allen Parteien befürwortet. In der Volksabstimmung vom 2.6. mit 84,0% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 31,6% (*SGT*, 3.6.; vgl. *SPJ 1990*, S. 323).

SCHAFFHAUSEN: Volksinitiative "Mehr Volksrechte bei den Spitaltaxen". Von Regierungs- und Grosse Rat zur Ablehnung empfohlen. In der Volksabstimmung vom 2.6. mit 58,8% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 68,12%; Nein-Parolen von EDU, SVP, CVP, FDP und AP (*SN*, 30.1., 5.2., 19.2., 3.6.; vgl. *SPJ 1990*, S. 323).

SCHWYZ: Revision des Spitalgesetzes. Erhöhung der Betriebsbeiträge des Kantons auf 3,5 Mio Fr., darüber hinausgehende Defizite sind in einem Vertrag mit den betroffenen Bezirken zu

regeln. Von der Regierung verabschiedet und in die Vernehmlassung gegeben (*Vat.*, 27.9., 28.10.; *LNN*, 30.9.).

TICINO: Iniziativa popolare per "il promovimento delle cure extraospitaliere e dei servizi a domicilio". Obiettivo dell'iniziativa è di permettere a ogni cittadino bisognoso di ricevere a casa un aiuto adeguato ed efficace; istituzione o di un ente cantonale o di una associazione di diritto privato che raggruppi tutti i Comuni e che abbia un consiglio d'amministrazione e una direzione tecnica. Lanciata l'iniziativa; iniziatori: PSU, PdL, PSL. Consegnata con 11 200 signature (*CdT*, 1.2.; *AT*, 16.5.).

URI: Kredit von 38,5 Mio Fr. für den Um- und Ausbau des Kantonsspitals Uri. Vom Landrat angenommen. In der Volksabstimmung vom 8.12. mit 83,3% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 27,3%; Stimmfreigabe des KFU (*LNN*, 26.9.; *NZZ*, 28.11.; *LZ*, 9.12.).

VAUD: Révision des lois sur la planification et le financement des établissements sanitaires d'intérêt public et sur la santé publique. Les établissements médico-sociaux (EMS) ne sont plus des hôpitaux en droit fédéral ainsi que leurs pensionnaires ne sont plus considérés comme des malades par l'assurance maladie. Ce qui signifie que la participation moyenne des caisses maladie par patient va descendre à 35 francs par jour. Une partie du relais doit être pris par le canton (une trentaine de millions de francs) et les communes (une dizaine) l'autre partie doit être pris par les patients mêmes. Approuvée par le Grand Conseil (*24 Heures*, 19.11., 20.11.).

j) Sozialfürsorge – Assistance sociale

FRIBOURG: Loi sur l'aide sociale. Professionalisation et centralisation, par district, des services d'aide sociale. Proposée par le Conseil d'Etat. Lors de ses délibérations le Grand Conseil rejete l'obligation pour les communes de s'associer à l'échelon du district pour accomplir leurs tâches d'aide sociale. Approuvée en première lecture ainsi qu'en deuxième (*Lib.*, 14.3., 11.4., 19.9., 2.10., 9.11., 15.11.; *NZZ*, 21.9.).

LUZERN: Volksinitiative der SD für ein kantonales Betäubungsmittelgesetz, das unter anderem die Schaffung von Aufenthaltsräumen für Drogenabhängige verbieten soll. Lancierung der Initiative (*LNN*, 5.7.).

THURGAU: Kredit für die Sanierung des Amriswiler Behindertenheims. Von allen Parteien befürwortet. In der Volksabstimmung vom 3.3. mit 88,1% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 43,6% (*SGT*, 4.3.).

6. BILDUNG UND KULTUR – EDUCATION ET CULTURE

a) Allgemeines – Généralités

AARGAU: Dekret über die Organisation einer Erwachsenen-Maturitätsschule. Vom Grossen Rat gutgeheissen (*AT*, 21.8.).

BERN: Dekretsentwurf über die finanzielle Unterstützung der Erwachsenenbildung durch den Kanton. Vom Regierungsrat vorgelegt. Vom Grossen Rat verabschiedet (*Bund*, 22.3., 28.6.).

GENEVE: Modification de la loi sur la profession d'avocat de 1985. Le titre d'avocat est convoité. Distinction entre les avocats au barreau de Genève, qui exercent effectivement la profession d'avocat, ont un secret professionnel protégé par la loi et sont soumis à la surveillance disciplinaire de la commission du barreau, et les titulaires d'un brevet d'avocat qui ont le titre mais n'exercent pas la profession; possibilité de radier du tableau non seulement les faillis, excusables ou non, mais également ceux qui sont sous le coup d'un acte de défaut de bien. Proposée par la commission judiciaire du Gran Conseil (*JdG*, 2.2.).

GRAUBÜNDEN: Totalrevision des Gesetzes über das Bergführer- und Skilehrerwesen und die Skiabfahrten. Vom Grossen Rat in zweiter Lesung verabschiedet. In der Volksabstimmung vom 2.6. mit 77,5% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 26%; Nein-Parole der LA; Stimmfreigabe der SP (*BüZ*, 26.2., 27.2., 3.6.; vgl. *SPJ 1990*, S. 317).

JURA: Initiative populaire en faveur de la jeunesse. L'initiative, lancée par les Jeunes démocrates-chrétiens, demande une modification de la Constitution jurassienne par l'adjonction d'un nouveau article constitutionnel tendant à ce que l'Etat jurassien soutienne les activités de jeunesse. Lancement de l'initiative (*Dém.*, 9.10.).

b) Schulen – Ecoles

AARGAU: 1) Dekretsentwurf über die Fünftagewoche, die Tagesschule und den Blockunterricht. Ausgelöst wurde das Versuchsprojekt durch die Volksinitiative der Aargauischen Elternvereinigung für schulische Belange, welche die Einführung der Fünftagewoche in der Schule forderte und die letztes Jahr zurückgezogen wurde, nachdem sich der Grosse Rat für entsprechende Schulversuche ausgesprochen hatte. In die Vernehmlassung geschickt. Von der Regierung vorgelegt. Vom Grossen Rat angenommen (*AT*, 19.3., 25.9.; *Vat.*, 16.8.; vgl. *SPJ 1990*, S. 324) – **2)** Umschulung von Berufsleuten zu Lehrkräften. Der Grosse Rat modifiziert das Dekret in dem Sinne, dass die Ausbildungsdauer für Interessenten, die bereits ein Lehrerpapier besitzen (z.B. Kindergärtnerinnen) von sechs auf drei Semester gekürzt wird (*AT*, 3.7.).

APPENZEL AUSSERRHODEN: Kredit für die Erweiterung der Kantonsschule in Trogen. Vom Kantonsrat zuhanden der Landsgemeinde verabschiedet (*SGT*, 19.11.).

BASEL-LAND: 1) Gemeindeinitiative hinsichtlich der Rückerstattung der Kosten für Unterhalt, Sanierung und Renovation der Sekundarschulhäuser an die Gemeinden durch den Kanton; wenn die Gemeinden diese Schulhäuser für andere Zwecke nutzen, wird die Erstattung entsprechend reduziert. Zustandekommen der Gemeindeinitiative (*BaZ*, 30.1., 19.2., 23.3.; vgl. *SPJ 1990*, S. 324) - 2) Volksinitiative der CVP zur Einführung der 5-Tage-Woche in der Schule. Beginn der Unterschriftensammlung (*BaZ*, 5.2., 26.10.).

BASEL-STADT: Unformulierte "Volksinitiative für eine regionale Schulkoordination". Die Initiative verlangt, dass die Basler Schulen in möglichst grosser Übereinstimmung mit den Schulen der Nordwestschweiz zu führen seien; die Primarschule soll mindestens fünf Jahre dauern. Für die Mittelschule sind verschiedene, aber gegenseitig durchlässige Bildungsgänge mit unterschiedlichen Zielsetzungen (Berufslehre, Diplom- und Fachschulen, Maturität) vorgesehen. Lancierung der Initiative. Einreichung der Initiative mit 6016 Unterschriften. Der Grosse Rat beschliesst, die Initiative direkt dem Volk zu unterbreiten (*BaZ*, 26.2., 22.3., 26.6., 14.11., 26.11., 11.12.).

BERN: 1) Beschwerde gegen den Volksentscheid für ein Schulmodell 6/3. Abweisung der Beschwerde durch das Bundesgericht (*Bund*, 23.9.; vgl. *SPJ 1986*, S. 245, 1987, S. 291, 1988, S. 311, 1989, S. 309, 1990, S. 324) - 2) Initiative gegen die Umstellung auf das Schulmodell 6/3 und für die Einführung des Schulmodells 5/4. Lancierung der Initiative; Einreichung der Initiative mit 16 300 Unterschriften. Vom Regierungsrat zur Ablehnung empfohlen (*Bund*, 28.1., 4.7., 31.8., 8.11., 20.11.) - 3) Neues Volksschulgesetz. Vom Regierungsrat zuhanden des Grossen Rates verabschiedet. Nach Ansicht der vorberatenden Kommission sollen Sekundarschulklassen den Gymnasien angegliedert werden können; gleichzeitig müssen die Lehrpläne den gymnasialen Unterricht innerhalb der Schulpflicht vorsehen; weiter soll ab dem 3. Schuljahr ein Notenzeugnis ausgestellt werden müssen; die Bereiche Umwelt und Hauswirtschaft werden wieder in den obligatorischen Unterricht aufgenommen. Vom Grossen Rat angenommen (*Bund*, 22.4., 24.5., 19.10., 9.11., 12.11., 13.11., 14.11.; vgl. *SPJ 1987*, S. 291, 1990, S. 324) - 4) Neues Lehreranstellungsgesetz. Das Grundgehalt für bernische Lehrkräfte soll sich in Zukunft aus einer Arbeitsplatzbewertung ergeben. Die Funktionen (zum Beispiel Schulleiter) sollen nicht mehr in Form einer Zulage oder mit Entlastungslektionen, sondern als eigenständiger Beschäftigungsteil - ausgedrückt in Prozenten - besoldet werden. Eine solche Funktion soll in der Regel höher bezahlt werden als die ordentliche Lehrerfunktion. In die Vernehmlassung geschickt (*Bund*, 28.8.) - 5) Verkürzung der gesamten Ausbildungsdauer bis zur Matur um ein auf 12 Jahre. Vom Regierungsrat beantragt (*Bund*, 14.9.).

FRIBOURG: Nouvelle mouture d'un article de loi sur l'enseignement secondaire supérieur. Possibilité d'enseigner à l'Ecole normale avec ou sans bac. Présentée par le Gouvernement. Approuvée par le Grand Conseil (*Lib.*, 17.1., 7.2.).

GRAUBÜNDEN: 1) Teilrevision der Verordnung über die Besoldung der Volksschullehrer. Festsetzung der von den Lehrkräften wöchentlich zu erteilenden Lektionen und deren Dauer (30 Lektionen à 45 bis 50 Minuten), Regelung der Altersentlastung (zwei Stunden Reduktion ab dem 55. Altersjahr, drei Stunden ab dem 60.) sowie der Fortbildungsurlaube (Anspruch auf drei Monate bezahlten Urlaub nach 10-jähriger Tätigkeit an Bündner Schulen sowie unter der

Bedingung des vorherigen Besuchs von Kursen auf freiwilliger Basis); nach weiteren 10 Jahren kann ein weiterer Urlaub gewährt werden. Vom Grossen Rat in Beratung gezogen (*BüZ*, 28.2., 11.10., 23.11., 29.11.) - **2**) Totalrevision des Kindergartengesetzes. Einheitliche Regelung der Mindestbesoldung der Kindergärtnerinnen; Beiträge des Kantons von 10 bis 40% an den Kindergartenbau und die erstmalige Einrichtung von Kindergärten; Festschreibung des unentgeltlichen Besuchs von Kindergärten; verstärkte Integration behinderter Kinder in Kindergärten. In die Vernehmlassung geschickt. Von der Regierung dem Grossen Rat vorgelegt. Vom Grossen Rat in Beratung gezogen (*BüZ*, 30.3., 11.10., 23.11., 29.11.).

LUZERN: 1) Revision des kantonalen Erziehungsgesetzes. Nach den Vorstellungen der vorberatenden Kommission des Grossen Rates sollen die Gemeinden künftig für jeden Schüler einer Diplommittelschule einen Beitrag an die Trägerschaft der Schule leisten. Vom Grossen Rat in zweiter Lesung angenommen (*Vat.*, 10.1.; *LNN*, 22.1.; vgl. *SPJ 1990*, S. 324) - **2**) Totalrevision des Erziehungsgesetzes. Von der Erziehungsdirektion angekündigt (*LNN*, 25.6.).

NEUCHÂTEL: 1) Révision de la loi sur l'école enfantine. Officialisation d'une seconde année préscolaire facultative. Approuvée par le Grand Conseil. Rejetée en votation cantonale du 2 juin par 52,2% des votants; participation: 32,01%; le oui recommandé par PS, POP, Ecologie et Liberté, Adl et PSO (*Express*, 27.3., 5.4., 3.6.).

NIDWALDEN: 1) Revision von Schulgesetz und -verordnung. Schwerpunkte sind die Länge der obligatorischen Schulzeit, pädagogisch-therapeutische Massnahmen, heilpädagogische Früherziehung, musikalische Ausbildung, Blockzeiten/Tagesschule, Volksbibliotheken und Reorganisation des Departements. Vom Landrat in erster Lesung angenommen (*LNN*, 10.1., 19.12.) - **2**) Gesetzliche Verankerung des bestehenden Personalbestandes an der kantonalen Mittelschule. Vom Landrat angenommen (*LNN*, 5.12.).

OBWALDEN: Schulgesetzinitiative von fünf Einwohnergemeinden des Kantons. Von der Regierung zur Ablehnung empfohlen (*LNN*, 21.9.; *LZ*, 27.11., 30.11.).

SANKT GALLEN: Nachtragsgesetz zum Mittelschulgesetz. Verkürzung der Maturitätslehrgänge von viereinhalb auf vier Jahre sowie weitere Reformen bei der Führungsstruktur und der Lehrermitsprache im Mittelschulbereich; Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für ausserordentliche Ausbildungsgänge bei Kindergärtnerinnen. Von der Regierung vorgelegt (*SGT*, 19.10.).

SCHAFFHAUSEN: 1) Änderung des Schulgesetzes. Befürwortung durch alle Parteien. In der Volksabstimmung vom 20.1. mit 86,1% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 47,6% (*SN*, 17.1., 21.1.; *NZZ*, 21.1.; vgl. *SPJ 1990*, S. 324) - **2**) Kredit von 15,9 Mio Fr. für den Ausbau des Pestalozziheims in Schaffhausen. Die vom Grossen Rat eingesetzte Spezialkommission befürwortet den Kredit für den Ausbau des Sonderschulheims, lehnt jedoch den Kredit für die Erstellung eines Schutzraumes ab. Der Grosse Rat folgt den Vorstellungen der Kommission. Von allen Parteien befürwortet. In der Volksabstimmung vom 2.6. mit 72,6% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 68,1% (*SN*, 14.1., 19.2., 3.6.) - **3**) Änderung des Schulgesetzes, des Schuldekrets und des Besoldungsdekrets: Harmonisierung der Besoldung der Lehrerschaft. Korrektur der prozentualen Lohnabstände zwischen den Lehrerkategorien sowie Einbau der

bisher in unterschiedlicher Höhe ausgerichteten Gemeindezulagen in die kantonale Grundbesoldung. Erhöhung der Grundbesoldung für Primarlehrerschaft und Kindergärtnerinnen. Von der Regierung vorgelegt. Vom Grossen Rat angenommen. In der Volksabstimmung vom 15.12. mit 50,3% der Stimmen abgelehnt; Stimmbeteiligung: 60,3%; Ja-Parolen von allen Parteien ausser LdU und AP (*SN*, 31.7., 3.10., 22.10., 7.12., 16.12.).

SCHWYZ: 1) Planungskredit von 803 000 Fr. zur Erweiterung der Kantonsschule in Pfäffikon. Vom Kantonsrat verabschiedet. In der Volksabstimmung vom 2.6. mit 62,5% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 30,8% (*LNN*, 22.1., 25.1.; *Vat.*, 3.6.) - **2)** Änderung der Volksschulverordnung. Vom Kantonsrat angenommen (*LNN*, 24.1.) - **3)** Zusätzliche Jahreszulage von 12% für alle Lehrkräfte des Kantons. Ersatzlose Streichung der bislang von verschiedenen Schulträgern ausgerichteten Ortszulagen. Vom Grossen Rat angenommen (*LNN*, 28.6.).

SOLOTHURN: Entwurf zu einer Revision des Volksschulgesetzes. Ausdehnung des Geltungsbereiches des Volksschulgesetzes auf Kindergärten; Schaffung der Grundlagen für die Errichtung von Tagesschulen. Vom Regierungsrat in die Vernehmlassung geschickt. Abschluss der Vernehmlassung (*SZ*, 1.2., 5.12.).

TICINO: Legge sulla scuola dell'infanzia e la scuola elementare. Mezza giornata settimanale di vacanza anche per i bambini della scuola dell'infanzia, possibilità per i Comuni di affiancare alle docenti impegnate nella refezione altro personale in grado di alleggerire il loro compito, ammissione per i più piccoli a tre anni compiuti entro il 31 dicembre (altrimenti dovranno aspettare il settembre successivo); per le elementari obbligo di frequenza riconfermato a sei anni (compiuti anche qui entro il 31 dicembre), generalizzazione dei docenti speciali di educazione fisica, musicale e attività tessili, possibilità di introdurre nelle pluriclassi con tre o più livelli un "docente di appoggio" a tempo parziale accanto al titolare, parametri più ampi (da 10 a 25 allievi) per la composizione delle classi, accresciuta attenzione agli allievi provenienti da paesi di lingua e cultura diverse con l'organizzazione di corsi d'italiano e altre modalità atte a favorire una migliore integrazione. Presentazione dal consigliere di Stato (*CdT*, 19.1., 19.2.).

VAUD: 1) Modifications à la loi scolaire. Proposées par le Conseil d'Etat et approuvées par le Grand Conseil en première lecture (*24 Heures*, 24.1., 8.5.) - **2)** Loi sur la formation permanente des enseignants et enseignantes. Refus d'entrer en matière par le Grand Conseil (*24 Heures*, 28.11.).

ZUG: 1) Totalrevision des Schulgesetzes. Von allen Parteien befürwortet. In der Volksabstimmung vom 3.3. mit 67,2% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 35,4% (*LNN*, 4.3.; vgl. *SPJ 1989*, S. 310, *1990*, S. 325) - **2)** Volksinitiative für die Neugestaltung der Oberstufe. Rückzug der Initiative aufgrund der Annahme einer entsprechenden Motion durch den Grossen Rat (*LNN*, 28.6.; vgl. *SPJ 1990*, S. 325) - **3)** Initiative für einen prüfungsfreien Übertritt von der Primarschule an die Oberstufe. Der Kantonsrat stimmt einer sechsmonatigen Fristverlängerung der Initiative zu, da mit einem Rückzug der Initiative gerechnet wird (*LNN*, 30.8.; vgl. *SPJ 1990*, S. 325) - **4)** Einführung des Frühfranzösisch-Unterrichts an der Primarschule sowie Beitrag von 2,28 Mio Fr. zur Ausbildung der Lehrkräfte. Vom Kantonsrat angenommen. Ergreifung des Referendums durch die SVP. Zustandekommen und Einreichung des Referendums mit 2927 Unterschriften (*LNN*, 30.8., 8.10., 8.11., 30.11.; *Vat.*, 26.10.).

ZÜRICH: 1) Änderung des Gesetzes über die Volksschule und die Vorschulstufe. Vom Parlament angenommen. Von allen Parteien befürwortet. In der Volksabstimmung vom 2.6. mit 80,0% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 39,4% (*NZZ*, 15.1., 3.6.; vgl. *SPJ 1990*, S. 325) - **2)** Reform der Oberstufe der Volksschule. Umgestaltung der Oberstufe der Volksschule in eine in sich gegliederte Sekundarschule. Die Einteilung in Sekundar-, Real- und Oberschule soll aufgegeben werden. Vom Regierungsrat beschlossen (*NZZ*, 20.6.) - **3)** Revision der Lehrerbesoldungsverordnung. Vom Kantonsrat angenommen (*NZZ*, 17.9.).

c) Berufsbildung, Berufsberatung - Formation et orientation professionnelle

FRIBOURG: 1) Loi sur l'école d'ingénieurs de Fribourg. Claire définition de la mission de l'école notamment dans ses activités de recherche; consécration du principe général du bilinguisme. Présentée par le Gouvernement et approuvée par le Parlement en première lecture ainsi qu'en deuxième (*Lib.*, 5.9., 2.10., 7.11., 14.11.) - **2)** Loi modifiant la loi du 19 septembre 1985 d'application à la loi fédérale sur la formation professionnelle. Adoptée par le Conseil d'Etat et transmise au Grand Conseil (*Lib.*, 4.10.).

GLARUS: Kredit von 4 Mio Fr. für die Erweiterung der bestehenden Anlagen der Gewerblichen Berufsschule in Niederurnen-Ziegelbrücke. Antrag des Landrats an die Landsgemeinde. Von der Landsgemeinde am 5.5. gutgeheissen (*NZZ*, 17.4., 6.5.; *Memorial für die Landsgemeinde des Kantons Glarus vom Jahre 1991*).

GRAUBÜNDEN: 1) Teilrevision des Gesetzes über die Berufsbildung (kantonales Berufsbildungsgesetz). Von allen Parteien befürwortet. In der Volksabstimmung vom 3.3. mit 81,5% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 25% (*BüZ*, 4.3.; vgl. *SPJ 1990*, S. 325) - **2)** Teilrevision der Verordnung über die landwirtschaftliche Berufsbildung. Botschaft und Entwurf der Regierung (*BüZ*, 12.9.).

SOLOTHURN: Wahl Oensingens im zweiten Wahlgang in Volksabstimmung als Standort der zukünftigen Höheren Technischen Lehranstalt des Kantons Solothurn (*SZ*, 4.3.; vgl. *SPJ 1990*, S. 325).

ZÜRICH: Änderung der Berufsschullehrerverordnung. Vom Kantonsrat angenommen (*NZZ*, 3.12.).

d) Hochschulen - Universités

BERN: Volksinitiative von im Bereich der Alternativmedizin tätigen Personen für die Schaffung eines Lehrstuhles für Naturheilverfahren an der Universität Bern. Ankündigung der Initiative (*Bund*, 11.10.).

GENEVE: Recours au Tribunal fédéral contre la loi sur l'Université, voté en mai par le Grand Conseil. Le recourant conteste l'article 26 qui stipule qu'à qualifications scientifiques et pédagogiques équivalentes, la préférence sera accordée au candidat du sexe le moins représenté (*JdG*, 10.10.).

SCHAFFHAUSEN: Gesetz über die Ausrichtung von Beiträgen an Hochschulen. Festschreibung des Grundsatzes, dass der Kanton Beiträge entrichten kann, um Schaffhauser Schülern und Schülerinnen den Zugang zu den Hochschulen zu ermöglichen. Ermächtigung des Grossen Rats, zu diesem Zweck Vereinbarungen abzuschliessen und die entsprechenden Beiträge zu bewilligen. Von der Regierung beantragt (*SN*, 11.9.).

ZÜRICH: Änderung des Unterrichtsgesetzes bezüglich Berufungen, Beförderungen und Habilitationen. In der Volksabstimmung vom 3.3. mit 55,7% der Stimmen angenommen; Stimmbeteiligung: 33%; Nein-Parolen von FDP, SVP und SD (*NZZ*, 4.3.; vgl. *SPJ 1990*, S. 326).

e) Stipendien – Bourses d'études

BERN: Stipendiendekret. Vom Grossen Rat angenommen. (*Bund*, 19.2.).

LUZERN: Neues Stipendiengesetz. Vom Grossen Rat in zweiter Lesung angenommen. Einreichung des Referendums durch ein überparteiliches Frauenkomitee sowie die SD. Zustandekommen des Referendums mit 3088 Unterschriften (*LNN*, 22.1., 18.2., 26.3., 28.3.; vgl. *SPJ 1989*, S. 311, *1990*, S. 326).

SANKT GALLEN: Totalrevision des Stipendiengesetzes. Erteilung eines verbindlichen Auftrags an die Regierung durch den Grossen Rat (*SGT*, 21.2.).

SCHAFFHAUSEN: Revision des Stipendiendekrets. Vom Grossen Rat auf Vorschlag der Regierung angenommen (*SN*, 5.4., 25.6.).

SOLOTHURN: Änderung des Stipendiengesetzes. Das 10. Schuljahr, aber auch andere Vorbildungen, die zum Erreichen eines Berufsziels nicht explizit vorgeschrieben sind, sollen künftig stipendienberechtigt sein. Vom Kantonsrat angenommen (*SZ*, 4.9.).

THURGAU: Revision der Stipendienverordnung. Vom Regierungsrat beschlossen (*SGT*, 29.10.).

ZUG: Änderung des Gesetzes über die Ausbildungsbeiträge. Zuhanden der zweiten Lesung wird von Mitgliedern der SP und der Alternativen ein Änderungsantrag eingereicht. Danach soll die Altersgrenze für Ausbildungsbeiträge von 40 auf 50 Jahre erhöht werden. Vom Kantonsrat in zweiter Lesung angenommen (*LNN*, 1.3., 24.5.; *Vat.*, 11.5.; vgl. *SPJ 1990*, S. 326).

f) Kulturförderung – Promotion de la culture

BASEL-LAND: 1) Kantonales Kulturzentrum Arlesheim. Einreichung des Referendums. Initianten: Komitee aus Vertretern der CVP, FDP und SVP. Zustandekommen des Referendums mit 2803 Unterschriften. In der Volksabstimmung vom 2.6. wird die Vorlage mit 66,0% der Stimmen abgelehnt; Stimmbeteiligung: 38,6%; Ja-Parolen von SP, GP, LdU, SVP; Stimmfreigabe von CVP und EVP (*BaZ*, 15.1., 2.2., 3.6.) – **2)** Subventionsverträge des Kantons Basel-Land mit der Stiftung Basler Orchester und dem Theater Basel. Der Kanton geht damit die Verpflichtung ein, bis zum Jahr 1995 mindestens 8 Mio Fr. in die Kassen der beiden grossen Kulturinstitutionen abzuführen. Vom Landrat angenommen (*BaZ*, 10.9.).

BASEL-STADT: Kredit von 8,8 Mio Fr. für die Ausarbeitung einer neuen Basler Geschichte in den Jahren 1992 bis 2001. Ergreifung des Referendums durch ein Komitee aus Grossräten verschiedener bürgerlicher Parteien. Zustandekommen des Referendums mit rund 4000 Unterschriften (*BaZ*, 3.10., 6.11.).

BERN: Änderung des Kulturförderungsgesetzes. Vom Grossen Rat in erster und zweiter Lesung angenommen (*Bund*, 19.2., 24.4.; vgl. *SPJ 1990*, S. 326).

GENEVE: Article de loi sur les affaires culturelles. Message du Gouvernement (*JdG*, 13.3.).

LUZERN: Schaffung eines Kulturförderungsgesetzes. Planungsbericht der Regierung; vom Grossen Rat angenommen (*LNN*, 27.8., 23.10.).

NEUCHÂTEL: Loi cantonale sur l'encouragement des activités culturelles. Présentée par le Gouvernement et approuvée par le Grand Conseil. Approuvée par tous les partis. Approuvée en votation populaire du 8 décembre par 56,2% des votants; participation: 12,5% (*Express*, 11.6., 24.6., 26.6., 4.12., 6.12., 9.12.; *NZZ*, 28.11.; cf. *APS 1990*, p. 326).

OBWALDEN: Kredit von 1 Million Fr. für die Restaurierung von privaten Kulturobjekten. Vom Regierungsrat vorgeschlagen. Von der Landsgemeinde am 28.4. angenommen (*LNN*, 10.1., 29.4.).

SCHWYZ: Kredit von 450 000 Fr. für den Bau eines neuen Staatsarchivs in Schwyz. Vom Kantonsrat verabschiedet. In der Volksabstimmung vom 8.12. mit 58,3% der Stimmen verworfen; Stimmbeteiligung: 25,5%; Ja-Parolen von allen Parteien ausser der SVP (*LNN*, 13.9., 20.11.; *NZZ*, 28.11.; *LZ*, 9.12.).

SOLOTHURN: Medienförderungs- und Informationsgesetz. Möglichkeit des Kantons, bei drohendem Verschwinden eines Presseerzeugnisses Beiträge an die Herstellungs- und Redaktionskosten zu gewähren, um das weitere Erscheinen sicherzustellen, wenn sich aus dem Wegfall eine Beeinträchtigung der Meinungsvielfalt ergeben würde. Von der Regierung vorgelegt (*SZ*, 31.8.).

TICINO: 1) Iniziativa popolare per la creazione di centri per l'organizzazione del tempo libero in particolare di giovani e anziani. L'iniziativa chiede in sostanza di varare una legge che garantisca, da un lato, l'organizzazione, la pianificazione territoriale e il finanziamento di questi centri e, dall'altro, il sostegno di gruppi e associazioni "con fini ideali, che organizzano, senza scopo di lucro, attività culturali e ricreative per la popolazione". Lanciata l'iniziativa; inizianti: PSU insieme al PSL. L'iniziativa è consegnata con ca. 8000 signature (*CdT*, 2.2., 2.4., 3.4.) - **2)** Legge sulle biblioteche. Approvata dal Gran Consiglio (*CdT*, 23.2., 12.3.; v. *APS 1990*, p. 326).

g) Film - Cinéma

BASEL-STADT: Änderung des Gesetzes über die Vorführung von Filmen. Änderung des Projekts durch die Regierung. Die neue Vorlage setzt das Mindestalter für den selbständigen Kinobesuch von 16 auf 14 Jahre herab und legt die täglichen Öffnungszeiten auf spätestens 24 Uhr fest. Filmvorführungen sind künftig an jedem Tag möglich, hohe Feiertage werden den übrigen

Ruhetagen gleichgestellt. Vom Grossen Rat angenommen (*BaZ*, 18.6., 26.9.; vgl. *SPJ 1989*, S. 312, 1990, S. 327).

h) Kirchen – Eglises

SCHWYZ: Verfassungsänderung zur konsequenten Durchsetzung der Trennung von Kirche und Staat. Vom Regierungsrat beantragt. Von der Kantonsratskommission durchberaten (*LNN*, 31.12.; vgl. *SPJ 1990*, S. 327).

VALAIS: Création d'un loi d'application qui définit les rapports entre les églises et l'état. Loi-quadre: L'église catholique-romaine et l'Eglise réformée évangélique reçoivent un statut publique; les autres confessions sont régies par le droit privé; sont réaffirmées: les libertés de conscience, de croyance et d'exercice de culte; les églises conservent leur autonomie pour désigner leurs autorités. Approuvée par le Grand Conseil (*NF*, 19.6., 20.6., 12.11., 14.11.; *Lib.*, 20.6.; cf. *APS 1990*, p. 327).

ZÜRICH: 1) Volksinitiative für eine Trennung von Kirche und Staat. Angekündigt (*Bund*, 21.9.) – **2)** Einzelinitiative hinsichtlich einer Trennung von Kirche und Staat. Vom Kantonsrat vorläufig unterstützt (*NZZ*, 5.11.).